Europäisches Parlament
2024-2029

Ausschuss für konstitutionelle Fragen

2025/2013(INI)

3.6.2025

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1 - 217

Entwurf eines Berichts
Brando Benifei
(PE770.278v01-00)

Institutionelle Aspekte des Berichts über die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit (Bericht Draghi)
(2025/2013(INI))

AM_Com_NonLegReport

Änderungsantrag 1
Tobiasz Bocheński
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 4. Mai 2022 zu den Folgemaßnahmen zu der Konferenz zur Zukunft Europas[1],	***entfällt***

[1]ABl. C 465 vom 6.12.2022, S. 109.

Or. en

Änderungsantrag 2
Tobiasz Bocheński
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 9. Juni 2022 zu der Forderung nach einem Konvent zur Überarbeitung der Verträge[2],	***entfällt***

[2] ABl. C 493 vom 27.12.2022, S. 130.

Or. en

Änderungsantrag 3
Tobiasz Bocheński
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 11. Juli 2023 über die Umsetzung der Passerelle-Klauseln in den EU-Verträgen[4],	***entfällt***
[4] ABl. C, C/2024/3996, 17.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/3996/oj	

Or. en

Änderungsantrag 4
Brando Benifei

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 7. Mai 2025 über einen neu gestalteten langfristigen Haushalt für die Union in einer Welt im Wandel (2024/2051(INI)),

Or. en

Änderungsantrag 5
Sandro Gozi, Gilles Boyer, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
– unter Hinweis auf ***das in den EU-Verträgen festgelegte Verfahren der*** verstärkten Zusammenarbeit,	– unter Hinweis auf ***die Vertragsbestimmungen zur*** verstärkten Zusammenarbeit ***und einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit***,

Or. en

Änderungsantrag 6
Sandro Gozi, Gilles Boyer, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Erwägung A

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
A. in der Erwägung, dass der von Mario Draghi im Auftrag der Europäischen Kommission erstellte ***Draghi-Bericht*** eine umfassende Diagnose der strukturellen Herausforderungen enthält, mit denen die EU konfrontiert ist, und davor warnt, dass die EU Gefahr läuft, in eine lang anhaltende Phase schwachen Wirtschaftswachstums zu geraten, was letztlich den Wohlstand und das soziale Wohlergehen gefährden könnte; in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht dargelegt wird, wie Europa sich auf viele Faktoren nicht mehr verlassen kann, die in der Vergangenheit das Wachstum unterstützt haben;	A. in der Erwägung, dass der von Mario Draghi im Auftrag der Europäischen Kommission erstellte ***Bericht über die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit*** eine umfassende Diagnose der strukturellen Herausforderungen enthält, mit denen die EU konfrontiert ist, und davor warnt, dass die EU Gefahr läuft, in eine lang anhaltende Phase schwachen Wirtschaftswachstums zu geraten, was letztlich den Wohlstand und das soziale Wohlergehen gefährden könnte; in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht dargelegt wird, wie Europa sich auf viele Faktoren nicht mehr verlassen kann, die in der Vergangenheit das Wachstum unterstützt haben;

Or. en

Änderungsantrag 7
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Erwägung A

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
A. in der Erwägung, dass der von Mario Draghi ***im Auftrag der Europäischen Kommission*** erstellte Draghi-Bericht eine umfassende Diagnose der strukturellen Herausforderungen enthält, mit denen die EU konfrontiert ist, und davor warnt, dass die EU Gefahr läuft, in eine lang anhaltende Phase schwachen Wirtschaftswachstums zu geraten, was letztlich den Wohlstand und das soziale	A. in der Erwägung, dass der von Mario Draghi ***auf Ersuchen der Präsidentin der Kommission Ursula von der Leyen*** erstellte Draghi-Bericht eine umfassende Diagnose der strukturellen Herausforderungen enthält, mit denen die EU konfrontiert ist, und davor warnt, dass die EU Gefahr läuft, in eine lang anhaltende Phase schwachen Wirtschaftswachstums zu geraten, was

Wohlergehen gefährden könnte; in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht dargelegt wird, wie Europa sich auf viele Faktoren nicht mehr verlassen kann, die in der Vergangenheit das Wachstum unterstützt haben;	letztlich den Wohlstand und das soziale Wohlergehen gefährden könnte; in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht dargelegt wird, wie Europa sich auf viele Faktoren nicht mehr verlassen kann, die in der Vergangenheit das Wachstum unterstützt haben;

Or. en

Änderungsantrag 8
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Erwägung B

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
B. in der Erwägung, dass sich zwischen der EU und den Vereinigten Staaten eine große Kluft beim BIP aufgetan hat, die in erster Linie auf einen stärkeren Rückgang der Produktivität in Europa und das Versäumnis der EU zurückzuführen ist, die durch das Internet ausgelöste digitale Revolution und den damit verbundenen potenziellen Produktivitätszuwachs zu nutzen, was zum Teil auf die Fragmentierung des europäischen Binnenmarktes zurückzuführen ist;	B. in der Erwägung, dass sich zwischen der EU und den Vereinigten Staaten eine große Kluft beim BIP aufgetan hat, ***die sich – gemessen an den Preisen von 2015 – von 15 % im Jahr 2002 bis circa 30 % im Jahr 2023 erhöht hat und*** die in erster Linie auf einen stärkeren Rückgang der Produktivität in Europa und das Versäumnis der EU zurückzuführen ist, die durch das Internet ausgelöste digitale Revolution und den damit verbundenen potenziellen Produktivitätszuwachs zu nutzen, was zum Teil auf die Fragmentierung des europäischen Binnenmarktes zurückzuführen ist;

Or. en

Änderungsantrag 9
Gerolf Annemans

Entschließungsantrag
Erwägung B

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

B. in der Erwägung, dass sich zwischen der EU und den Vereinigten Staaten eine große Kluft beim BIP aufgetan hat, die in erster Linie auf einen stärkeren Rückgang der Produktivität in Europa und das Versäumnis der EU zurückzuführen ist, die durch das Internet ausgelöste digitale Revolution und den damit verbundenen potenziellen Produktivitätszuwachs zu nutzen, was zum Teil auf ***die Fragmentierung des europäischen Binnenmarktes*** zurückzuführen ist;	B. in der Erwägung, dass sich zwischen der EU und den Vereinigten Staaten eine große Kluft beim BIP aufgetan hat, die in erster Linie auf einen stärkeren Rückgang der Produktivität in Europa und das Versäumnis der EU zurückzuführen ist, die durch das Internet ausgelöste digitale Revolution und den damit verbundenen potenziellen Produktivitätszuwachs zu nutzen, was zum Teil auf ***eine übermäßige Abhängigkeit europäischer Unternehmen von Fremdkapitalfinanzierung und Überregulierung*** zurückzuführen ist***, die Investoren abschreckt und Innovationen hemmt***;

Or. en

Änderungsantrag 10
Sandro Gozi, Gilles Boyer, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Erwägung B

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
B. in der Erwägung, dass ***sich zwischen der EU und den Vereinigten Staaten eine große Kluft beim*** BIP ***aufgetan hat***, ***die*** in erster Linie auf einen stärkeren Rückgang der Produktivität in Europa und das Versäumnis der EU zurückzuführen ist, die durch das Internet ausgelöste digitale Revolution und den damit verbundenen potenziellen Produktivitätszuwachs zu nutzen, was zum Teil auf die Fragmentierung des europäischen Binnenmarktes zurückzuführen ist;	B. in der Erwägung, dass ***das*** BIP ***der EU in den letzten zwei Jahrzehnten im Vergleich zu anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften erheblich zurückgegangen ist***, ***was*** in erster Linie auf einen stärkeren Rückgang der Produktivität in Europa und das Versäumnis der EU zurückzuführen ist, die durch das Internet ausgelöste digitale Revolution und den damit verbundenen potenziellen Produktivitätszuwachs zu nutzen, was zum Teil auf die Fragmentierung des europäischen Binnenmarktes zurückzuführen ist;

Or. en

Änderungsantrag 11

Sandro Gozi, Gilles Boyer, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Erwägung C

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
C. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht ***Innovationen im Bereich fortschrittlicher Technologien***, die Dekarbonisierung sowie die Erhöhung der Sicherheit und die Verringerung der Abhängigkeiten als grundlegende Faktoren für künftiges Wachstum in Europa genannt werden; in der Erwägung, dass ***die Erreichung dieser Ziele*** eine Erhöhung der Investitionen um rund 5 % des BIP erfordern wird;	C. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht ***das Schließen der Innovationslücke***, ***ein gemeinsamer Plan für*** die Dekarbonisierung ***und Wettbewerbsfähigkeit*** sowie die Erhöhung der Sicherheit und die Verringerung der Abhängigkeiten ***und die Verwirklichung der ökologischen und sozialen Ziele der EU*** als grundlegende Faktoren für künftiges Wachstum in Europa genannt werden; in der Erwägung, dass ***dies*** eine Erhöhung der Investitionen um rund 5 % des BIP ***der EU*** erfordern wird***, und sich diese zusätzlichen jährlichen Investitionen auf 700-800 Mrd. EUR belaufen werden***;

Or. en

Änderungsantrag 12
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Erwägung C

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
C. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht Innovationen im Bereich fortschrittlicher Technologien, die Dekarbonisierung sowie die Erhöhung der Sicherheit und die Verringerung der Abhängigkeiten als grundlegende Faktoren für künftiges Wachstum in Europa genannt werden; in der Erwägung, dass die Erreichung dieser Ziele eine Erhöhung der Investitionen um rund 5 % des BIP erfordern wird;	C. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht Innovationen im Bereich fortschrittlicher Technologien, die Dekarbonisierung sowie die Erhöhung der Sicherheit und die Verringerung der Abhängigkeiten als grundlegende Faktoren für künftiges Wachstum in Europa genannt werden; in der Erwägung, dass ***im Draghi-Bericht davon ausgegangen wird, dass*** die Erreichung dieser Ziele eine Erhöhung der Investitionen um rund 5 % des ***gesamten*** BIP ***der EU*** erfordern wird;

Or. en

Änderungsantrag 13
Sandro Gozi, Gilles Boyer, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Erwägung D

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
D. in der Erwägung, dass die weltweite Nachfrage nach kritischen Rohstoffen aufgrund der Energiewende rasch zunimmt und Europa zudem in hohem Maße von Einfuhren digitaler Technologien abhängig ist, insbesondere bei der Chipproduktion, da sich 75-80 % der weltweiten Kapazitäten zur Herstellung von Wafern in Asien befinden; in der Erwägung, dass die EU eine echte „Außenwirtschaftspolitik“ entwickeln sollte, um ihre ***Freiheit*** und Wettbewerbsfähigkeit in diesem kritischen Bereich wie auch in anderen strategischen Sektoren zu wahren;	D. in der Erwägung, dass die weltweite Nachfrage nach kritischen Rohstoffen aufgrund der Energiewende rasch zunimmt und Europa zudem in hohem Maße von Einfuhren digitaler Technologien abhängig ist, insbesondere bei der Chipproduktion, da sich 75-80 % der weltweiten Kapazitäten zur Herstellung von Wafern in Asien befinden; in der Erwägung, dass die EU eine echte „Außenwirtschaftspolitik“ entwickeln sollte, um ihre ***Autonomie*** und Wettbewerbsfähigkeit in diesem kritischen Bereich wie auch in anderen strategischen Sektoren zu wahren;

Or. en

Änderungsantrag 14
Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Erwägung E

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
E. in der Erwägung, dass sowohl in dem von Enrico Letta im Auftrag des Europäischen Rates erstellten Letta-Bericht als auch im Draghi-Bericht hervorgehoben wird, dass sich der Binnenmarkt von Anfang an als enormer Impulsgeber für die Wirtschaft der EU und als wichtiger Faktor für ihre Attraktivität erwiesen hat und nach wie vor ein Eckpfeiler der europäischen	E. in der Erwägung, dass sowohl in dem von Enrico Letta im Auftrag des Europäischen Rates erstellten Letta-Bericht als auch im Draghi-Bericht hervorgehoben wird, dass sich der Binnenmarkt von Anfang an als enormer Impulsgeber für die Wirtschaft der EU und als wichtiger Faktor für ihre Attraktivität erwiesen hat und nach wie vor ein Eckpfeiler der europäischen

Integration und der europäischen Werte ist, der als starker Katalysator für Wachstum, Wohlstand und Solidarität wirkt; in der Erwägung, dass sich die internationale Situation jedoch grundlegend verändert hat, woraus sich die Notwendigkeit ergibt, einen neuen Binnenmarkt zu entwickeln;	Integration und der europäischen Werte ist, der als starker Katalysator für Wachstum, Wohlstand und Solidarität wirkt; in der Erwägung, dass sich die internationale Situation jedoch grundlegend verändert hat, woraus sich die Notwendigkeit ergibt, einen neuen Binnenmarkt zu entwickeln***, damit die Wirtschaft der EU ihr volles Potenzial entwickeln kann***;

Or. en

Änderungsantrag 15
Sandro Gozi, Gilles Boyer, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Erwägung E

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
E. in der Erwägung, dass sowohl in dem von Enrico Letta im Auftrag des Europäischen Rates erstellten ***Letta-Bericht*** als auch im Draghi-Bericht hervorgehoben wird, dass sich der Binnenmarkt von Anfang an als enormer Impulsgeber für die Wirtschaft der EU und als wichtiger Faktor für ihre Attraktivität erwiesen hat und nach wie vor ein Eckpfeiler der europäischen Integration und der europäischen Werte ist, der als starker Katalysator für Wachstum, Wohlstand und Solidarität wirkt; in der Erwägung, dass sich die internationale Situation jedoch grundlegend verändert hat, woraus sich die Notwendigkeit ergibt, ***einen neuen*** Binnenmarkt zu ***entwickeln***;	E. in der Erwägung, dass sowohl in dem von Enrico Letta im Auftrag des Europäischen Rates erstellten ***hochrangigen Bericht mit dem Titel „Much more than a Market“ (Weit mehr als ein Markt)*** als auch im Draghi-Bericht hervorgehoben wird, dass sich der Binnenmarkt von Anfang an als enormer Impulsgeber für die Wirtschaft der EU und als wichtiger Faktor für ihre Attraktivität erwiesen hat und nach wie vor ein Eckpfeiler der europäischen Integration und der europäischen Werte ist, der als starker Katalysator für Wachstum, Wohlstand und Solidarität wirkt; in der Erwägung, dass sich die internationale Situation jedoch grundlegend verändert hat, woraus sich die Notwendigkeit ergibt, ***den*** Binnenmarkt zu ***vertiefen und zu vollenden***;

Or. en

Änderungsantrag 16
Gerolf Annemans

Entschließungsantrag
Erwägung E

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
E. in der Erwägung, dass sowohl in dem von Enrico Letta im Auftrag des Europäischen Rates erstellten Letta-Bericht als auch im Draghi-Bericht hervorgehoben wird, dass sich der Binnenmarkt von Anfang an als enormer Impulsgeber für die Wirtschaft der EU und als wichtiger Faktor für ihre Attraktivität erwiesen hat und nach wie vor ein Eckpfeiler der europäischen ***Integration*** und der europäischen Werte ist, der als starker Katalysator für Wachstum, Wohlstand und Solidarität wirkt; in der Erwägung, dass sich die internationale Situation jedoch grundlegend verändert hat, woraus sich die Notwendigkeit ergibt, ***einen neuen Binnenmarkt zu entwickeln***;	E. in der Erwägung, dass sowohl in dem von Enrico Letta im Auftrag des Europäischen Rates erstellten Letta-Bericht als auch im Draghi-Bericht hervorgehoben wird, dass sich der Binnenmarkt von Anfang an als enormer Impulsgeber für die Wirtschaft der EU und als wichtiger Faktor für ihre Attraktivität erwiesen hat und nach wie vor ein Eckpfeiler der europäischen ***Zusammenarbeit*** und der europäischen Werte ist, der als starker Katalysator für Wachstum, Wohlstand und Solidarität wirkt; in der Erwägung, dass sich die internationale Situation jedoch grundlegend verändert hat, woraus sich die Notwendigkeit ergibt, ***die undurchsichtigen Governance-Strukturen zu straffen und zu vereinfachen***;

Or. en

Änderungsantrag 17
Sandro Gozi, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Erwägung F

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
F. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht festgestellt wurde, dass zusätzliche Investitionen in Höhe von mindestens 750 bis 800 Mrd. EUR jährlich erforderlich sind, um die Produktivität der EU wiederherzustellen und die ökologischen und sozialen Ziele der EU zu verwirklichen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 18
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Erwägung F

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
F. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht festgestellt wurde, dass zusätzliche Investitionen in Höhe von mindestens 750 bis 800 Mrd. EUR jährlich erforderlich sind, um die Produktivität der EU wiederherzustellen und die ökologischen und sozialen Ziele ***der EU*** zu verwirklichen;	F. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht festgestellt wurde, dass zusätzliche Investitionen in Höhe von mindestens 750 bis 800 Mrd. EUR jährlich erforderlich sind, um die Produktivität und ***die Wettbewerbsfähigkeit*** der EU wiederherzustellen und ***gleichzeitig weiterhin ihre*** ökologischen und sozialen Ziele der EU zu verwirklichen;

Or. en

Änderungsantrag 19
Gerolf Annemans

Entschließungsantrag
Erwägung G

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
G. in der Erwägung, dass die Unterstützung der EU für öffentliche und private Investitionen durch die ***Größe des EU-Haushalts, dessen mangelnde Ausrichtung und eine übermäßig konservative Haltung gegenüber Risiken*** eingeschränkt wird; in der Erwägung, dass gemeinsame Investitionen der EU, einschließlich gemeinsam finanzierter marktbasierter Initiativen, ***von entscheidender Bedeutung sind, um grenzüberschreitende Herausforderungen zu bewältigen, da sie Skaleneffekte ermöglichen, die strategische Autonomie fördern, den Zusammenhalt in der Union sicherstellen, privates Kapital anziehen, die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU in kritischen Sektoren stärken und andere europäische öffentliche Güter***	G. in der Erwägung, dass die Unterstützung der EU für öffentliche und private Investitionen durch die ***prekäre wirtschaftliche Situation einer Vielzahl der wesentlichen Industriestaaten unter den Mitgliedstaaten*** eingeschränkt wird; in der Erwägung, dass gemeinsame Investitionen der EU, einschließlich gemeinsam finanzierter marktbasierter Initiativen, ***den Status der EU als eine Union zur Mittelübertragung konsolidieren und die ohnehin bereits vorliegende übermäßige Abhängigkeit von Fremdkapitalfinanzierung noch verstärken würde***;

finanzieren;

Or. en

Änderungsantrag 20
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Erwägung G

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
G. in der Erwägung, dass die Unterstützung der EU für öffentliche und private Investitionen durch die Größe des EU-Haushalts, dessen mangelnde Ausrichtung und eine übermäßig konservative Haltung gegenüber Risiken eingeschränkt wird; in der Erwägung, dass gemeinsame Investitionen der EU, einschließlich gemeinsam finanzierter marktbasierter Initiativen, von entscheidender Bedeutung sind, um grenzüberschreitende Herausforderungen zu bewältigen, da sie Skaleneffekte ermöglichen, die strategische Autonomie fördern, den Zusammenhalt in der Union sicherstellen, privates Kapital anziehen, die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU in kritischen Sektoren stärken und andere europäische öffentliche Güter finanzieren;	G. in der Erwägung, dass die Unterstützung der EU für öffentliche und private Investitionen durch die Größe des EU-Haushalts, dessen mangelnde Ausrichtung und eine übermäßig konservative Haltung gegenüber Risiken eingeschränkt wird; in der Erwägung, dass gemeinsame Investitionen der EU, einschließlich gemeinsam finanzierter marktbasierter Initiativen, von entscheidender Bedeutung sind, um grenzüberschreitende Herausforderungen zu bewältigen, da sie Skaleneffekte ermöglichen, die strategische Autonomie fördern, den Zusammenhalt in der Union sicherstellen, privates Kapital anziehen, die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU in kritischen Sektoren stärken und andere europäische öffentliche Güter finanzieren; ***weist jedoch darauf hin, dass diese Investitionen nach wie vor gezielt, begrenzt und streng kontrolliert werden müssen, um nicht zu einer gemeinsamen Planwirtschaft zu führen;***

Or. fr

Änderungsantrag 21
Sandro Gozi, Gilles Boyer, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Erwägung G

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
G. in der Erwägung, dass die Unterstützung der EU für öffentliche und private Investitionen durch die Größe des EU-Haushalts, dessen ***mangelnde Ausrichtung*** und eine übermäßig konservative Haltung gegenüber Risiken eingeschränkt wird; in der Erwägung, dass gemeinsame Investitionen der EU, einschließlich gemeinsam finanzierter marktbasierter Initiativen, von entscheidender Bedeutung sind, um grenzüberschreitende Herausforderungen zu bewältigen, da sie Skaleneffekte ermöglichen, die strategische Autonomie fördern, den Zusammenhalt in der Union sicherstellen, privates Kapital anziehen, die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU in kritischen Sektoren stärken und andere europäische öffentliche Güter finanzieren;	G. in der Erwägung, dass die Unterstützung der EU für öffentliche und private Investitionen durch die Größe des EU-Haushalts, dessen ***komplexe Verwaltungsstruktur*** und eine übermäßig konservative Haltung gegenüber Risiken eingeschränkt wird; in der Erwägung, dass gemeinsame Investitionen der EU, einschließlich gemeinsam finanzierter marktbasierter Initiativen, von entscheidender Bedeutung sind, um grenzüberschreitende Herausforderungen zu bewältigen, da sie Skaleneffekte ermöglichen, die strategische Autonomie fördern, ***und gleichzeitig*** den Zusammenhalt in der Union sicherstellen, privates Kapital anziehen, die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU in kritischen Sektoren stärken und andere europäische öffentliche Güter finanzieren ***und bereitstellen***;

Or. en

Änderungsantrag 22
Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Erwägung G

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
G. in der Erwägung, dass die Unterstützung der EU für öffentliche und private Investitionen durch die Größe des EU-Haushalts, dessen mangelnde Ausrichtung und eine übermäßig konservative Haltung gegenüber Risiken eingeschränkt wird; in der Erwägung, dass gemeinsame Investitionen der EU, einschließlich gemeinsam finanzierter marktbasierter Initiativen, von entscheidender Bedeutung sind, um grenzüberschreitende Herausforderungen zu bewältigen, da sie Skaleneffekte	G. in der Erwägung, dass die Unterstützung der EU für öffentliche und private Investitionen durch die Größe des EU-Haushalts, dessen mangelnde Ausrichtung und eine übermäßig konservative Haltung gegenüber Risiken eingeschränkt wird; in der Erwägung, dass gemeinsame Investitionen der EU, einschließlich gemeinsam finanzierter marktbasierter Initiativen, von entscheidender Bedeutung sind, um grenzüberschreitende Herausforderungen zu bewältigen, da sie Skaleneffekte

ermöglichen, die strategische Autonomie fördern, den Zusammenhalt in der Union ***sicherstellen***, privates Kapital anziehen, die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU in kritischen Sektoren stärken und andere europäische öffentliche Güter finanzieren;	ermöglichen, die strategische Autonomie fördern, den Zusammenhalt in der Union ***schützen und fördern***, privates Kapital anziehen, die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU in kritischen Sektoren stärken und andere europäische öffentliche Güter finanzieren;

Or. en

Änderungsantrag 23
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Erwägung H

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
H. in der Erwägung, dass ***der Versuch***, in den letzten zehn Jahren eine Kapitalmarktunion (KMU) zu errichten, ***nicht erfolgreich war***, dass ***jedoch die vollständige Integration der*** Finanzdienstleistungen ***in den Binnenmarkt*** für die Verwirklichung der strategischen wirtschaftspolitischen Ziele der EU von wesentlicher Bedeutung ***ist***;	H. in der Erwägung, dass ***die im Rahmen des von der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen als strategische Priorität festgelegten Ziele***, in den letzten zehn Jahren eine Kapitalmarktunion (KMU) zu errichten***, bisher nicht erreicht wurden***; ***in der Erwägung, dass dadurch verdeutlicht wird,*** dass ***gut in den Binnenmarkt integrierte*** Finanzdienstleistungen für die Verwirklichung der strategischen wirtschaftspolitischen Ziele der EU von wesentlicher Bedeutung ***sind***;

Or. en

Änderungsantrag 24
Sandro Gozi, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Erwägung I

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
I. in der Erwägung, dass der Draghi-Bericht eine umfassende Analyse der wirtschaftspolitischen Steuerung und	***entfällt***

Wettbewerbsfähigkeit der EU enthält; in der Erwägung, dass das Parlament stets betont hat, dass Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit mit sozialem, wirtschaftlichem und territorialem Zusammenhalt, Gleichheit und dem Schutz der Bürgerrechte einhergehen müssen;

Or. en

Änderungsantrag 25
Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Erwägung I

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
I. in der Erwägung, dass der Draghi-Bericht eine umfassende Analyse der wirtschaftspolitischen Steuerung und Wettbewerbsfähigkeit der EU enthält; in der Erwägung, dass das Parlament stets betont hat, dass Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit mit sozialem, wirtschaftlichem und territorialem Zusammenhalt, Gleichheit und dem Schutz der Bürgerrechte einhergehen müssen;	I. in der Erwägung, dass der Draghi-Bericht eine umfassende Analyse der wirtschaftspolitischen Steuerung und Wettbewerbsfähigkeit der EU enthält; in der Erwägung, dass das Parlament stets betont hat, dass Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit mit sozialem, wirtschaftlichem und territorialem Zusammenhalt, Gleichheit und dem Schutz der Bürgerrechte einhergehen müssen***, wobei berücksichtigt werden muss, dass die Kohäsionspolitik nicht als vom Binnenmarkt getrennt, sondern als eine wesentliche Säule des Binnenmarkts betrachtet werden sollte, die ein wesentlicher Treiber für Konvergenz, Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit darstellt, durch die Europas Einheit und der gemeinsame Wohlstand geschützt wird***;

Or. en

Änderungsantrag 26
Tobiasz Bocheński
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung I a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ia. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht hervorgehoben wird, dass die Funktionsweise der EU gestärkt werden sollte, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas sicherzustellen, indem politische Instrumente im Rahmen des bestehenden institutionellen Gefüges gestrafft werden;

Or. en

Änderungsantrag 27
Tobiasz Bocheński
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung I b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ib. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht darauf hingewiesen wird, dass der bestehende institutionelle Rahmen der EU bereits die Instrumente enthält, die zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit erforderlich sind, und dass eine Vertragsänderung keine Voraussetzung dafür ist, dass Europa weiter voranschreitet; in der Erwägung, dass der Fortschritt vom politischen Willen und der Konzentration auf das Wesentliche sowie von der gezielten Deregulierung und der Verringerung des Verwaltungsaufwands abhängt;

Or. en

Änderungsantrag 28
Tobiasz Bocheński
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung I c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ic. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht betont wird, dass der institutionelle Rahmen der EU bereits die Instrumente enthält, die erforderlich sind, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas sicherzustellen; in der Erwägung, dass die wesentliche Herausforderung in der gezielten Deregulierung und der Verringerung des Verwaltungsaufwands liegt;

Or. en

Änderungsantrag 29
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Erwägung J

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
J. in der Erwägung, dass in dem von der Kommission veröffentlichten Kompass für Wettbewerbsfähigkeit, der auf der Analyse des Draghi-Berichts basiert, ein neuer Fahrplan zur Wiederherstellung der Dynamik der EU und zur Ankurbelung ihres Wirtschaftswachstums vorgeschlagen wird, mit dem die Herausforderungen des ökologischen und des digitalen Wandels angegangen werden und Maßnahmen zur Verbesserung des Rechtsrahmens, zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) und zur Förderung einer CO2-armen Wirtschaft vorgesehen sind; in der Erwägung, dass das Parlament stets hervorgehoben hat, dass ein umfassender industriepolitischer Ansatz erforderlich ist, bei dem die soziale, ökologische und wirtschaftliche Dimension der Nachhaltigkeit berücksichtigt wird;	J. in der Erwägung, dass in dem von der Kommission veröffentlichten Kompass für Wettbewerbsfähigkeit, der auf der Analyse des Draghi-Berichts basiert, ein neuer Fahrplan zur Wiederherstellung der Dynamik der EU und zur Ankurbelung ihres Wirtschaftswachstums vorgeschlagen wird, mit dem ***die Hemmnisse für Innovation und Markteintritt verringert sowie die*** Herausforderungen des ökologischen und des digitalen Wandels angegangen werden und Maßnahmen zur Verbesserung ***und Vereinfachung*** des Rechtsrahmens, zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) und zur Förderung einer CO2-armen Wirtschaft vorgesehen sind; in der Erwägung, dass das Parlament stets hervorgehoben hat, dass ein umfassender industriepolitischer Ansatz erforderlich ist, bei dem die soziale,

ökologische und wirtschaftliche Dimension der Nachhaltigkeit berücksichtigt wird;

Or. en

Änderungsantrag 30
Sandro Gozi, Gilles Boyer, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Erwägung K

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
K. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht darauf hingewiesen wird, dass sich die Beschlussfassungsverfahren der EU mit der Erweiterung der Union nicht wesentlich weiterentwickelt haben und dass daher angesichts der zunehmenden Komplexität des globalen Umfelds die ***Gesetzgebungs- und*** Beschlussfassungsverfahren ***beschleunigt*** werden müssen; in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht betont wird, dass eine neue Industriestrategie für Europa ohne gleichzeitige Änderungen des institutionellen Gefüges und der Funktionsweise der EU keinen Erfolg haben wird;	K. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht darauf hingewiesen wird, dass sich die Beschlussfassungsverfahren der EU mit der Erweiterung der Union nicht wesentlich weiterentwickelt haben und dass daher angesichts der zunehmenden Komplexität des globalen Umfelds ***und vor dem Hintergrund, dass sich die Union auf eine neue Erweiterungsrunde vorbereitet,*** die ***Organe der EU sowie die*** Beschlussfassungsverfahren ***einer Reform unterzogen und gestrafft*** werden müssen; ***in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht auch berücksichtigt wird, dass die Beschlussfassung durch eine Vielzahl von Akteuren mit Vetorecht verzögert oder verwässert werden kann***; in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht betont wird, dass eine neue Industriestrategie für Europa ohne gleichzeitige Änderungen des institutionellen Gefüges und der Funktionsweise der EU keinen Erfolg haben wird;

Or. en

Änderungsantrag 31
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Erwägung K

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
K. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht darauf hingewiesen wird, dass sich die Beschlussfassungsverfahren der EU mit der Erweiterung der Union nicht wesentlich weiterentwickelt haben und dass daher angesichts der zunehmenden Komplexität des globalen Umfelds die Gesetzgebungs- und Beschlussfassungsverfahren beschleunigt werden müssen; in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht betont wird, dass eine ***neue Industriestrategie für Europa ohne gleichzeitige*** Änderungen des institutionellen Gefüges und der Funktionsweise der EU ***keinen Erfolg haben wird***;	K. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht darauf hingewiesen wird, dass sich die Beschlussfassungsverfahren der EU mit der Erweiterung der Union nicht wesentlich weiterentwickelt haben und dass daher angesichts der zunehmenden Komplexität des globalen Umfelds die Gesetzgebungs- und Beschlussfassungsverfahren beschleunigt werden müssen; in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht betont wird, dass eine ***Stärkung der EU Veränderungen an den Verträgen erfordert, jedoch eine Menge der Veränderungen bereits durch gezielte Anpassungen erreicht werden kann und schlägt in diesem Zusammenhang eine Reihe von*** Änderungen des institutionellen Gefüges und der Funktionsweise ***zur Unterstützung der Industriestrategie*** der EU ***vor***;

Or. en

Änderungsantrag 32
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Erwägung K

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
K. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht darauf hingewiesen wird, dass sich die Beschlussfassungsverfahren der EU mit der Erweiterung der Union nicht wesentlich weiterentwickelt haben und dass daher angesichts der zunehmenden Komplexität des globalen Umfelds die Gesetzgebungs- und Beschlussfassungsverfahren beschleunigt werden müssen; in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht betont wird, dass eine neue Industriestrategie für Europa ***ohne gleichzeitige*** Änderungen des institutionellen Gefüges und der	K. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht darauf hingewiesen wird, dass sich die Beschlussfassungsverfahren der EU mit der Erweiterung der Union nicht wesentlich weiterentwickelt haben und dass daher angesichts der zunehmenden Komplexität des globalen Umfelds die Gesetzgebungs- und Beschlussfassungsverfahren beschleunigt werden müssen; in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht betont wird, dass eine neue Industriestrategie für Europa von ***gleichzeitigen*** Änderungen des institutionellen Gefüges und der

Funktionsweise der EU ***keinen Erfolg haben wird***;	Funktionsweise der EU ***flankiert werden müssen***;

Or. en

Änderungsantrag 33
Daniel Freund
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung K a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ka. in der Erwägung, dass die Beitrittsprozesse einer beträchtlichen Anzahl von Ländern seit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine eine neue Dynamik erhalten haben, was zu einer Situation geführt hat, in der sich die EU auf die nächste umfassende Erweiterungsrunde vorbereiten und ihre Entscheidungsprozesse reformieren muss, um in einer Union mit einer erheblich größeren Anzahl von Mitgliedstaaten effizient zu funktionieren; in der Erwägung, dass die Erweiterung des Gemeinsamen Marktes ein erhebliches Potenzial für das Wachstum der europäischen Wirtschaft und die Stärkung der geoökonomischen Position der EU birgt;

Or. en

Änderungsantrag 34
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Erwägung K a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ka. in der Erwägung, dass im Draghi-

	Bericht festgestellt wird, dass sich die Anzahl der legislative Tätigkeiten der Kommission extrem erhöht hat und dass die EU bei der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips strenger vorgehen und mehr „Selbstbeschränkung“ üben sollte;

Or. en

Änderungsantrag 35
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Erwägung L

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
L. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht hervorgehoben wird, dass die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Rat auf weitere Bereiche ausgeweitet werden sollte, um Blockaden zu überwinden und die Verabschiedung von Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wirtschaftswachstums der EU zu erleichtern sowie sicherzustellen, dass Beschlüsse rasch und effizient gefasst werden;	***entfällt***

Or. fr

Änderungsantrag 36
Gerolf Annemans

Entschließungsantrag
Erwägung L

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
L. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht hervorgehoben wird, dass die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Rat auf weitere Bereiche	***entfällt***

ausgeweitet werden sollte, um Blockaden zu überwinden und die Verabschiedung von Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wirtschaftswachstums der EU zu erleichtern sowie sicherzustellen, dass Beschlüsse rasch und effizient gefasst werden;

Or. en

Änderungsantrag 37
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Erwägung L

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
L. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht ***hervorgehoben wird, dass die*** Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Rat auf weitere Bereiche ***ausgeweitet werden sollte***, um Blockaden zu überwinden und die Verabschiedung von Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wirtschaftswachstums der EU zu erleichtern sowie sicherzustellen, dass Beschlüsse rasch und effizient gefasst werden;	L. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht ***auf die andauernde Diskussion über die Ausweitung der*** Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Rat auf weitere Bereiche ***hingewiesen wird***, um Blockaden zu überwinden und die Verabschiedung von Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wirtschaftswachstums der EU zu erleichtern sowie sicherzustellen, dass Beschlüsse rasch und effizient gefasst werden;

Or. en

Änderungsantrag 38
François-Xavier Bellamy

Entschließungsantrag
Erwägung L

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
L. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht hervorgehoben wird, dass die ***Beschlussfassung mit qualifizierter***	L. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht hervorgehoben wird, dass die ***europäischen***

Mehrheit im Rat auf weitere Bereiche ausgeweitet werden ***sollte***, um Blockaden zu überwinden und die Verabschiedung von Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wirtschaftswachstums der EU zu erleichtern sowie sicherzustellen, dass Beschlüsse rasch und effizient gefasst werden;	***Beschlussfassungsverfahren vereinfacht*** werden ***müssen***, um die Verabschiedung von Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wirtschaftswachstums der EU zu erleichtern sowie sicherzustellen, dass Beschlüsse rasch und effizient gefasst werden;

Or. en

Änderungsantrag 39
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Erwägung M

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
M. in der Erwägung, dass die Konferenz zur Zukunft Europas den Bürgern, der Zivilgesellschaft, den Sozialpartnern sowie den einschlägigen Interessenträgern und Institutionen eine einzigartige Gelegenheit bot, über die Zukunft der EU nachzudenken und wichtige Prioritäten für ihre Entwicklung zu ermitteln; in der Erwägung, dass die im Draghi-Bericht enthaltenen Vorschläge für Änderungen der Verträge, institutionelle Reformen und politische Initiativen auf der Forderung der Konferenz zur Zukunft Europas nach einer demokratischeren, effizienteren und wirksameren EU mit einer verbesserten Fähigkeit zur Bewältigung der Herausforderungen und Chancen des 21. Jahrhunderts aufbauen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 40
Tobiasz Bocheński
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung M

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
M. in der Erwägung, dass die Konferenz zur Zukunft Europas den Bürgern, der Zivilgesellschaft, den Sozialpartnern sowie den einschlägigen Interessenträgern und Institutionen eine einzigartige Gelegenheit bot, über die Zukunft der EU nachzudenken und wichtige Prioritäten für ihre Entwicklung zu ermitteln; in der Erwägung, dass die im Draghi-Bericht enthaltenen Vorschläge für Änderungen der Verträge, institutionelle Reformen und politische Initiativen auf der Forderung der Konferenz zur Zukunft Europas nach einer demokratischeren, effizienteren und wirksameren EU mit einer verbesserten Fähigkeit zur Bewältigung der Herausforderungen und Chancen des 21. Jahrhunderts aufbauen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 41
Gerolf Annemans

Entschließungsantrag
Erwägung M

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
M. in der Erwägung, dass die Konferenz zur Zukunft Europas ***den Bürgern, der Zivilgesellschaft, den Sozialpartnern sowie den einschlägigen Interessenträgern und Institutionen eine einzigartige Gelegenheit bot, über die Zukunft der EU nachzudenken und wichtige Prioritäten für ihre Entwicklung zu ermitteln***; ***in der Erwägung, dass die im Draghi-Bericht enthaltenen Vorschläge für Änderungen der Verträge,***	M. in der Erwägung, dass die Konferenz zur Zukunft Europas ***als erfolglos angesehen werden kann, da es seitens des Rates keine Bestrebungen gab, die Empfehlungen der Konferenz weiterzuverfolgen und die Befürworter, die die Durchführung der Konferenz vorangetrieben haben, seit den letzten europäischen Wahlen 2024 an Unterstützung verloren haben***;

institutionelle Reformen und politische Initiativen auf der Forderung der Konferenz zur Zukunft Europas nach einer demokratischeren, effizienteren und wirksameren EU mit einer verbesserten Fähigkeit zur Bewältigung der Herausforderungen und Chancen des 21. Jahrhunderts aufbauen;

Or. en

Änderungsantrag 42
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Erwägung M

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
M. in der Erwägung, dass die Konferenz zur Zukunft Europas ***den Bürgern, der Zivilgesellschaft, den Sozialpartnern sowie den einschlägigen Interessenträgern und Institutionen*** eine ***einzigartige*** Gelegenheit bot, über die Zukunft der EU nachzudenken und wichtige Prioritäten für ihre Entwicklung zu ermitteln; in der Erwägung, dass die im Draghi-Bericht enthaltenen Vorschläge für ***Änderungen der Verträge,*** institutionelle Reformen und politische Initiativen auf der Forderung der Konferenz zur Zukunft Europas nach einer demokratischeren, effizienteren und wirksameren EU mit einer verbesserten Fähigkeit zur Bewältigung der Herausforderungen und Chancen des 21. Jahrhunderts aufbauen;	M. in der Erwägung, dass die Konferenz zur Zukunft Europas eine Gelegenheit bot, über die Zukunft der EU nachzudenken und wichtige Prioritäten für ihre Entwicklung zu ermitteln; in der Erwägung, dass die im Draghi-Bericht enthaltenen Vorschläge für institutionelle Reformen und politische Initiativen auf der Forderung der Konferenz zur Zukunft Europas nach einer demokratischeren, effizienteren und wirksameren EU mit einer verbesserten Fähigkeit zur Bewältigung der Herausforderungen und Chancen des 21. Jahrhunderts aufbauen;

Or. en

Änderungsantrag 43
François-Xavier Bellamy

Entschließungsantrag
Erwägung M

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
M. in der Erwägung, dass die Konferenz zur Zukunft Europas den Bürgern, der Zivilgesellschaft, den Sozialpartnern sowie den einschlägigen Interessenträgern und Institutionen eine einzigartige Gelegenheit bot, über die Zukunft der EU nachzudenken und wichtige Prioritäten für ihre Entwicklung zu ermitteln; in der Erwägung, dass ***die*** im Draghi-Bericht ***enthaltenen Vorschläge für Änderungen der Verträge, institutionelle Reformen und politische Initiativen auf der*** Forderung ***der Konferenz zur Zukunft Europas*** nach einer demokratischeren, effizienteren und wirksameren EU mit einer verbesserten Fähigkeit zur Bewältigung der Herausforderungen und Chancen des 21. Jahrhunderts ***aufbauen***;	M. in der Erwägung, dass die Konferenz zur Zukunft Europas den Bürgern, der Zivilgesellschaft, den Sozialpartnern sowie den einschlägigen Interessenträgern und Institutionen eine einzigartige Gelegenheit bot, über die Zukunft der EU nachzudenken und wichtige Prioritäten für ihre Entwicklung zu ermitteln; in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht ***die*** Forderung nach einer demokratischeren, effizienteren und wirksameren EU mit einer verbesserten Fähigkeit zur Bewältigung der Herausforderungen und Chancen des 21. Jahrhunderts ***hervorgehoben wird***;

Or. en

Änderungsantrag 44
Sandro Gozi, Gilles Boyer, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Erwägung M

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
M. in der Erwägung, dass die Konferenz zur Zukunft Europas den Bürgern, der Zivilgesellschaft, den Sozialpartnern sowie den einschlägigen Interessenträgern und Institutionen eine einzigartige Gelegenheit bot, über die Zukunft der EU nachzudenken und wichtige Prioritäten für ihre Entwicklung zu ermitteln; in der Erwägung, dass die im Draghi-Bericht enthaltenen Vorschläge für Änderungen der Verträge, institutionelle Reformen und politische Initiativen auf der Forderung der Konferenz zur Zukunft Europas nach einer demokratischeren,	M. *(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

effizienteren und wirksameren EU mit einer verbesserten Fähigkeit zur Bewältigung der Herausforderungen und Chancen des 21. Jahrhunderts aufbauen;

Or. en

Änderungsantrag 45
Tobiasz Bocheński
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung M a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ma. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht klargestellt wird, dass eine Stärkung des politischen und institutionellen Modells der EU innerhalb des bestehenden Rechtsrahmens möglich ist, indem eine gezielte Straffung des Rechtsrahmens vorgenommen wird, ohne dass Vertragsänderungen erforderlich sind; in der Erwägung, dass der Schwerpunkt bei einer solcher gezielte Straffung auf die Deregulierung gelegt werden sollte, anstatt die Anzahl der EU-Vorschriften und -Verfahren zu erhöhen;

Or. en

Änderungsantrag 46
Sandro Gozi, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Erwägung N

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
N. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht der digitale Wandel und die Entwicklung künstlicher Intelligenz (KI) als wichtige Triebfedern für die künftige Wettbewerbsfähigkeit Europas genannt	***entfällt***

werden; in der Erwägung, dass die EU bislang entscheidende Chancen der digitalen Revolution verpasst hat und bei KI-Fähigkeiten, Dateninfrastruktur und dem Ausbau von technologieintensiven Technologien (Deep Tech) weiterhin hinter den weltweiten Spitzenreitern zurückliegt;

Or. en

Änderungsantrag 47
Gerolf Annemans

Entschließungsantrag
Erwägung N

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
N. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht der digitale Wandel und die Entwicklung künstlicher Intelligenz (KI) als wichtige Triebfedern für die künftige Wettbewerbsfähigkeit Europas genannt werden; in der Erwägung, dass die EU bislang entscheidende Chancen der digitalen Revolution verpasst hat und bei KI-Fähigkeiten, Dateninfrastruktur und dem Ausbau von technologieintensiven Technologien (Deep Tech) weiterhin hinter den weltweiten Spitzenreitern zurückliegt;	N. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht der digitale Wandel und die Entwicklung künstlicher Intelligenz (KI) als wichtige Triebfedern für die künftige Wettbewerbsfähigkeit Europas genannt werden; in der Erwägung, dass die EU bislang entscheidende Chancen der digitalen Revolution verpasst hat und bei KI-Fähigkeiten, Dateninfrastruktur und dem Ausbau von technologieintensiven Technologien (Deep Tech) weiterhin hinter den weltweiten Spitzenreitern zurückliegt; ***in der Erwägung, dass die EU sich weitgehend damit beschäftigt hat, KI zu regulieren, anstatt sie zu fördern, was das Kernproblem des politischen Narrativs der EU hervorhebt;***

Or. en

Änderungsantrag 48
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Erwägung O

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
O. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht betont wird, dass die EU ihre strategische Autonomie und ihre Verteidigungskapazitäten stärken muss, indem sie die Marktfragmentierung überwindet, die Interoperabilität verbessert und die europäische Verteidigungsindustrie konsolidiert; in der Erwägung, dass diese Sichtweise im Niinistö-Bericht ergänzt wird, indem betont wird, dass die Risikovorsorge, die Krisenreaktion und die Resilienz kritischer Infrastrukturen und Lieferketten verbessert werden müssen; in der Erwägung, dass in beiden Berichten hervorgehoben wird, dass eine glaubwürdige europäische Verteidigungsunion einen integrierten Governance-Rahmen sowie kontinuierliche und koordinierte Investitionen auf EU-Ebene erfordert;	O. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht betont wird, dass die EU ihre strategische Autonomie und ihre Verteidigungskapazitäten stärken muss, indem sie die Marktfragmentierung überwindet, die Interoperabilität verbessert und die europäische Verteidigungsindustrie konsolidiert; ***in der Erwägung, dass bei jeder Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich die militärische Souveränität der Mitgliedstaaten gewahrt bleiben muss und die Schaffung einer zentralisierten europäischen Armee oder eines supranationalen Befehlssystems, das die nationalen strategischen Fähigkeiten schwächen würde, ausgeschlossen ist;*** in der Erwägung, dass diese Sichtweise im Niinistö-Bericht ergänzt wird, indem betont wird, dass die Risikovorsorge, die Krisenreaktion und die Resilienz kritischer Infrastrukturen und Lieferketten verbessert werden müssen; in der Erwägung, dass in beiden Berichten hervorgehoben wird, dass eine glaubwürdige europäische Verteidigungsunion einen integrierten Governance-Rahmen sowie kontinuierliche und koordinierte Investitionen auf EU-Ebene erfordert;

Or. fr

Änderungsantrag 49
Gerolf Annemans

Entschließungsantrag
Erwägung O

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
O. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht betont wird, dass die EU ihre strategische Autonomie und ihre Verteidigungskapazitäten stärken muss, indem sie die Marktfragmentierung	O. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht betont wird, dass die EU ihre strategische Autonomie und ihre Verteidigungskapazitäten stärken muss, indem sie die Marktfragmentierung

überwindet, die Interoperabilität verbessert und die europäische Verteidigungsindustrie ***konsolidiert***; in der Erwägung, dass diese Sichtweise im Niinistö-Bericht ergänzt wird, indem betont wird, dass die Risikovorsorge, die Krisenreaktion und die Resilienz kritischer Infrastrukturen und Lieferketten verbessert werden müssen; ***in der Erwägung, dass in beiden Berichten hervorgehoben wird, dass eine glaubwürdige europäische Verteidigungsunion einen integrierten Governance-Rahmen sowie kontinuierliche und koordinierte Investitionen auf EU-Ebene erfordert;***

überwindet, die Interoperabilität verbessert und die europäische Verteidigungsindustrie ***stärkt***; in der Erwägung, dass diese Sichtweise im Niinistö-Bericht ergänzt wird, indem betont wird, dass die Risikovorsorge, die Krisenreaktion und die Resilienz kritischer Infrastrukturen und Lieferketten verbessert werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 50
Anthony Smith

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. ***begrüßt*** den Draghi-Bericht, ***seine Ergebnisse und seinen*** Aufruf ***zum Handeln***; ***teilt die Einschätzung, dass Europa vor einer existenziellen Herausforderung steht, die eine neue europäische Agenda erfordert, um im sich derzeit rasch wandelnden geopolitischen Kontext wettbewerbsfähig zu bleiben und zu wachsen und gleichzeitig Beschäftigung***, ***soziale*** und ***ökologische Nachhaltigkeit, Demokratie und Frieden sicherzustellen***; ***begrüßt eine neue europäische Strategie, die auf Innovation, Dekarbonisierung und Verteidigung basiert und eine neue kohärente europäische Industriepolitik sowie erhebliche private und öffentliche Investitionen erfordert***;	1. ***würdigt*** den Draghi-Bericht, ***und bedauert gleichzeitig, welche politische Vision im Bericht entworfen wird, durch die das Risiko besteht, einen Wettlauf „nach unten“ hin zu schlechten Arbeitsbedingungen für die europäischen Arbeitnehmer und negative Auswirkungen für die Umwelt zu entfachen; begrüßt den*** Aufruf ***für eine wesentliche Erhöhung der Investitionen (800 Mrd. EUR jährlich für wichtige Übergänge), drückt jedoch sein Bedauern über den Plan Draghis aus, dies hauptsächlich durch den Privatsektor zu finanzieren, und damit die Finanzierung über Kapitalmärkte auszuweiten***; ***fordert, dass ein robuster öffentlicher Sektor die treibende Kraft für die Erholung Europas und nicht für private Gewinne sein darf; weist darauf hin, dass das unreflektierte Streben nach Wettbewerbsfähigkeit die***

Gefahr birgt, dass Löhne sinken, Arbeitsbedingungen sich verschlechtern und soziale Sicherungssysteme geschwächt werden, wobei Umweltstandards in Mitleidenschaft gezogen werden*; *weist darauf hin, dass der besorgniserregendste Aspekt des Draghi-Berichts die Forderung ist, die Bankenaufsichtsvorschriften zu überarbeiten und den Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu verringern; ist darüber besorgt, dass durch diesen Druck zur Deregulierung die Schutzmaßnahmen, die geschaffen wurden, um Verbraucher, Arbeitnehmern sowie das Finanzsystem selbst zu schützen, auf gefährliche Weise unterminiert werden könnten; warnt davor, dass die wachsende Ungleichheit und Armut in ganz Europa durch die übermäßige Betonung von Wirtschaftswachstum, Innovation und Technologie, die im Bericht als „magische Heilmittel" aufgeführt werden, ignoriert werden; weist darauf hin, dass die tiefgreifenden strukturellen Probleme der EU durch die Konzentration auf die Steigerung der Produktivität allein nicht gelöst werden; legt erneut dar, dass Europas Zukunft nicht auf der Grundlage von Deregulierung und Liberalisierung aufgebaut werden kann, sondern auf umfangreichen öffentlichen Investitionen, der Verknüpfung von Hilfe an Sozial- und Umweltstandards, der Unterstützung für die Nationalisierung von strategisch produktiven Sektoren, dem Schutz der Arbeitnehmerrechte und einer Verpflichtung zu sozialer und ökologischer Gerechtigkeit beruhen muss;

Or. en

Änderungsantrag 51
Sandro Gozi, Gilles Boyer, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag

Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. begrüßt den Draghi-Bericht, seine Ergebnisse und seinen Aufruf zum Handeln; teilt die Einschätzung, dass Europa vor einer existenziellen Herausforderung steht, die ***eine neue europäische Agenda*** erfordert, um im sich derzeit rasch wandelnden geopolitischen Kontext wettbewerbsfähig zu bleiben und zu wachsen und gleichzeitig Beschäftigung, soziale und ökologische Nachhaltigkeit, Demokratie und Frieden sicherzustellen; ***begrüßt*** eine neue europäische Strategie, die auf Innovation, Dekarbonisierung und ***Verteidigung*** basiert und eine neue kohärente europäische Industriepolitik sowie erhebliche private und öffentliche Investitionen erfordert;	1. begrüßt den Draghi-Bericht, seine Ergebnisse und seinen Aufruf zum Handeln; teilt die Einschätzung, dass Europa vor einer existenziellen Herausforderung steht, die ***beispiellose Anstrengungen*** erfordert, um im sich derzeit rasch wandelnden geopolitischen Kontext wettbewerbsfähig zu bleiben und zu wachsen und gleichzeitig Beschäftigung, soziale und ökologische Nachhaltigkeit, Demokratie und Frieden sicherzustellen; ***fordert*** eine neue europäische Strategie, die auf der ***Förderung von*** Innovation, Dekarbonisierung***, Wettbewerbsfähigkeit*** und ***der Schaffung einer Verteidigungsunion*** basiert und eine neue kohärente europäische Industriepolitik sowie die Mobilisierung erheblicher privater und öffentlicher Investitionen erfordert;

Or. en

Änderungsantrag 52
Tobiasz Bocheński
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. begrüßt den Draghi-Bericht, seine Ergebnisse und seinen Aufruf zum Handeln; teilt die Einschätzung, dass Europa vor einer existenziellen Herausforderung steht, die eine neue europäische Agenda erfordert, um im sich derzeit rasch wandelnden geopolitischen Kontext wettbewerbsfähig zu bleiben und zu wachsen und gleichzeitig Beschäftigung, soziale und ökologische	1. begrüßt den Draghi-Bericht, seine Ergebnisse und seinen Aufruf zum Handeln; teilt die Einschätzung, dass Europa vor einer existenziellen Herausforderung steht, die eine neue europäische Agenda erfordert, um im sich derzeit rasch wandelnden geopolitischen Kontext wettbewerbsfähig zu bleiben und ***wirtschaftlich*** zu wachsen und gleichzeitig ***einen freien Markt, Demokratie und***

Nachhaltigkeit***, Demokratie und Frieden*** sicherzustellen; begrüßt ***eine neue europäische Strategie, die*** auf Innovation, ***Dekarbonisierung*** und Verteidigung ***basiert und eine neue kohärente europäische Industriepolitik sowie erhebliche private und öffentliche Investitionen erfordert***;	***Frieden,*** Beschäftigung, soziale und ökologische Nachhaltigkeit sicherzustellen; begrüßt ***den strategischen Fokus*** auf Innovation, ***Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit*** und Verteidigung ***der EU***;

Or. en

Änderungsantrag 53
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. begrüßt den Draghi-Bericht, seine Ergebnisse und seinen Aufruf zum Handeln; teilt die Einschätzung, dass Europa vor einer existenziellen Herausforderung steht, die eine neue europäische Agenda erfordert, um im sich derzeit rasch wandelnden geopolitischen Kontext wettbewerbsfähig zu bleiben und zu wachsen und gleichzeitig Beschäftigung, soziale und ökologische Nachhaltigkeit, Demokratie und Frieden sicherzustellen; begrüßt eine neue europäische Strategie, die auf Innovation, Dekarbonisierung und Verteidigung basiert und eine neue kohärente europäische Industriepolitik sowie erhebliche private und öffentliche Investitionen erfordert;	1. begrüßt den Draghi-Bericht, seine Ergebnisse und seinen Aufruf zum Handeln; teilt die Einschätzung, dass Europa vor einer existenziellen Herausforderung steht, die eine neue europäische Agenda erfordert, um im sich derzeit rasch wandelnden geopolitischen Kontext wettbewerbsfähig zu bleiben und zu wachsen und gleichzeitig Beschäftigung, soziale und ökologische Nachhaltigkeit, Demokratie und Frieden sicherzustellen; begrüßt eine neue europäische Strategie, die auf Innovation, ***faire*** Dekarbonisierung und Verteidigung basiert und eine neue kohärente europäische Industriepolitik sowie erhebliche private und öffentliche Investitionen erfordert;

Or. en

Änderungsantrag 54
Gerolf Annemans

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. ***begrüßt*** den Draghi-Bericht, seine Ergebnisse und seinen Aufruf zum Handeln; teilt die Einschätzung, dass Europa vor einer existenziellen Herausforderung steht, die eine ***neue europäische Agenda*** erfordert, um ***im sich derzeit rasch wandelnden geopolitischen Kontext wettbewerbsfähig zu bleiben und zu wachsen und*** gleichzeitig Beschäftigung, soziale und ökologische Nachhaltigkeit, Demokratie und Frieden sicherzustellen; begrüßt eine neue europäische Strategie, die auf Innovation, ***Dekarbonisierung*** und Verteidigung basiert und eine neue kohärente europäische Industriepolitik sowie erhebliche ***private und öffentliche Investitionen*** erfordert;	1. ***nimmt*** den Draghi-Bericht, seine Ergebnisse und seinen Aufruf zum Handeln ***zur Kenntnis***; teilt die Einschätzung, dass Europa vor einer existenziellen Herausforderung steht, die im sich derzeit rasch wandelnden geopolitischen Kontext ***eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum erfordert***, um gleichzeitig Beschäftigung, soziale und ökologische Nachhaltigkeit, Demokratie und Frieden sicherzustellen; begrüßt eine neue europäische Strategie, die auf Innovation, ***Nachhaltigkeit*** und Verteidigung basiert und eine neue kohärente europäische Industriepolitik sowie erhebliche ***Investitionsfähigkeit*** erfordert;

Or. en

Änderungsantrag 55
Anthony Smith

Entschließungsantrag
Ziffer 1 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	1a. betont, dass die Zukunft der europäischen Wirtschaft auf der europäischen Säule sozialer Rechte und dem Protokoll über den sozialen Fortschritt beruhen muss, damit eine soziale Aufwärtskonvergenz zwischen allen Mitgliedstaaten erreicht wird; bekräftigt, dass die EU-Verträge angepasst werden müssen, um die europäische Säule sozialer Rechte und das Protokoll über den sozialen Fortschritt in ihnen zu verankern und so den sozialen Zusammenhalt und die demokratische Legitimität im wirtschaftlichen Rahmen der Union zu

stärken; betont, dass auf Grundlage der europäischen Säule sozialer Rechte und dem Protokoll über den sozialen Fortschritt hohe Standards in Bezug auf Arbeitnehmerrechte, Sozialschutz, faire Löhne und hochwertige Beschäftigung gefördert werden müssen, um sicherzustellen, dass der wirtschaftliche Fortschritt allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommt; fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, Maßnahmen umzusetzen, die mit diesen Grundsätzen im Einklang stehen, um die Solidarität zu fördern, soziale Ungleichheiten zu verringern und ein nachhaltiges und integratives Wirtschaftswachstum in der gesamten Union zu unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 56
Salvatore De Meo

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. hebt hervor, dass all dies, wie im Draghi-Bericht dargelegt wird, nur erreicht werden kann, wenn die EU ihre institutionelle und wirtschaftliche Governance umgehend neu organisiert, ***fragmentierte nationale Ansätze überwindet und eine neu ausgerichtete, beschleunigte*** und ***vereinfachte supranationale*** Beschlussfassung auf EU-Ebene ***stärkt, um*** dort, wo es am wichtigsten ist, als echter globaler Akteur effizienter und wirksamer handeln zu können;	2. hebt hervor, dass all dies, wie im Draghi-Bericht dargelegt wird, nur erreicht werden kann, wenn die EU ihre institutionelle und wirtschaftliche Governance umgehend neu organisiert, ***die von einer klaren und inklusiven Kommunikationsstrategie begleitet werden muss, um die Einbeziehung der Bürger und ihre Information über die aus diesen Änderungen resultierenden Vorteile zu gewährleisten, um eine vollständige Unterstützung durch die Öffentlichkeit sicherzustellen und ein Bewusstsein der Zugehörigkeit und der gemeinsamen Verantwortung zu fördern; neben der notwendigen Stärkung, Neuausrichtung***, ***Beschleunigung*** und ***Vereinfachung der supranationalen***

	Beschlussfassung auf EU-Ebene ***wird dies der EU ermöglichen,*** dort, wo es am wichtigsten ist, als echter globaler Akteur effizienter und wirksamer handeln zu können;
	Or. it

Änderungsantrag 57
Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. hebt hervor, dass all dies, wie im Draghi-Bericht dargelegt wird, nur erreicht werden kann, wenn die EU ihre institutionelle und wirtschaftliche Governance umgehend neu organisiert, fragmentierte nationale Ansätze überwindet und eine neu ausgerichtete, beschleunigte und vereinfachte supranationale Beschlussfassung auf EU-Ebene stärkt, um dort, wo es am wichtigsten ist, als echter globaler Akteur effizienter und wirksamer handeln zu können;	2. hebt hervor, dass all dies, wie im Draghi-Bericht dargelegt wird, nur erreicht werden kann, wenn die EU ihre institutionelle und wirtschaftliche Governance umgehend neu organisiert, fragmentierte nationale Ansätze überwindet und eine neu ausgerichtete, beschleunigte und vereinfachte supranationale Beschlussfassung auf EU-Ebene stärkt, um dort, wo es am wichtigsten ist, als echter globaler Akteur effizienter und wirksamer handeln zu können; ***betont, dass die Schwierigkeiten, die aufgrund der erforderlichen Einstimmigkeit im Rat aufgetreten sind, angegangen werden müssen; unterstützt in diesem Zusammenhang alle Initiativen, die auf einen wirksameren Entscheidungsprozess abzielen, der für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der EU von entscheidender Bedeutung ist;***
	Or. en

Änderungsantrag 58
Gerolf Annemans

Entschließungsantrag

Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. hebt hervor, dass all dies, wie im Draghi-Bericht dargelegt wird, nur erreicht werden kann, wenn die EU ihre institutionelle und wirtschaftliche Governance umgehend neu organisiert, ***fragmentierte nationale Ansätze überwindet und eine neu ausgerichtete, beschleunigte und vereinfachte supranationale Beschlussfassung auf EU-Ebene stärkt***, um dort, wo es am wichtigsten ist, ***als echter globaler Akteur*** effizienter und wirksamer handeln zu können;	2. hebt hervor, dass all dies, wie im Draghi-Bericht dargelegt wird, nur erreicht werden kann, wenn die EU ihre institutionelle und wirtschaftliche Governance umgehend neu organisiert, ***indem sie sie transparenter und zielgerichteter macht***, um dort, wo es am wichtigsten ist, ***als echter globaler Akteur*** effizienter und wirksamer handeln zu können***, wobei die Grundsätze der begrenzten Einzelermächtigung, der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit geachtet werden***; ***begrüßt in diesem Zusammenhang den Beschluss der Kommission, 37 anhängige Legislativvorschläge der EU zurückzuziehen; ist der Auffassung, dass dies ein erster Schritt in die richtige Richtung ist***;

Or. en

Änderungsantrag 59
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. hebt hervor, dass all dies, wie im Draghi-Bericht dargelegt wird, nur erreicht werden kann, wenn die EU ihre institutionelle und wirtschaftliche Governance umgehend neu organisiert, ***fragmentierte nationale Ansätze überwindet und eine neu ausgerichtete, beschleunigte und vereinfachte supranationale Beschlussfassung auf EU-Ebene stärkt***, um dort, wo es am wichtigsten ist, als echter globaler Akteur effizienter und wirksamer handeln zu können;	2. hebt hervor, dass all dies, wie im Draghi-Bericht dargelegt wird, nur erreicht werden kann, wenn die EU ihre institutionelle und wirtschaftliche Governance umgehend neu organisiert, um dort, wo es am wichtigsten ist, als echter globaler Akteur effizienter und wirksamer handeln zu können;

Or. fr

Änderungsantrag 60
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. hebt hervor, dass ***all dies, wie*** im Draghi-Bericht ***dargelegt*** wird, ***nur erreicht werden kann, wenn*** die EU ihre institutionelle und wirtschaftliche Governance ***umgehend neu organisiert***, fragmentierte nationale Ansätze ***überwindet und eine neu ausgerichtete, beschleunigte und vereinfachte supranationale Beschlussfassung*** auf EU-Ebene ***stärkt, um dort, wo es am wichtigsten ist, als echter globaler Akteur effizienter und wirksamer handeln zu können***;	2. hebt hervor, dass im Draghi-Bericht ***vorgeschlagen*** wird, ***dass*** die EU ihre institutionelle und wirtschaftliche Governance ***verstärkt***, ***und in Fällen, in denen es am wichtigsten ist,*** fragmentierte nationale Ansätze ***durch effizientere und wirksamere Beschlussfassungsverfahren*** auf EU-Ebene ***ersetzt***;

Or. en

Änderungsantrag 61
Tobiasz Bocheński
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. hebt hervor, dass ***all dies, wie im Draghi-Bericht dargelegt wird, nur*** erreicht werden kann, ***wenn die EU ihre institutionelle und wirtschaftliche Governance umgehend neu organisiert, fragmentierte nationale Ansätze überwindet und eine neu ausgerichtete, beschleunigte und vereinfachte supranationale Beschlussfassung auf EU-Ebene stärkt, um dort, wo es am***	2. hebt hervor, dass ***eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der EU nur durch die Deregulierung eines enormen Anteil der geltenden Rechtsvorschriften der EU*** erreicht werden kann, ***indem veraltete und ineffiziente Rechtsakte abgeschafft werden, durch die EU-Unternehmern und -Unternehmen ein großer Verwaltungsaufwand aufgebürdet wird, was zur Unterminierung des***

wichtigsten ist, als echter globaler Akteur effizienter und wirksamer handeln zu können;

ordnungsgemäßen Funktionierens des Binnenmarktes führt;

Or. en

Änderungsantrag 62
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. hebt hervor, dass ***all dies***, wie im Draghi-Bericht dargelegt wird, ***nur erreicht werden kann***, ***wenn*** die EU ihre institutionelle und wirtschaftliche Governance ***umgehend neu organisiert***, fragmentierte nationale Ansätze überwindet und ***eine neu ausgerichtete, beschleunigte und vereinfachte supranationale*** Beschlussfassung ***auf EU-Ebene*** stärkt, um dort, wo es am wichtigsten ist, als echter globaler Akteur effizienter und wirksamer handeln zu können;	2. hebt hervor, dass ***sich die Entscheidungsträger der EU***, wie im Draghi-Bericht dargelegt wird, ***umgehend damit befassen müssen***, ***wie*** die EU ihre institutionelle und wirtschaftliche Governance ***verbessern kann***, ***indem sie*** fragmentierte nationale Ansätze überwindet und ***die*** Beschlussfassung stärkt, um dort, wo es am wichtigsten ist, als echter globaler Akteur effizienter und wirksamer handeln zu können;

Or. en

Änderungsantrag 63
François-Xavier Bellamy

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. hebt hervor, dass all dies, wie im Draghi-Bericht dargelegt wird, nur erreicht werden kann, wenn die EU ihre institutionelle und wirtschaftliche Governance umgehend neu organisiert, ***fragmentierte nationale Ansätze überwindet*** und ***eine neu ausgerichtete,***	2. hebt hervor, dass all dies, wie im Draghi-Bericht dargelegt wird, nur erreicht werden kann, wenn die EU ihre institutionelle und wirtschaftliche Governance umgehend neu organisiert, ***indem sie – in Übereinstimmung mit den in den EU-Verträgen verankerten***

beschleunigte und vereinfachte supranationale Beschlussfassung auf EU-Ebene stärkt, um dort, wo es am wichtigsten ist, als echter globaler Akteur effizienter und wirksamer handeln zu können;	***Grundsätzen der Subsidiarität*** und ***der Verhältnismäßigkeit – der Vereinfachung und Verringerung von hoher Verwaltungslast Vorrang einräumt***, um dort, wo es am wichtigsten ist, als echter globaler Akteur effizienter und wirksamer handeln zu können;

Or. en

Änderungsantrag 64
Sandro Gozi, Gilles Boyer, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. hebt hervor, dass all dies, wie im Draghi-Bericht dargelegt wird, nur erreicht werden kann, wenn die EU ihre institutionelle und wirtschaftliche Governance umgehend neu organisiert, fragmentierte nationale Ansätze überwindet und eine neu ausgerichtete, beschleunigte und vereinfachte ***supranationale*** Beschlussfassung auf EU-Ebene stärkt, um dort, wo es am wichtigsten ist, als echter globaler Akteur effizienter und wirksamer handeln zu können;	2. hebt hervor, dass all dies, wie im Draghi-Bericht dargelegt wird, nur erreicht werden kann, wenn die EU ihre institutionelle und wirtschaftliche Governance umgehend neu organisiert, fragmentierte nationale Ansätze überwindet und eine neu ausgerichtete, beschleunigte und vereinfachte Beschlussfassung auf EU-Ebene stärkt, um dort, wo es am wichtigsten ist, als echter globaler Akteur effizienter und wirksamer handeln zu können;

Or. en

Änderungsantrag 65
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Ziffer 2 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	2a. hebt hervor, dass intelligente Regierungsführung weitgehend bedeutet, hohen Verwaltungsaufwand zu

vermeiden; fordert daher, dass der Verwaltungs- und Regulierungsaufwand deutlich verringert wird und das Subsidiaritätsprinzip verstärkt umgesetzt wird, damit Europa seine Aufmerksamkeit auf Bereiche richten kann, in denen die größte Wirkung durch gemeinsames Handeln entfaltet werden kann;

Or. en

Änderungsantrag 66
Tobiasz Bocheński
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. unterstreicht, dass die ***wichtigsten Bereiche, in denen strategische politische Reformen zur*** Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU ***erforderlich sind,*** die Vollendung des europäischen Binnenmarkts, die Schaffung einer Spar- und Investitionsunion, ***die Stärkung des EU-Haushalts, die Aufrechterhaltung eines hohen Niveaus des Sozialschutzes und der Sozial- und Arbeitnehmerrechte, die Vertiefung eines europäischen KI-Modells und des digitalen Wandels sowie die Entwicklung einer europäischen Energieunion und einer europäischen Verteidigungsunion sind***;	3. unterstreicht, dass die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit ***eine strategische Konzentration auf*** die Vollendung des europäischen Binnenmarkts ***und die Erweiterung der wirtschaftlichen Dynamik durch Deregulierung und Anwendung des Subsidiaritätsprinzips erfordert***; ***unterstützt*** die Schaffung einer Spar- und Investitionsunion***, bei der die nationale Steuerhoheit gewahrt wird; fordert einen effizienten und transparenten EU-Haushalt; stellt fest, dass die Schaffung wirksamer Sozialschutzsysteme sichergestellt werden muss, durch die die individuelle Befähigung zur Selbstbestimmung und die wirtschaftliche Teilhabe unterstützt wird***; ***unterstützt einen ausgewogenen und innovationsorientierten Ansatz für den digitalen Wandel und KI, bei dem ethische Normen aufrechterhalten und gleichzeitig unnötiger Regelungsaufwand vermieden wird; hebt hervor, dass eine verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Energie und Verteidigung erforderlich ist, in deren Rahmen die unterschiedlichen Prioritäten der***

Mitgliedstaaten berücksichtigt werden;

Or. en

Änderungsantrag 67
Gerolf Annemans

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. unterstreicht, dass die wichtigsten Bereiche, in denen strategische politische Reformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU erforderlich sind, die ***Vollendung*** des europäischen Binnenmarkts***, die Schaffung einer Spar- und Investitionsunion***, die ***Stärkung*** des EU-Haushalts, die Aufrechterhaltung eines hohen Niveaus des Sozialschutzes und der Sozial- und Arbeitnehmerrechte, ***die Vertiefung eines europäischen KI-Modells und des digitalen Wandels*** sowie die Entwicklung einer europäischen ***Energieunion und einer europäischen Verteidigungsunion sind***;	3. unterstreicht, dass die wichtigsten Bereiche, in denen strategische politische Reformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU erforderlich sind, die ***Vertiefung*** des europäischen Binnenmarkts ***und der Kapitalmarktunion***, die ***Straffung*** des EU-Haushalts ***durch Konzentration auf den Kernkompetenzen der EU***, die Aufrechterhaltung eines hohen Niveaus des Sozialschutzes und der Sozial- und Arbeitnehmerrechte sowie die Entwicklung einer ***koordinierten*** europäischen ***KI-*** und ***Halbleiterstrategie*** sind;

Or. en

Änderungsantrag 68
François-Xavier Bellamy

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. unterstreicht, dass die wichtigsten Bereiche, in denen strategische politische Reformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU erforderlich sind, die Vollendung des europäischen Binnenmarkts, die Schaffung einer Spar- und Investitionsunion, die ***Stärkung*** des	3. unterstreicht, dass die wichtigsten Bereiche, in denen strategische politische Reformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU erforderlich sind, die Vollendung des europäischen Binnenmarkts, die Schaffung einer Spar- und Investitionsunion, die ***Kosteneffizienz***

EU-Haushalts, die Aufrechterhaltung eines hohen Niveaus des Sozialschutzes und der Sozial- und Arbeitnehmerrechte, die Vertiefung eines europäischen KI-Modells und des digitalen Wandels sowie die Entwicklung einer europäischen Energieunion und einer europäischen Verteidigungsunion sind;	des EU-Haushalts ***sowie seine Umsetzung***, die Aufrechterhaltung eines hohen Niveaus des Sozialschutzes und der Sozial- und Arbeitnehmerrechte, die Vertiefung eines europäischen KI-Modells und des digitalen Wandels sowie die Entwicklung einer europäischen Energieunion und einer europäischen Verteidigungsunion sind;

Or. en

Änderungsantrag 69
Tobiasz Bocheński
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. betont, dass die strategischen politischen Reformen und die vorgeschlagenen Änderungen an der institutionellen Architektur der EU als untrennbar miteinander verbundene Aspekte betrachtet werden sollten, die zusammenhängend umgesetzt werden müssen, um eine wettbewerbsfähigere EU zu fördern;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 70
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. betont, dass die strategischen politischen Reformen und die vorgeschlagenen Änderungen an der institutionellen Architektur der EU als ***untrennbar*** miteinander verbundene	4. betont, dass die strategischen politischen Reformen und die vorgeschlagenen Änderungen an der institutionellen Architektur der EU als miteinander verbundene Aspekte betrachtet

Aspekte betrachtet werden sollten***, die zusammenhängend umgesetzt werden müssen***, um eine wettbewerbsfähigere EU zu fördern;	werden sollten, um eine wettbewerbsfähigere EU zu fördern***, wobei die Bürgerinnen und Bürger der EU stärker am Prozess der mit künftigen EU-Reformen verbundenen Zielen und Maßnahmen beteiligt werden sollten***;

Or. en

Änderungsantrag 71
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Neuausrichtung, Beschleunigung und Vereinfachung der Arbeitsweise der EU***:*** ***eine neue supranationale EU-Governance***	Neuausrichtung, Beschleunigung und Vereinfachung der Arbeitsweise der EU

Or. en

Änderungsantrag 72
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Neuausrichtung, Beschleunigung und Vereinfachung der Arbeitsweise der EU***:*** ***eine neue supranationale EU-Governance***	Neuausrichtung, Beschleunigung und Vereinfachung der Arbeitsweise der EU

Or. en

Änderungsantrag 73
Sandro Gozi, Gilles Boyer, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Neuausrichtung, Beschleunigung und Vereinfachung der Arbeitsweise der EU: eine neue ***supranationale*** EU-Governance	Neuausrichtung, Beschleunigung und Vereinfachung der Arbeitsweise der EU: eine neue EU-Governance

Or. en

Änderungsantrag 74
Sandro Gozi

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. begrüßt die Bemühungen, die Arbeitsweise der EU durch strategische Prioritätensetzung und institutionelle Effizienz neu auszurichten und zu vereinfachen; fordert, dass die Handlungsfähigkeit der EU in den Bereichen gestärkt wird, in denen sie einen eindeutigen Mehrwert bietet, wobei das Subsidiaritätsprinzip zu wahren ist; betont, dass Vereinfachung und Subsidiarität zu intelligenteren und wirksameren Rechtsvorschriften führen müssen und nicht zu ***Deregulierung oder*** einem Rückzug aus Bereichen führen sollten, in denen Maßnahmen auf EU-Ebene erforderlich sind;	5. begrüßt die Bemühungen, die Arbeitsweise der EU durch strategische Prioritätensetzung und institutionelle Effizienz neu auszurichten und zu vereinfachen; fordert, dass die Handlungsfähigkeit der EU in den Bereichen gestärkt wird, in denen sie einen eindeutigen Mehrwert bietet, wobei das Subsidiaritätsprinzip zu wahren ist; betont, dass Vereinfachung und Subsidiarität zu intelligenteren und wirksameren Rechtsvorschriften führen müssen und nicht zu einem Rückzug aus Bereichen führen sollten, in denen Maßnahmen auf EU-Ebene erforderlich sind; ***betont, dass der EU echte Zuständigkeiten in den Bereichen Energie und grenzüberschreitende Infrastruktur eingeräumt werden müssen, damit wirksame Maßnahmen in Politikbereichen, die einer höheren wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit förderlich sind, umgesetzt werden können; betont, dass dieser strategischen Priorisierung auch durch einen erneuerten und strafferen institutionellen Aufbau Rechnung getragen werden muss, unter anderem durch eine Umstrukturierung und Verringerung der Größe des Kollegiums der Kommissionsmitglieder;***

Or. en

Änderungsantrag 75
Gerolf Annemans

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. begrüßt die Bemühungen, die Arbeitsweise der EU durch strategische Prioritätensetzung und institutionelle Effizienz neu auszurichten und zu vereinfachen; fordert, dass die Handlungsfähigkeit der EU in den Bereichen gestärkt wird, in denen sie einen eindeutigen Mehrwert bietet, wobei das Subsidiaritätsprinzip zu wahren ist; betont, dass Vereinfachung und Subsidiarität zu intelligenteren ***und*** wirksameren Rechtsvorschriften führen müssen und nicht zu Deregulierung oder einem Rückzug aus Bereichen führen sollten, in denen ***Maßnahmen auf EU-Ebene*** erforderlich sind;	5. begrüßt die Bemühungen, die Arbeitsweise der EU durch strategische Prioritätensetzung und institutionelle Effizienz neu auszurichten und zu vereinfachen; fordert, dass die Handlungsfähigkeit der EU in den Bereichen gestärkt wird, in denen sie einen eindeutigen Mehrwert bietet, wobei das Subsidiaritätsprinzip ***vollumfänglich*** wahren ist; betont, dass Vereinfachung und Subsidiarität zu intelligenteren ***sowie anteilig wenigeren, aber*** wirksameren Rechtsvorschriften führen müssen und nicht zu Deregulierung oder einem Rückzug aus ***bestimmten*** Bereichen führen sollten, in denen ***Innovationen zwar*** erforderlich sind***, aber durch Institutionen verhindert werden***; ***begrüßt in diesem Zusammenhang die Entscheidung der Kommission, das europäische KI-Haftungsgesetz zurückzuziehen, und unterstützt den Standpunkt der französischen und der deutschen Regierung, die Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit aufzuheben;***

Or. en

Änderungsantrag 76
Tobiasz Bocheński
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. begrüßt die Bemühungen, die ***Arbeitsweise*** der EU durch strategische Prioritätensetzung und institutionelle Effizienz neu auszurichten und zu ***vereinfachen***; fordert, dass die Handlungsfähigkeit der EU in den Bereichen gestärkt wird, in denen sie einen ***eindeutigen*** Mehrwert bietet, wobei das Subsidiaritätsprinzip zu wahren ***ist***; betont, dass ***Vereinfachung*** und Subsidiarität zu ***intelligenteren und*** wirksameren Rechtsvorschriften führen ***müssen und nicht zu Deregulierung oder einem Rückzug aus*** Bereichen ***führen sollten, in denen Maßnahmen auf EU-Ebene erforderlich sind***;	5. begrüßt die Bemühungen, die ***Tätigkeiten*** der EU durch strategische Prioritätensetzung und ***eine verbesserte*** institutionelle Effizienz neu auszurichten und zu ***straffen***; fordert, dass die Handlungsfähigkeit der EU in den Bereichen ***entschieden*** gestärkt wird, in denen sie einen ***deutlichen*** Mehrwert bietet, wobei das Subsidiaritätsprinzip ***und die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit*** zu wahren ***sind***; betont, dass ***Deregulierung*** und Subsidiarität zu ***verhältnismäßigeren,*** wirksameren ***und zielgerichteten*** Rechtsvorschriften führen ***sollten***, ***während eine unnötige Zentralisierung oder Ausweitung von*** Bereichen***, die auf nationaler oder lokaler Ebene besser gehandhabt werden können, vermieden wird***;

Or. en

Änderungsantrag 77
Brando Benifei

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. begrüßt die Bemühungen, die Arbeitsweise der EU durch strategische Prioritätensetzung und institutionelle Effizienz neu auszurichten und zu vereinfachen; fordert, dass die Handlungsfähigkeit der EU in den Bereichen gestärkt wird, in denen sie einen eindeutigen Mehrwert bietet, wobei ***das Subsidiaritätsprinzip*** zu wahren ***ist***; betont, dass Vereinfachung ***und*** Subsidiarität zu intelligenteren und wirksameren Rechtsvorschriften führen müssen und nicht zu Deregulierung oder einem Rückzug aus Bereichen führen sollten, in	5. begrüßt die Bemühungen, die Arbeitsweise der EU durch strategische Prioritätensetzung und institutionelle Effizienz neu auszurichten und zu vereinfachen; fordert, dass die Handlungsfähigkeit der EU in den Bereichen gestärkt wird, in denen sie einen eindeutigen Mehrwert bietet, wobei ***die in Artikel 5 Absätze 3 und 4 des AEUV verankerten Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit*** zu wahren ***sind***; betont, dass Vereinfachung***,*** Subsidiarität ***und Verhältnismäßigkeit*** zu intelligenteren und wirksameren Rechtsvorschriften

denen Maßnahmen auf EU-Ebene erforderlich sind;	führen müssen und nicht zu Deregulierung oder einem Rückzug aus Bereichen führen sollten, in denen Maßnahmen auf EU-Ebene erforderlich sind;
	Or. en

Änderungsantrag 78
François-Xavier Bellamy

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. begrüßt die Bemühungen, die Arbeitsweise der EU durch strategische Prioritätensetzung und institutionelle Effizienz neu auszurichten und zu vereinfachen; fordert, dass die Handlungsfähigkeit der EU in den Bereichen gestärkt wird, in denen sie einen eindeutigen Mehrwert bietet, wobei das Subsidiaritätsprinzip zu wahren ist; betont, dass Vereinfachung und Subsidiarität zu intelligenteren und wirksameren Rechtsvorschriften führen müssen und ***nicht zu Deregulierung oder einem Rückzug aus Bereichen*** führen sollten, ***in denen Maßnahmen auf EU-Ebene erforderlich sind***;	5. begrüßt die Bemühungen, die Arbeitsweise der EU durch strategische Prioritätensetzung und institutionelle Effizienz neu auszurichten und zu vereinfachen; fordert, dass die Handlungsfähigkeit der EU in den Bereichen gestärkt wird, in denen sie einen eindeutigen Mehrwert bietet, wobei das Subsidiaritätsprinzip zu wahren ist; betont, dass Vereinfachung und Subsidiarität zu intelligenteren und wirksameren Rechtsvorschriften führen müssen und zu ***einer umfassenden Überprüfung aller geltenden Verordnungen*** führen sollten, ***um jeglichen unnötigen Verwaltungsaufwand zu identifizieren***;
	Or. en

Änderungsantrag 79
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. ***nimmt*** den von der Kommission vorgelegten Kompass für Wettbewerbsfähigkeit ***zur Kenntnis***, der	6. ***begrüßt*** den von der Kommission vorgelegten Kompass für Wettbewerbsfähigkeit, der auf der Vision

auf der Vision des Draghi-Berichts aufbaut und dessen Schwerpunkt auf der Notwendigkeit einer größeren strategischen Autonomie ***und*** Resilienz sowie der dringenden Notwendigkeit einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU auf der Grundlage von Nachhaltigkeit, Innovation, Energieversorgungssicherheit und sozialem Zusammenhalt liegt; ***betont*** jedoch, dass der Kompass für Wettbewerbsfähigkeit ***hinter seinen Ambitionen und seiner strukturellen Tiefe zurückbleibt***, ***da er auf einen Koordinierungsansatz beschränkt bleibt und verbindlichen Mechanismen, substanzielle Investitionsinstrumente auf EU-Ebene, eine Fiskalkapazität, den Schutz der sozialen und wirtschaftlichen Rechte sowie Vorschläge für institutionelle Reformen hin zu einer supranationalen Governance vermissen lässt***;	des Draghi-Berichts aufbaut und dessen Schwerpunkt auf der Notwendigkeit einer größeren strategischen Autonomie***,*** Resilienz sowie der dringenden Notwendigkeit einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU auf der Grundlage von Nachhaltigkeit, Innovation, Energieversorgungssicherheit und sozialem Zusammenhalt liegt; ***hebt*** jedoch ***hervor***, dass der Kompass für Wettbewerbsfähigkeit ***eine Zäsur darstellt, bei der die Wettbewerbsfähigkeit ins Zentrum der Politikgestaltung der EU gerückt wird; betont, dass gezielte Anstrengungen zur Verringerung des Verwaltungsaufwands durch die Vereinfachung und Straffung der Rechtsvorschriften sowie eine faktengestützte, verhältnismäßige und kosteneffiziente Regulierung und eine verbesserte Umsetzung wichtig sind, um ein stabileres, kohärenteres und unternehmensfreundlicheres Umfeld zu fördern; betont, dass regulatorische Effizienz für die Förderung von Innovation, die Mobilisierung von Investitionen und die Ermöglichung eines nachhaltigen Wachstums von wesentlicher Bedeutung ist; unterstützt die Einführung von Instrumenten zur Bewertung der Wettbewerbsfähigkeit und der Auswirkungen von neuen Vorschlägen für KMU, zur regelmäßigen Überwachung von Fortschritten und die Förderung digitaler Lösungen zur Vereinfachung von Verwaltungsverfahren***; ***betont, dass der Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel, der eine strukturelle Herausforderung für die Wettbewerbsfähigkeit in den Mitgliedstaaten darstellt, angegangen werden muss;***
	Or. en

Änderungsantrag 80
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. ***nimmt*** den von der Kommission vorgelegten Kompass für Wettbewerbsfähigkeit ***zur Kenntnis***, der auf der Vision des Draghi-Berichts aufbaut und dessen Schwerpunkt auf der Notwendigkeit einer größeren strategischen Autonomie und Resilienz sowie der dringenden Notwendigkeit einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU auf der Grundlage von Nachhaltigkeit, Innovation, Energieversorgungssicherheit und sozialem Zusammenhalt liegt; ***betont jedoch, dass der Kompass für Wettbewerbsfähigkeit hinter seinen Ambitionen und seiner strukturellen Tiefe zurückbleibt, da er auf einen Koordinierungsansatz beschränkt bleibt und verbindlichen Mechanismen, substanzielle Investitionsinstrumente auf EU-Ebene, eine Fiskalkapazität, den Schutz der sozialen und wirtschaftlichen Rechte sowie Vorschläge für institutionelle Reformen hin zu einer supranationalen Governance vermissen lässt;***	6. ***begrüßt*** den von der Kommission vorgelegten Kompass für Wettbewerbsfähigkeit, der auf der Vision des Draghi-Berichts aufbaut und dessen Schwerpunkt auf der Notwendigkeit einer größeren strategischen Autonomie und Resilienz sowie der dringenden Notwendigkeit einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU auf der Grundlage von Nachhaltigkeit, Innovation, Energieversorgungssicherheit und sozialem Zusammenhalt liegt;

Or. en

Änderungsantrag 81
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. nimmt den von der Kommission vorgelegten Kompass für Wettbewerbsfähigkeit zur Kenntnis, der auf der Vision des Draghi-Berichts aufbaut und dessen Schwerpunkt auf der Notwendigkeit einer größeren strategischen	6. nimmt den von der Kommission vorgelegten Kompass für Wettbewerbsfähigkeit zur Kenntnis, der auf der Vision des Draghi-Berichts aufbaut und dessen Schwerpunkt auf der Notwendigkeit einer größeren strategischen

Autonomie und Resilienz sowie der dringenden Notwendigkeit einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU auf der Grundlage von Nachhaltigkeit, Innovation, Energieversorgungssicherheit und sozialem Zusammenhalt liegt; ***betont jedoch, dass der Kompass für Wettbewerbsfähigkeit hinter seinen Ambitionen und seiner strukturellen Tiefe zurückbleibt, da er auf einen Koordinierungsansatz beschränkt bleibt und verbindlichen Mechanismen, substanzielle Investitionsinstrumente auf EU-Ebene, eine Fiskalkapazität, den Schutz der sozialen und wirtschaftlichen Rechte sowie Vorschläge für institutionelle Reformen hin zu einer supranationalen Governance vermissen lässt;***	Autonomie und Resilienz sowie der dringenden Notwendigkeit einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU auf der Grundlage von Nachhaltigkeit, Innovation, Energieversorgungssicherheit und sozialem Zusammenhalt liegt***, wobei sicherzustellen ist, dass die europäischen Finanzmittel vorrangig kleinen und mittleren Unternehmen mit Sitz in den Mitgliedstaaten zugutekommen, um eine technokratische Bündelung oder Vereinnahmung durch große transnationale Konzerne zu vermeiden***;

Or. fr

Änderungsantrag 82
Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. nimmt den von der Kommission vorgelegten Kompass für Wettbewerbsfähigkeit zur Kenntnis, der auf der Vision des Draghi-Berichts aufbaut und dessen Schwerpunkt auf der Notwendigkeit einer größeren strategischen Autonomie und Resilienz sowie der dringenden Notwendigkeit einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU auf der Grundlage von Nachhaltigkeit, Innovation, Energieversorgungssicherheit und sozialem Zusammenhalt liegt; betont jedoch, dass der Kompass für Wettbewerbsfähigkeit hinter seinen Ambitionen ***und seiner strukturellen Tiefe*** zurückbleibt, da er ***auf einen Koordinierungsansatz beschränkt bleibt und verbindlichen Mechanismen, substanzielle Investitionsinstrumente auf***	6. nimmt den von der Kommission vorgelegten Kompass für Wettbewerbsfähigkeit zur Kenntnis, der auf der Vision des Draghi-Berichts aufbaut und dessen Schwerpunkt auf der Notwendigkeit einer größeren strategischen Autonomie und Resilienz sowie der dringenden Notwendigkeit einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU auf der Grundlage von Nachhaltigkeit, Innovation, Energieversorgungssicherheit und sozialem***, wirtschaftlichem und territorialem*** Zusammenhalt liegt; betont jedoch, dass der Kompass für Wettbewerbsfähigkeit hinter seinen Ambitionen zurückbleibt, da er Vorschläge für institutionelle Reformen vermissen

EU-Ebene, eine Fiskalkapazität, den Schutz der sozialen und wirtschaftlichen Rechte sowie Vorschläge für institutionelle Reformen ***hin zu einer supranationalen Governance*** vermissen lässt;

lässt;

Or. en

Änderungsantrag 83
Sandro Gozi, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. nimmt den von der Kommission vorgelegten Kompass für Wettbewerbsfähigkeit zur Kenntnis, der auf der Vision des Draghi-Berichts aufbaut und dessen Schwerpunkt auf der Notwendigkeit einer größeren strategischen Autonomie und Resilienz sowie der dringenden Notwendigkeit einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU auf der Grundlage von Nachhaltigkeit, Innovation, Energieversorgungssicherheit und sozialem Zusammenhalt liegt; betont jedoch, dass der Kompass für Wettbewerbsfähigkeit hinter seinen Ambitionen ***und seiner strukturellen Tiefe*** zurückbleibt, da er ***auf einen Koordinierungsansatz beschränkt bleibt und verbindlichen Mechanismen, substanzielle Investitionsinstrumente auf EU-Ebene, eine Fiskalkapazität, den Schutz der sozialen und wirtschaftlichen Rechte sowie*** Vorschläge für institutionelle Reformen ***hin zu einer supranationalen Governance*** vermissen lässt;	6. nimmt den von der Kommission vorgelegten Kompass für Wettbewerbsfähigkeit zur Kenntnis, der auf der Vision des Draghi-Berichts aufbaut und dessen Schwerpunkt auf der Notwendigkeit einer größeren strategischen Autonomie und Resilienz sowie der dringenden Notwendigkeit einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU auf der Grundlage von Nachhaltigkeit, Innovation, Energieversorgungssicherheit und sozialem Zusammenhalt liegt; betont jedoch, dass der Kompass für Wettbewerbsfähigkeit hinter seinen Ambitionen zurückbleibt, da er ***ambitionierte*** Vorschläge für institutionelle Reformen ***für eine effizientere EU*** vermissen lässt;

Or. en

Änderungsantrag 84
Brando Benifei

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. nimmt den von der Kommission vorgelegten Kompass für Wettbewerbsfähigkeit zur Kenntnis, der auf der Vision des Draghi-Berichts aufbaut und dessen Schwerpunkt auf der Notwendigkeit einer größeren strategischen Autonomie und Resilienz sowie der dringenden Notwendigkeit einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU auf der Grundlage von Nachhaltigkeit, Innovation, Energieversorgungssicherheit und sozialem Zusammenhalt liegt; betont jedoch, dass der Kompass für Wettbewerbsfähigkeit hinter seinen Ambitionen und seiner strukturellen Tiefe zurückbleibt, da er auf einen Koordinierungsansatz beschränkt bleibt und verbindlichen Mechanismen, substanzielle Investitionsinstrumente auf EU-Ebene, eine Fiskalkapazität, den Schutz der sozialen und wirtschaftlichen Rechte sowie Vorschläge für institutionelle Reformen hin zu einer supranationalen Governance vermissen lässt;	6. nimmt den von der Kommission vorgelegten Kompass für Wettbewerbsfähigkeit zur Kenntnis, der auf der Vision des Draghi-Berichts aufbaut und dessen Schwerpunkt auf der Notwendigkeit einer größeren strategischen Autonomie und Resilienz sowie der dringenden Notwendigkeit einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU auf der Grundlage von Nachhaltigkeit, Innovation, Energieversorgungssicherheit und sozialem Zusammenhalt liegt; betont jedoch, dass der Kompass für Wettbewerbsfähigkeit hinter seinen Ambitionen und seiner strukturellen Tiefe zurückbleibt, da er auf einen Koordinierungsansatz beschränkt bleibt und verbindlichen Mechanismen, substanzielle Investitionsinstrumente auf EU-Ebene, eine Fiskalkapazität, ***wie einen gemeinsamen Schuldenrahmen auf EU-Ebene und einen aufgestockten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR),*** den Schutz der sozialen und wirtschaftlichen Rechte sowie Vorschläge für institutionelle Reformen hin zu einer supranationalen Governance vermissen lässt;

Or. en

Änderungsantrag 85
François-Xavier Bellamy

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. nimmt den von der Kommission vorgelegten Kompass für Wettbewerbsfähigkeit zur Kenntnis, der auf der Vision des Draghi-Berichts aufbaut und dessen Schwerpunkt auf der	6. nimmt den von der Kommission vorgelegten Kompass für Wettbewerbsfähigkeit zur Kenntnis, der auf der Vision des Draghi-Berichts aufbaut und dessen Schwerpunkt auf der

Notwendigkeit einer größeren strategischen Autonomie und Resilienz sowie der dringenden Notwendigkeit einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU auf der Grundlage von Nachhaltigkeit, Innovation, Energieversorgungssicherheit und sozialem Zusammenhalt liegt; betont jedoch, dass ***der Kompass für*** Wettbewerbsfähigkeit ***hinter seinen Ambitionen und seiner strukturellen Tiefe zurückbleibt, da er auf einen Koordinierungsansatz beschränkt bleibt und verbindlichen Mechanismen, substanzielle Investitionsinstrumente auf EU-Ebene, eine Fiskalkapazität, den Schutz der sozialen und wirtschaftlichen Rechte sowie Vorschläge für institutionelle Reformen hin zu einer supranationalen Governance vermissen lässt***;	Notwendigkeit einer größeren strategischen Autonomie und Resilienz sowie der dringenden Notwendigkeit einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU auf der Grundlage von Nachhaltigkeit, Innovation, Energieversorgungssicherheit und sozialem Zusammenhalt liegt; betont jedoch, dass ***die mangelnde*** Wettbewerbsfähigkeit ***europäischer Unternehmen in der Überregulierung, insbesondere von KMU, sowie eines durch Subventionierungen ungerechten Wettbewerbs, Dumping und Einfuhren aus Ländern mit niedrigeren Sozial- und Umweltstandards begründet ist; weist erneut darauf hin, dass nicht jede Gesetzgebungsinitiative auf Artikel 114 AEUV und der Binnenmarktklausel begründet sein kann, da jeder Wirtschaftssektor spezifische Eigenschaften aufweist, die nicht ignoriert werden sollten***;
	Or. en

Änderungsantrag 86
Gerolf Annemans

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. begrüßt den Vorschlag, die Beschlussfassung der EU im Hinblick auf gezielte und strategische Prioritäten für die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken; schlägt jedoch vor, den im Draghi-Bericht vorgeschlagenen Rahmen für die Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit und das im Kompass für Wettbewerbsfähigkeit vorgeschlagene Instrument zur Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit in ein europäisches Instrument für Wettbewerbsfähigkeit umzuwandeln, bei dem es sich um ein supranationales Governance-Instrument mit verbindlicher	***entfällt***

Wirkung handeln würde, das von der Kommission unter Aufsicht des Parlaments verwaltet wird und an dem die Organisationen der Zivilgesellschaft, die Sozialpartner und einschlägige Interessenträger aktiv beteiligt sind, um einen umfassenden und integrativen Ansatz sicherzustellen, der es der EU ermöglicht, als einheitliches Subjekt aufzutreten;

Or. en

Änderungsantrag 87
Tobiasz Bocheński
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. begrüßt den Vorschlag, die Beschlussfassung der EU im Hinblick auf gezielte und strategische Prioritäten für die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken; ***schlägt jedoch vor, den im Draghi-Bericht vorgeschlagenen Rahmen für die Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit und das im Kompass für Wettbewerbsfähigkeit vorgeschlagene Instrument zur Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit in ein europäisches Instrument für Wettbewerbsfähigkeit umzuwandeln, bei dem es sich um ein supranationales Governance-Instrument mit verbindlicher Wirkung handeln würde, das von der Kommission unter Aufsicht des Parlaments verwaltet wird und an dem die Organisationen der Zivilgesellschaft, die Sozialpartner und einschlägige Interessenträger aktiv beteiligt sind, um einen umfassenden und integrativen Ansatz sicherzustellen, der es der EU ermöglicht, als einheitliches Subjekt***	7. begrüßt den Vorschlag, die Beschlussfassung der EU im Hinblick auf gezielte und strategische Prioritäten für die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken;

aufzutreten;

Or. en

Änderungsantrag 88
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. begrüßt den Vorschlag, die Beschlussfassung der EU im Hinblick auf gezielte und strategische Prioritäten für die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken***; schlägt jedoch vor, den im Draghi-Bericht vorgeschlagenen Rahmen für die Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit und das im Kompass für Wettbewerbsfähigkeit vorgeschlagene Instrument zur Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit in ein europäisches Instrument für Wettbewerbsfähigkeit umzuwandeln, bei dem es sich um ein supranationales Governance-Instrument mit verbindlicher Wirkung handeln würde, das von der Kommission unter Aufsicht des Parlaments verwaltet wird und an dem die Organisationen der Zivilgesellschaft, die Sozialpartner und einschlägige Interessenträger aktiv beteiligt sind, um einen umfassenden und integrativen Ansatz sicherzustellen***, der es der EU ermöglicht, als einheitliches Subjekt aufzutreten;	7. begrüßt den Vorschlag, die Beschlussfassung der EU im Hinblick auf gezielte und strategische Prioritäten für die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, der es der EU ermöglicht, als einheitliches Subjekt aufzutreten;

Or. en

Änderungsantrag 89
Brando Benifei

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. begrüßt den Vorschlag, die Beschlussfassung der EU im Hinblick auf gezielte und strategische Prioritäten für die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken; schlägt jedoch vor, den im Draghi-Bericht vorgeschlagenen Rahmen für die Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit und das im Kompass für Wettbewerbsfähigkeit vorgeschlagene Instrument zur Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit in ein europäisches Instrument für Wettbewerbsfähigkeit umzuwandeln, bei dem es sich um ein supranationales Governance-Instrument mit verbindlicher Wirkung handeln würde, das ***von der Kommission unter Aufsicht des Parlaments verwaltet wird und an dem die Organisationen der Zivilgesellschaft, die Sozialpartner und einschlägige Interessenträger aktiv beteiligt sind, um einen umfassenden und integrativen Ansatz sicherzustellen, der*** es der EU ermöglicht, als einheitliches Subjekt aufzutreten;	7. begrüßt den Vorschlag, die Beschlussfassung der EU im Hinblick auf gezielte und strategische Prioritäten für die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken; schlägt jedoch vor, den im Draghi-Bericht vorgeschlagenen Rahmen für die Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit und das im Kompass für Wettbewerbsfähigkeit vorgeschlagene Instrument zur Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit in ein europäisches Instrument für Wettbewerbsfähigkeit umzuwandeln, bei dem es sich um ein supranationales Governance-Instrument mit verbindlicher Wirkung handeln würde, das es der EU ermöglicht, ***nicht nur EU- und nationale Maßnahmen zu koordinieren, sondern auch*** als einheitliches Subjekt aufzutreten; ***sieht ein europäisches Instrument für Wettbewerbsfähigkeit vor, bei dem die Kommission eine zentrale strategische Rolle spielt, indem sie Projekte auswählt, Mittel verwaltet und Ergebnisse bewertet, das Parlament für eine starke demokratische Kontrolle und Folgenabschätzung sorgt, der Rat zusammen mit dem Parlament als Mitgesetzgeber bei der Festlegung allgemeiner Ziele und Prioritäten und der Billigung mehrjähriger strategischer Leitlinien fungiert und ein strukturierter, ständiger Beteiligungsmechanismus von Interessenträgern, einschließlich Sozialpartnern, Vertretern der Zivilgesellschaft, regionalen Behörden und des Privatsektors, über eine spezielle europäische Konsultationsplattform eingerichtet wird;***
	Or. en

Änderungsantrag 90
Salvatore De Meo

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. begrüßt den Vorschlag, die Beschlussfassung der EU im Hinblick auf gezielte und strategische Prioritäten für die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken; schlägt jedoch vor, den im Draghi-Bericht vorgeschlagenen Rahmen für die Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit und das im Kompass für Wettbewerbsfähigkeit vorgeschlagene Instrument zur Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit in ein europäisches Instrument für Wettbewerbsfähigkeit umzuwandeln, bei dem es sich um ein supranationales Governance-Instrument mit verbindlicher Wirkung handeln würde, das von der Kommission unter Aufsicht des Parlaments verwaltet wird ***und an dem die*** Organisationen der Zivilgesellschaft, ***die*** Sozialpartner und ***einschlägige*** Interessenträger ***aktiv beteiligt sind***, ***um*** einen umfassenden und integrativen Ansatz ***sicherzustellen***, der es der EU ermöglicht, als einheitliches Subjekt aufzutreten;	7. begrüßt den Vorschlag, die Beschlussfassung der EU im Hinblick auf gezielte und strategische Prioritäten für die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken; schlägt jedoch vor, den im Draghi-Bericht vorgeschlagenen Rahmen für die Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit und das im Kompass für Wettbewerbsfähigkeit vorgeschlagene Instrument zur Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit in ein europäisches Instrument für Wettbewerbsfähigkeit umzuwandeln, bei dem es sich um ein supranationales Governance-Instrument mit verbindlicher Wirkung handeln würde, das von der Kommission unter Aufsicht des Parlaments verwaltet wird***, jedoch einer auf bestimmten Elementen (Effizienz, Transparenz, angestrebte Ziele) basierenden unabhängigen Bewertung unterliegt, um die größtmögliche Verlässlichkeit des Instruments zu gewährleisten***; ***darüber hinaus wird es mit einer aktiven Beteiligung der*** Organisationen der Zivilgesellschaft, ***der*** Sozialpartner und ***der einschlägigen*** Interessenträger ***möglich sein***, einen umfassenden und integrativen Ansatz ***zu erreichen***, der es der EU ermöglicht, als einheitliches Subjekt aufzutreten;

Or. it

Änderungsantrag 91
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. begrüßt den Vorschlag, die Beschlussfassung der EU im Hinblick auf gezielte und strategische Prioritäten für die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken; schlägt jedoch vor, ***den*** im Draghi-Bericht vorgeschlagenen Rahmen für die Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit und das im Kompass für Wettbewerbsfähigkeit vorgeschlagene Instrument zur Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit in ***ein europäisches*** Instrument für Wettbewerbsfähigkeit ***umzuwandeln***, ***bei dem es sich um ein supranationales Governance-Instrument mit verbindlicher Wirkung handeln würde, das von der Kommission unter Aufsicht des Parlaments verwaltet wird und*** an dem ***die Organisationen der Zivilgesellschaft, die Sozialpartner und einschlägige*** Interessenträger aktiv beteiligt sind, um einen umfassenden und integrativen Ansatz sicherzustellen, der es der EU ermöglicht, als einheitliches Subjekt aufzutreten;	7. begrüßt den Vorschlag, die Beschlussfassung der EU im Hinblick auf gezielte und strategische Prioritäten für die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken; schlägt jedoch vor, ***dass der*** im Draghi-Bericht vorgeschlagene Rahmen für die Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit und das im Kompass für Wettbewerbsfähigkeit vorgeschlagene Instrument zur Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit in ***einem einzigen europäischen*** Instrument für Wettbewerbsfähigkeit ***zusammengefasst werden***, an dem Interessenträger aktiv beteiligt sind, um einen umfassenden und integrativen Ansatz sicherzustellen, der es der EU ermöglicht, als einheitliches ***und kohärentes*** Subjekt aufzutreten;

Or. en

Änderungsantrag 92
François-Xavier Bellamy

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. begrüßt den Vorschlag, die Beschlussfassung der EU im Hinblick auf gezielte und strategische Prioritäten für die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken; schlägt jedoch vor, den im Draghi-Bericht vorgeschlagenen Rahmen für die Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit und das im Kompass für Wettbewerbsfähigkeit vorgeschlagene Instrument zur Koordinierung der	7. begrüßt den Vorschlag, die Beschlussfassung der EU im Hinblick auf gezielte und strategische Prioritäten für die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken; schlägt jedoch vor, den im Draghi-Bericht vorgeschlagenen Rahmen für die Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit und das im Kompass für Wettbewerbsfähigkeit vorgeschlagene Instrument zur Koordinierung der

Wettbewerbsfähigkeit in ein europäisches Instrument für Wettbewerbsfähigkeit umzuwandeln, bei dem es sich um ***ein supranationales Governance-Instrument mit verbindlicher Wirkung*** handeln würde, ***das von der Kommission unter Aufsicht des Parlaments verwaltet wird*** und ***an dem die Organisationen der Zivilgesellschaft, die Sozialpartner und einschlägige Interessenträger aktiv beteiligt sind***, ***um einen umfassenden*** und ***integrativen Ansatz sicherzustellen, der es der EU ermöglicht, als einheitliches Subjekt aufzutreten***;	Wettbewerbsfähigkeit in ein europäisches Instrument für Wettbewerbsfähigkeit umzuwandeln, bei dem es sich um ***einen demokratischen Vereinfachungsmechanismus*** handeln würde, ***der es Unternehmen, insbesondere KMU – in Zusammenarbeit mit nationalen Regulierungsbehörden*** und ***nationalen Parlamenten sowie der Kommission – ermöglichen würde***, ***unnötigen Regulierungsaufwand*** und ***Umsetzungsprobleme zu identifizieren***;
	Or. en

Änderungsantrag 93
Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. begrüßt den Vorschlag, die Beschlussfassung der EU im Hinblick auf gezielte und strategische Prioritäten für die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken; schlägt jedoch vor, den im Draghi-Bericht vorgeschlagenen Rahmen für die Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit und das im Kompass für Wettbewerbsfähigkeit vorgeschlagene Instrument zur Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit in ein europäisches Instrument für Wettbewerbsfähigkeit umzuwandeln, bei dem es sich um ein ***supranationales*** Governance-Instrument mit verbindlicher Wirkung handeln würde, das von der Kommission unter Aufsicht des Parlaments verwaltet wird und an dem die Organisationen der Zivilgesellschaft, die Sozialpartner und einschlägige Interessenträger aktiv beteiligt sind, um einen umfassenden und integrativen Ansatz sicherzustellen, der es der EU ermöglicht,	*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

als einheitliches Subjekt aufzutreten;

Or. en

Änderungsantrag 94
Sandro Gozi, Gilles Boyer, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. begrüßt den Vorschlag, die Beschlussfassung der EU im Hinblick auf gezielte und strategische Prioritäten für die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken; schlägt jedoch vor, den im Draghi-Bericht vorgeschlagenen Rahmen für die Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit und das im Kompass für Wettbewerbsfähigkeit vorgeschlagene Instrument zur Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit in ein europäisches Instrument für Wettbewerbsfähigkeit umzuwandeln, bei dem es sich um ***ein supranationales Governance-Instrument mit verbindlicher Wirkung*** handeln würde, ***das*** von ***der Kommission*** unter Aufsicht des Parlaments verwaltet wird und an dem die Organisationen der Zivilgesellschaft, die Sozialpartner und einschlägige Interessenträger aktiv beteiligt sind, um einen umfassenden und integrativen Ansatz sicherzustellen, der es der EU ermöglicht, als einheitliches Subjekt aufzutreten;	7. begrüßt den Vorschlag, die Beschlussfassung der EU im Hinblick auf gezielte und strategische Prioritäten für die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken; schlägt jedoch vor, den im Draghi-Bericht vorgeschlagenen Rahmen für die Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit und das im Kompass für Wettbewerbsfähigkeit vorgeschlagene Instrument zur Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit in ein europäisches Instrument für Wettbewerbsfähigkeit umzuwandeln, bei dem es sich um ***einen umfassenden strategischen Rahmen*** handeln würde, ***der*** von ***einem EU-Kommissar*** unter Aufsicht des Parlaments ***und des Rates*** verwaltet wird und an dem die Organisationen der Zivilgesellschaft, die Sozialpartner und einschlägige Interessenträger aktiv beteiligt sind, um einen umfassenden und integrativen Ansatz sicherzustellen, der es der EU ermöglicht, als einheitliches Subjekt aufzutreten;

Or. en

Änderungsantrag 95
Brando Benifei

Entschließungsantrag
Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7a. ist der Auffassung, dass die von der Kommission im Rahmen des Kompasses für Wettbewerbsfähigkeit vorgesehene Idee eines Fonds für Wettbewerbsfähigkeit, aus dem bestehende Programme zusammengeführt werden, nicht zweckmäßig ist; hebt hervor, dass der Fonds vielmehr ein neues Instrument sein sollte, das ein Finanzierungsinstrumentarium nutzt, das auf den Lehren aus InvestEU und dem Innovationsfonds beruht und sehr erfolgreiche bestehende Programme ergänzt;

Or. en

Änderungsantrag 96
Tobiasz Bocheński
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. begrüßt das Ziel, die Arbeitsweise der EU zu straffen, und bekräftigt seine Forderung, das Einstimmigkeitsprinzip zu überwinden und so bald wie möglich in allen Politikbereichen zur qualifizierten Mehrheitsentscheidung und zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren überzugehen, um in Bereichen wie Sozial-, Haushalts- und Wirtschaftspolitik, Digitalisierung, ökologischer Wandel und Verteidigung eine zügigere und entschiedenere Beschlussfassung zu ermöglichen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 97

Gerolf Annemans

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. ***begrüßt das Ziel, die Arbeitsweise der EU zu straffen, und bekräftigt seine Forderung, das Einstimmigkeitsprinzip zu überwinden und so bald wie möglich in allen Politikbereichen zur*** qualifizierten Mehrheitsentscheidung und ***zum*** ordentlichen Gesetzgebungsverfahren ***überzugehen, um in Bereichen wie Sozial-, Haushalts- und Wirtschaftspolitik, Digitalisierung, ökologischer Wandel und Verteidigung eine zügigere und entschiedenere Beschlussfassung zu ermöglichen***;	8. ***gibt warnend zu bedenken, dass durch eine Ausweitung der*** qualifizierten Mehrheitsentscheidung und ***des*** ordentlichen Gesetzgebungsverfahren ***auf weitere Politikbereiche das Risiko besteht, dass es zu einer weiteren Entfremdung der nationalen Regierungen und Bürgerinnen und Bürger von den europäischen Beschlussfassungsverfahren kommt; ist der Auffassung, dass das Problem nicht in der qualifizierten Mehrheitsentscheidung liegt, sondern in der zurückgehenden Fähigkeit der aktuellen EU-Führerschaft, sich auf Kompromisse zu einigen***; ***hebt hervor, dass im Rat bisher keine Unterstützung für diesen Vorschlag vorhanden ist, und dass die wichtigste Lektion der Europawahl 2024 darin besteht, dass die Wählerinnen und Wähler mehr Achtung der nationalen Souveränit fordern***;

Or. en

Änderungsantrag 98
Sandro Gozi, Gilles Boyer

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. begrüßt das Ziel, die ***Arbeitsweise*** der EU zu straffen, und bekräftigt seine Forderung, das Einstimmigkeitsprinzip ***zu überwinden*** und so bald wie möglich in allen Politikbereichen zur qualifizierten Mehrheitsentscheidung und zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren	8. begrüßt das Ziel, die ***Beschlussfassungsverfahren*** der EU zu straffen, und bekräftigt seine Forderung, das Einstimmigkeitsprinzip ***bei Abstimmungen im Rat abzuschaffen*** und so bald wie möglich in allen Politikbereichen zur qualifizierten

überzugehen, ***um*** in Bereichen wie Sozial-, Haushalts- und ***Wirtschaftspolitik***, ***Digitalisierung, ökologischer Wandel*** und Verteidigung ***eine zügigere und entschiedenere Beschlussfassung zu ermöglichen***;	Mehrheitsentscheidung und zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren überzugehen, ***einschließlich*** in Bereichen wie Sozial-, Haushalts- und ***Industriepolitik***, ***Außenpolitik*** und Verteidigung; ***stellt fest, dass für einige Bereiche von entscheidender Bedeutung, insbesondere endgültige Beschlüsse über die Erweiterung und über militärische Missionen oder Operationen mit einem Exekutivmandat, nach wie vor höhere Abstimmungsschwellen gelten sollten;***

Or. en

Änderungsantrag 99
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. begrüßt das Ziel, die Arbeitsweise der EU zu straffen***,*** und ***bekräftigt seine Forderung,*** das Einstimmigkeitsprinzip zu ***überwinden und so bald wie möglich in allen Politikbereichen zur qualifizierten Mehrheitsentscheidung und zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren überzugehen***, um in Bereichen wie Sozial-, Haushalts- und Wirtschaftspolitik, Digitalisierung, ökologischer Wandel und Verteidigung eine zügigere und entschiedenere Beschlussfassung zu ermöglichen;	8. begrüßt das Ziel, die Arbeitsweise der EU zu straffen und das Einstimmigkeitsprinzip zu ***wahren***, um in Bereichen wie Sozial-, Haushalts- und Wirtschaftspolitik, Digitalisierung, ökologischer Wandel und Verteidigung ***weiterhin*** eine zügigere und entschiedenere Beschlussfassung zu ermöglichen;

Or. fr

Änderungsantrag 100
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. begrüßt das Ziel, die Arbeitsweise der EU zu straffen, und bekräftigt seine Forderung, das Einstimmigkeitsprinzip zu überwinden und so bald wie möglich in allen Politikbereichen zur qualifizierten Mehrheitsentscheidung und zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren überzugehen, um in ***Bereichen wie Sozial-, Haushalts- und Wirtschaftspolitik, Digitalisierung, ökologischer Wandel und Verteidigung*** eine zügigere und entschiedenere Beschlussfassung zu ermöglichen;	8. begrüßt das Ziel, die Arbeitsweise der EU zu straffen, und bekräftigt seine Forderung, das Einstimmigkeitsprinzip zu überwinden und so bald wie möglich in allen Politikbereichen zur qualifizierten Mehrheitsentscheidung und zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren überzugehen, um in ***einer Reihe von zentralen Politikbereichen*** eine zügigere und entschiedenere Beschlussfassung zu ermöglichen;

Or. en

Änderungsantrag 101
François-Xavier Bellamy

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. begrüßt das Ziel, die Arbeitsweise der EU zu straffen, und ***bekräftigt seine Forderung***, ***das Einstimmigkeitsprinzip zu überwinden*** und ***so bald wie möglich in allen Politikbereichen zur qualifizierten Mehrheitsentscheidung und zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren überzugehen, um in Bereichen wie Sozial-, Haushalts- und Wirtschaftspolitik, Digitalisierung, ökologischer Wandel und Verteidigung*** eine zügigere ***und*** entschiedenere Beschlussfassung zu ermöglichen;	8. begrüßt das Ziel, die Arbeitsweise der EU zu straffen, und ***hebt hervor***, ***dass eine wirksame Einhaltung der Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit der beste Weg ist, um Prioritäten festzulegen und*** eine zügigere***,*** entschiedenere ***und effizientere*** Beschlussfassung zu ermöglichen***; weist erneut darauf hin, dass die Zuständigkeit der EU in den Bereichen Sozial- und Haushaltspolitik sowie Verteidigung stark eingeschränkt ist und die EU in diesen Bereichen daher sehr vorsichtig vorgehen sollte***;

Or. en

Änderungsantrag 102
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. begrüßt das Ziel, die Arbeitsweise der EU zu straffen, und bekräftigt seine Forderung, ***das Einstimmigkeitsprinzip zu überwinden und so bald wie möglich in allen Politikbereichen*** zur qualifizierten Mehrheitsentscheidung und zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren ***überzugehen***, um ***in Bereichen wie Sozial-, Haushalts- und Wirtschaftspolitik, Digitalisierung, ökologischer Wandel und Verteidigung*** eine zügigere und entschiedenere Beschlussfassung zu ermöglichen;	8. begrüßt das Ziel, die Arbeitsweise der EU zu straffen, und bekräftigt seine Forderung, ***eine größere Effizienz der Beschlussfassung voranzutreiben, einschließlich des Auslotens, ob in Fragen, in denen es erforderlich ist,*** zur qualifizierten Mehrheitsentscheidung und ***in zentralen Politikbereichen*** zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren ***übergegangen werden kann***, um eine zügigere und entschiedenere Beschlussfassung zu ermöglichen;

Or. en

Änderungsantrag 103
Brando Benifei

Entschließungsantrag
Ziffer 8 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	8a. betont angesichts der künftigen Erweiterung der Union, dass ihr institutioneller und finanzieller Rahmen dringend reformiert werden muss, damit er funktionsfähig, demokratisch und wettbewerbsfähig bleibt und in der Lage ist, neue Mitglieder aufzunehmen und deren erfolgreiche Integration zu fördern; weist darauf hin, dass die derzeitigen Beschlussfassungsvorschriften für eine kleinere Union konzipiert wurden und durch sie keine wirksame Governance in einer erweiterten Union aufrechterhalten werden kann; bekräftigt daher, dass die Erweiterung mit internen Reformen einhergehen muss, einschließlich einer Verallgemeinerung der Beschlussfassung

mit qualifizierter Mehrheit, der Schaffung ausreichender zusätzlicher und echter Eigenmittel und einer Neugewichtung der institutionellen Befugnisse, insbesondere durch eine Stärkung der Rolle des Parlaments;

Or. en

Änderungsantrag 104
Brando Benifei

Entschließungsantrag
Ziffer 8 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	8b. erkennt die Bedeutung von Initiativen wie der Europäischen Politischen Gemeinschaft an, die eine politische Zusammenarbeit ermöglichen und zu regionalen Dialogen beitragen und die die schrittweise Integration der Bewerberländer in die EU und ihre Politik erleichtern könnten, jedoch keine Alternative zur EU-Mitgliedschaft darstellen; betont darüber hinaus, dass es wichtig ist, dass der Ausschuss für Wirtschaftspolitik in einem transparenten und strukturierten Governance-Modell verankert wird, das mit den Werten und strategischen Zielen der Union in Einklang steht; betont, dass das Parlament regelmäßig über die Entwicklungen der Europäischen Politischen Gemeinschaft informiert und konsultiert werden sollte, um die demokratische Rechenschaftspflicht und die Kohärenz der Entwicklungen mit dem institutionellen Rahmen der Union sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 105

Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. fordert den Europäischen Rat nachdrücklich auf, die in den Entschließungen vom 9. Juni 2022 und 22. November 2023 enthaltenen Vorschläge zu erörtern und gemäß dem in Artikel 48 EUV vorgesehenen ordentlichen Änderungsverfahren einen Konvent einzuberufen;	***entfällt***

Or. fr

Änderungsantrag 106
François-Xavier Bellamy

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. fordert den Europäischen Rat nachdrücklich auf, die in den Entschließungen vom 9. Juni 2022 und 22. November 2023 enthaltenen Vorschläge zu erörtern und gemäß dem in Artikel 48 EUV vorgesehenen ordentlichen Änderungsverfahren einen Konvent einzuberufen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 107
Tobiasz Bocheński
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. fordert den Europäischen Rat nachdrücklich auf, die in den Entschließungen vom 9. Juni 2022 und 22. November 2023 enthaltenen Vorschläge zu erörtern und gemäß dem in Artikel 48 EUV vorgesehenen ordentlichen Änderungsverfahren einen Konvent einzuberufen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 108
Gerolf Annemans

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. fordert den Europäischen Rat nachdrücklich auf, die in den Entschließungen vom 9. Juni 2022 und 22. November 2023 enthaltenen Vorschläge zu erörtern und gemäß dem in Artikel 48 EUV vorgesehenen ordentlichen Änderungsverfahren einen Konvent einzuberufen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 109
Daniel Freund
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. fordert den Europäischen Rat nachdrücklich auf, die in den Entschließungen vom 9. Juni 2022 und 22. November 2023 enthaltenen	9. fordert den Europäischen Rat nachdrücklich auf, die in den Entschließungen vom 9. Juni 2022 und 22. November 2023 enthaltenen

Vorschläge zu erörtern und gemäß dem in Artikel 48 EUV vorgesehenen ordentlichen Änderungsverfahren einen Konvent einzuberufen;	Vorschläge zu erörtern und gemäß dem in Artikel 48 EUV vorgesehenen ordentlichen Änderungsverfahren einen Konvent einzuberufen; ***ist der Ansicht, dass das Zeitfenster für die Vorbereitung eines Kompromisses über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) einen wichtigen Zeitrahmen darstellt, der Gelegenheit bietet, einen Gesamtkompromiss über die EU-Reform zu erzielen;***

Or. en

Änderungsantrag 110
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. fordert den Europäischen Rat nachdrücklich auf, die in den Entschließungen vom 9. Juni 2022 und 22. November 2023 enthaltenen Vorschläge zu erörtern und gemäß dem in Artikel 48 EUV vorgesehenen ordentlichen Änderungsverfahren einen Konvent einzuberufen;	9. fordert den Europäischen Rat nachdrücklich auf, die in den Entschließungen ***des Europäischen Parlaments*** vom 9. Juni 2022 und 22. November 2023 enthaltenen Vorschläge zu erörtern und ***auszuloten, ob es möglich ist,*** gemäß dem in Artikel 48 EUV vorgesehenen ordentlichen Änderungsverfahren einen Konvent einzuberufen; ***weist erneut auf die Konferenz zur Zukunft Europas hin und fordert die Kommission und den Rat nachdrücklich auf, rechtzeitig konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um diesen Empfehlungen nachzukommen;***

Or. en

Änderungsantrag 111
Sandro Gozi, Gilles Boyer

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. fordert den Europäischen Rat nachdrücklich auf, die in den Entschließungen vom 9. Juni 2022 und 22. November 2023 enthaltenen Vorschläge zu erörtern und gemäß dem in Artikel 48 EUV vorgesehenen ordentlichen Änderungsverfahren einen Konvent einzuberufen;	9. fordert den Europäischen Rat nachdrücklich auf, die in den Entschließungen vom 9. Juni 2022 und 22. November 2023 enthaltenen Vorschläge zu erörtern und gemäß dem in Artikel 48 EUV vorgesehenen ordentlichen Änderungsverfahren einen Konvent einzuberufen ***und, sofern möglich, gezielte Vertragsänderungen über ein vereinfachtes Verfahren gemäß Artikel 48 Absatz 6 des AEUV in Erwägung zu ziehen, um wesentliche und dringende Reformen zu beschleunigen***;

Or. en

Änderungsantrag 112
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. verweist auf die Schlussfolgerungen der Konferenz zur Zukunft Europas, insbesondere auf die Notwendigkeit einer Reform der Verträge, und fordert die Kommission und den Rat nachdrücklich auf, rechtzeitig konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um diesen Empfehlungen nachzukommen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 113
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. verweist auf die Schlussfolgerungen der Konferenz zur Zukunft Europas, insbesondere auf die Notwendigkeit einer Reform der Verträge, und fordert die Kommission und den Rat nachdrücklich auf, rechtzeitig konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um diesen Empfehlungen nachzukommen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 114
Tobiasz Bocheński
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. verweist auf die Schlussfolgerungen der Konferenz zur Zukunft Europas, insbesondere auf die Notwendigkeit einer Reform der Verträge, und fordert die Kommission und den Rat nachdrücklich auf, rechtzeitig konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um diesen Empfehlungen nachzukommen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 115
François-Xavier Bellamy

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. verweist auf die Schlussfolgerungen der Konferenz zur Zukunft Europas, insbesondere auf die Notwendigkeit einer Reform der Verträge,	***entfällt***

und fordert die Kommission und den Rat nachdrücklich auf, rechtzeitig konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um diesen Empfehlungen nachzukommen;

Or. en

Änderungsantrag 116
Gerolf Annemans

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. ***verweist auf*** die ***Schlussfolgerungen der*** Konferenz zur Zukunft Europas, ***insbesondere auf die Notwendigkeit einer Reform der Verträge***, und ***fordert die Kommission und den Rat nachdrücklich auf, rechtzeitig konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um diesen*** Empfehlungen nachzukommen;	10. ***weist erneut darauf hin, dass*** die Konferenz zur Zukunft Europas ***nicht zum Erfolg geführt hat*** und ***achtet die verständliche Zurückhaltung des Rates, den*** Empfehlungen ***der Konferenz*** nachzukommen***, und erkennt die Ergebnisse der Europawahl 2024 an, bei der es nicht zu einem politischen Mandat für eine weitere EU-Integration kam***;

Or. en

Änderungsantrag 117
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. bekräftigt seine Forderung, die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit auf weitere Politikbereiche auszuweiten, indem auf die in den Verträgen vorgesehenen Passerelle-Klauseln (Überleitungsklauseln) zurückgegriffen wird, um die Fähigkeit der EU zu schnellem und wirksamem Handeln zu verbessern; fordert die Aktivierung von Überleitungsklauseln	***entfällt***

durch eine verstärkte Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit und fordert, dass die Verträge geändert werden, um dies zu ermöglichen;

Or. fr

Änderungsantrag 118
Gerolf Annemans

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. bekräftigt seine Forderung, die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit auf weitere Politikbereiche auszuweiten, indem auf die in den Verträgen vorgesehenen Passerelle-Klauseln (Überleitungsklauseln) zurückgegriffen wird, um die Fähigkeit der EU zu schnellem und wirksamem Handeln zu verbessern; fordert die Aktivierung von Überleitungsklauseln durch eine verstärkte Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit und fordert, dass die Verträge geändert werden, um dies zu ermöglichen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 119
Tobiasz Bocheński
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. bekräftigt seine Forderung, die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit auf weitere Politikbereiche auszuweiten, indem auf die in den	***entfällt***

Verträgen vorgesehenen Passerelle-Klauseln (Überleitungsklauseln) zurückgegriffen wird, um die Fähigkeit der EU zu schnellem und wirksamem Handeln zu verbessern; fordert die Aktivierung von Überleitungsklauseln durch eine verstärkte Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit und fordert, dass die Verträge geändert werden, um dies zu ermöglichen;

Or. en

Änderungsantrag 120
François-Xavier Bellamy

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. bekräftigt ***seine Forderung,*** die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit ***auf weitere Politikbereiche auszuweiten, indem auf die in den Verträgen vorgesehenen*** Passerelle-Klauseln (Überleitungsklauseln) ***zurückgegriffen wird***, um die Fähigkeit der EU zu schnellem und wirksamem Handeln zu verbessern; fordert die Aktivierung von Überleitungsklauseln durch eine verstärkte Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit und fordert, dass die Verträge ***geändert*** werden, ***um dies zu ermöglichen***;	11. bekräftigt, ***dass*** die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit ***mittels der*** Passerelle-Klauseln (Überleitungsklauseln) ***bereits in den Verträgen vorgesehen sind und dass in diesen Bereichen keine Vertragsreform erforderlich ist***, um die Fähigkeit der EU zu schnellem und wirksamem Handeln zu verbessern; fordert die Aktivierung von Überleitungsklauseln durch eine verstärkte Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit ***in Bereichen, in denen es die Mitgliedstaaten für angemessen halten,*** und fordert, dass die Verträge ***eingehalten*** werden, ***insbesondere das durch sie gewahrte Gleichgewicht der Zuständigkeiten***;

Or. en

Änderungsantrag 121
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag

Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. bekräftigt ***seine Forderung, die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit auf weitere Politikbereiche auszuweiten, indem auf die*** in den Verträgen vorgesehenen Passerelle-Klauseln (Überleitungsklauseln) zurückgegriffen wird, um die ***Fähigkeit der EU zu schnellem und wirksamem Handeln zu verbessern***; fordert die Aktivierung von Überleitungsklauseln durch eine verstärkte Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit ***und fordert, dass die Verträge geändert werden, um dies zu ermöglichen***;	11. bekräftigt ***sein Engagement für eine Erweiterung der Fähigkeit der EU, schnell und wirksam zu handeln, und legt nahe, Mechanismen zur Erweiterung auszuloten, einschließlich der Verwendung der*** in den Verträgen vorgesehenen von Passerelle-Klauseln (Überleitungsklauseln), um die ***Beschlussfassung in zentralen Politikbereichen zu erleichtern***; fordert die Aktivierung von Überleitungsklauseln durch eine verstärkte Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit***, während gleichzeitig sichergestellt wird, dass das Subsidiaritätsprinzip bei diesen Änderungen berücksichtigt wird***;

Or. en

Änderungsantrag 122
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. bekräftigt seine Forderung, die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit auf weitere Politikbereiche auszuweiten, indem auf die in den Verträgen vorgesehenen Passerelle-Klauseln (Überleitungsklauseln) zurückgegriffen wird, um die Fähigkeit der EU zu schnellem und wirksamem Handeln zu verbessern; fordert die Aktivierung von Überleitungsklauseln ***durch eine verstärkte Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit und fordert, dass die Verträge geändert werden, um dies zu ermöglichen***;	11. bekräftigt seine Forderung, die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit auf weitere Politikbereiche auszuweiten, indem auf die in den Verträgen vorgesehenen Passerelle-Klauseln (Überleitungsklauseln) zurückgegriffen wird, um die Fähigkeit der EU zu schnellem und wirksamem Handeln zu verbessern; fordert die Aktivierung von Überleitungsklauseln;

Or. en

Änderungsantrag 123
Sandro Gozi, Gilles Boyer

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. bekräftigt seine Forderung, die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit auf weitere Politikbereiche auszuweiten, indem auf die in den Verträgen vorgesehenen Passerelle-Klauseln (Überleitungsklauseln) zurückgegriffen wird, um die Fähigkeit der EU zu schnellem und wirksamem Handeln zu verbessern; fordert die Aktivierung von Überleitungsklauseln durch eine verstärkte Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit und fordert, dass die Verträge geändert werden, um dies zu ermöglichen;	11. bekräftigt seine Forderung, die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit ***sowie das ordentliche Gesetzgebungsverfahren*** auf weitere Politikbereiche auszuweiten, indem auf die in den Verträgen vorgesehenen Passerelle-Klauseln (Überleitungsklauseln) zurückgegriffen wird, um die Fähigkeit der EU zu schnellem und wirksamem Handeln zu verbessern; fordert die Aktivierung von Überleitungsklauseln durch eine verstärkte Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit und fordert, dass die Verträge geändert werden, um dies zu ermöglichen;

Or. en

Änderungsantrag 124
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. fordert die Kommission und den Rat auf, auf das Verfahren der verstärkten Zusammenarbeit zurückzugreifen, das zwei wichtige Garantien bietet, nämlich die Zustimmung des Parlaments und die gerichtliche Überprüfung durch den Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH), und dem ein Vorschlag der Kommission zugrunde liegt;	12. fordert die Kommission und den Rat auf, auf das Verfahren der verstärkten Zusammenarbeit zurückzugreifen, das zwei wichtige Garantien bietet, nämlich die Zustimmung des Parlaments und die gerichtliche Überprüfung durch den Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH), und dem ein Vorschlag der Kommission zugrunde liegt***, und sich dabei in Erinnerung zu rufen, dass die verstärkte Zusammenarbeit lediglich ein letztes Mittel ist und auf den legitimen***

Anforderungen der Mitgliedstaaten beruht, wenn die Ziele einer solchen Zusammenarbeit nicht innerhalb eines angemessenen Zeitraums in der gesamten Union erreicht werden können;

Or. en

Änderungsantrag 125
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. fordert die Kommission und den Rat auf, ***auf*** das Verfahren der verstärkten Zusammenarbeit ***zurückzugreifen, das zwei wichtige Garantien bietet, nämlich die Zustimmung des Parlaments und die gerichtliche Überprüfung durch den*** Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH)***, und dem ein Vorschlag der Kommission zugrunde liegt***;	12. fordert die Kommission und den Rat auf, das Verfahren der verstärkten Zusammenarbeit ***nicht zu nutzen, wenn dadurch die Gefahr entsteht, dass in Europa unterschiedliche Geschwindigkeiten entstehen, die das gegenseitige Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten beeinträchtigen könnten; betont, dass die in den Verträgen festgelegte Verteilung der Zuständigkeiten eingehalten werden muss und dass der*** Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) ***sich nicht die Rolle eines Obersten Gerichtshofs anmaßen darf, die ihm in denselben Verträgen nicht zugewiesen wurde***;

Or. fr

Änderungsantrag 126
Sandro Gozi, Gilles Boyer

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. fordert ***die Kommission und*** den Rat auf, auf das Verfahren der verstärkten	12. fordert den Rat auf, ***einen systematischen Rückgriff*** auf das

Zusammenarbeit ***zurückzugreifen, das*** zwei wichtige Garantien bietet, nämlich die Zustimmung des Parlaments und die gerichtliche Überprüfung durch den Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH), und dem ein Vorschlag der Kommission zugrunde liegt;	Verfahren der verstärkten Zusammenarbeit ***gemäß Artikel 20 EUV immer dann in Erwägung zu ziehen, wenn das Zustandekommen von Entscheidungen in zentralen Politikbereichen durch das Einstimmigkeitsverfahren verhindert wird***; ***hebt hervor, dass das Angebot der Verstärkten Zusammenarbeit*** zwei wichtige Garantien bietet, nämlich die Zustimmung des Parlaments und die gerichtliche Überprüfung durch den Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH), und dem ein Vorschlag der Kommission zugrunde liegt;

Or. en

Änderungsantrag 127
Sandro Gozi, Gilles Boyer

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. betont, dass die Vereinfachung der Beschlussfassung das Hauptziel der Verstärkten Zusammenarbeit ist; empfiehlt den teilnehmenden Mitgliedstaaten nachdrücklich, die in Artikel 333 AEUV verankerte spezifische Überleitungsklausel zu aktivieren, um im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit zur qualifizierten Mehrheit und zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren überzugehen;

Or. en

Änderungsantrag 128
Brando Benifei

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. bekräftigt seine Entschlossenheit, seine Zustimmung zu sämtlichen neuen Vorschlägen für die verstärkte Zusammenarbeit zu verweigern, bis sich die teilnehmenden Mitgliedstaaten ihrerseits dazu verpflichten, die sektorspezifische Passerelle-Klausel nach Artikel 333 AEUV zu aktivieren und zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit und zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren überzugehen;

Or. en

Änderungsantrag 129
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. fordert für den Fall, dass kein Einvernehmen über eine Vertragsänderung zur Einführung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit erzielt werden kann, die Mitgliedstaaten auf, eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit außerhalb der Verträge in Erwägung zu ziehen, und zwar – unbeschadet des geltenden Vertragsrechts – im Wege eines zusätzlichen Vertrags zwischen willigen Mitgliedstaaten, um den Weg zu einer abgestuften Integration innerhalb der EU zu ebnen; betont, wie wichtig es ist, dass das Parlament umfassend in den Prozess einbezogen wird, um für demokratische Aufsicht und Kontrolle zu sorgen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 130

François-Xavier Bellamy

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. fordert für den Fall, dass kein Einvernehmen über eine Vertragsänderung zur Einführung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit erzielt werden kann, die Mitgliedstaaten auf, eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit außerhalb der Verträge in Erwägung zu ziehen, und zwar – unbeschadet des geltenden Vertragsrechts – im Wege eines zusätzlichen Vertrags zwischen willigen Mitgliedstaaten, um den Weg zu einer abgestuften Integration innerhalb der EU zu ebnen; betont, wie wichtig es ist, dass das Parlament umfassend in den Prozess einbezogen wird, um für demokratische Aufsicht und Kontrolle zu sorgen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 131
Tobiasz Bocheński
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. fordert für den Fall, dass kein Einvernehmen über eine Vertragsänderung zur Einführung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit erzielt werden kann, die Mitgliedstaaten auf, eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit außerhalb der Verträge in Erwägung zu ziehen, und zwar – unbeschadet des geltenden Vertragsrechts – im Wege eines zusätzlichen Vertrags zwischen willigen	***entfällt***

Mitgliedstaaten, um den Weg zu einer abgestuften Integration innerhalb der EU zu ebnen; betont, wie wichtig es ist, dass das Parlament umfassend in den Prozess einbezogen wird, um für demokratische Aufsicht und Kontrolle zu sorgen;

Or. en

Änderungsantrag 132
Gerolf Annemans

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. fordert für den Fall, dass kein Einvernehmen über eine Vertragsänderung zur Einführung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit erzielt werden kann, die Mitgliedstaaten auf, eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit außerhalb der Verträge in Erwägung zu ziehen, und zwar – unbeschadet des geltenden Vertragsrechts – im Wege eines zusätzlichen Vertrags zwischen willigen Mitgliedstaaten, um den Weg zu einer abgestuften Integration innerhalb der EU zu ebnen; betont, wie wichtig es ist, dass das Parlament umfassend in den Prozess einbezogen wird, um für demokratische Aufsicht und Kontrolle zu sorgen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 133
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

13. fordert für den Fall, dass kein Einvernehmen über eine Vertragsänderung zur Einführung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit erzielt werden kann, die Mitgliedstaaten auf, eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit außerhalb der Verträge in Erwägung zu ziehen, und zwar – unbeschadet des geltenden Vertragsrechts – im Wege eines zusätzlichen Vertrags zwischen willigen Mitgliedstaaten, um den Weg zu einer abgestuften Integration innerhalb der EU zu ebnen; betont, wie wichtig es ist, dass das Parlament umfassend in den Prozess einbezogen wird, um für demokratische Aufsicht und Kontrolle zu sorgen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 134
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. ***fordert für den Fall, dass kein Einvernehmen über eine*** Vertragsänderung ***zur Einführung der Beschlussfassung mit qualifizierter*** Mehrheit ***erzielt werden kann, die Mitgliedstaaten auf, eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit außerhalb der Verträge in Erwägung zu ziehen, und zwar – unbeschadet des geltenden Vertragsrechts – im Wege eines zusätzlichen Vertrags zwischen willigen*** Mitgliedstaaten***, um den Weg zu einer abgestuften Integration innerhalb der EU zu ebnen***; ***betont, wie wichtig es ist, dass das Parlament umfassend in den Prozess einbezogen wird, um für demokratische Aufsicht und Kontrolle zu sorgen;***	13. ***lehnt jeden Versuch ab, die für die*** Vertragsänderung ***erforderliche Einstimmigkeit durch einen Parallelvertrag zur Ausweitung der qualifizierten*** Mehrheit ***zu umgehen; bekräftigt, dass jede institutionelle Entwicklung der Union auf einem einstimmigen Beschluss der*** Mitgliedstaaten ***beruhen muss***;

Or. fr

Änderungsantrag 135
Daniel Freund
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. fordert für den Fall, dass kein Einvernehmen über eine Vertragsänderung zur Einführung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit erzielt werden kann, die Mitgliedstaaten auf, ***eine zwischenstaatliche*** Zusammenarbeit ***außerhalb der Verträge*** in Erwägung zu ziehen, ***und zwar – unbeschadet des geltenden Vertragsrechts – im Wege eines zusätzlichen Vertrags zwischen willigen Mitgliedstaaten, um den Weg zu einer abgestuften Integration innerhalb der EU zu ebnen***; betont, wie wichtig es ist, dass das Parlament umfassend in den Prozess einbezogen wird, um für demokratische Aufsicht und Kontrolle zu sorgen;	13. fordert für den Fall, dass kein Einvernehmen über eine Vertragsänderung zur Einführung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit erzielt werden kann, die Mitgliedstaaten auf, ***andere Möglichkeiten der*** Zusammenarbeit in Erwägung zu ziehen; betont, wie wichtig es ist, dass das Parlament umfassend in den Prozess einbezogen wird, um für demokratische Aufsicht und Kontrolle zu sorgen; ***stellt fest, dass im Rahmen einer Überarbeitung der europäischen Verträge in der Vergangenheit Lösungen gefunden wurden, durch die Entscheidungen entschlossener gefällt wurden; hebt beispielsweise hervor, dass mit dem Vertrag von Amsterdam die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit eingeführt wurde, wobei auch die Möglichkeit einer konstruktiven Enthaltung in bestimmten Politikbereichen vorgesehen wurde;***

Or. en

Änderungsantrag 136
Sandro Gozi, Gilles Boyer, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. fordert für den Fall, dass kein Einvernehmen über eine Vertragsänderung zur Einführung der Beschlussfassung mit	13. fordert für den Fall, dass kein Einvernehmen über eine Vertragsänderung zur Einführung der Beschlussfassung mit

qualifizierter Mehrheit erzielt werden kann, die Mitgliedstaaten auf, eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit außerhalb der Verträge in Erwägung zu ziehen, und zwar – unbeschadet des geltenden ***Vertragsrechts*** – im Wege eines zusätzlichen Vertrags zwischen willigen Mitgliedstaaten, um den Weg zu einer abgestuften Integration innerhalb der EU zu ebnen; betont, wie wichtig es ist, dass das Parlament umfassend in den Prozess einbezogen ***wird***, um für demokratische Aufsicht ***und*** Kontrolle zu sorgen;	qualifizierter Mehrheit erzielt werden kann, die Mitgliedstaaten auf, eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit außerhalb der Verträge in Erwägung zu ziehen, und zwar – unbeschadet des geltenden ***Unionsrechts*** – im Wege eines zusätzlichen Vertrags zwischen willigen Mitgliedstaaten, um den Weg zu einer abgestuften Integration innerhalb der EU zu ebnen; betont, wie wichtig es ist, dass das Parlament ***und der Europäische Gerichtshof*** umfassend in den Prozess einbezogen ***werden***, um für demokratische Aufsicht***,*** Kontrolle ***und eine unparteiische gerichtliche Überprüfung*** zu sorgen;
	Or. en

Änderungsantrag 137
Daniel Freund
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13a. fordert die Mitgliedstaaten auf, sich bei den Reformprojekten intensiv mit den Regierungen, Parlamenten und der Zivilgesellschaft der Kandidatenländer zu beraten; verpflichtet sich, mit den nationalen Parlamenten der Kandidatenländer zusammenzuarbeiten, um eine inklusive Reformdebatte mit dem Ziel anzuregen, die Demokratie in der EU zu stärken und ihre Beschlussfassung effizienter zu gestalten; hält die schrittweise Integration für ein Instrument, das auch genutzt werden kann, um die Reformprozesse in den Kandidatenländern anzuregen, indem die Kandidatenländer je nach je den Fortschritten bei ihren nationalen Reformen schrittweise in die EU-Politik einbezogen werden; hebt die Vorteile einer schrittweisen Integration in

	gemeinsame Politikbereiche wie den Binnenmarkt für diejenigen Länder hervor, die die Verhandlungen in Bezug auf bestimmte Politikbereiche abschließen oder erhebliche Fortschritte bei EU-bezogenen Reformen erzielen, während die schrittweise Einführung von Kandidatenländern in ausgewählte Politikbereiche mit begrenzten Rechten und Pflichten keineswegs ein Ersatz oder eine Alternative zu einer vollwertigen Mitgliedschaft ist;

Or. en

Änderungsantrag 138
Tobiasz Bocheński
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. betont, dass die Reform des Beschlussfassungsverfahrens der EU eine entsprechende Ermächtigung des Parlaments erfordert, indem es mit dem Rat gleichgestellt wird; bekräftigt seine Forderung, dass das Parlament ein uneingeschränktes Recht auf Gesetzgebungsinitiative – also die Befugnis, Rechtsvorschriften der Union vorzuschlagen, zu ändern oder aufzuheben – sowie uneingeschränkte Mitentscheidungsbefugnisse sowohl über die Ausgaben als auch über die Einnahmenseite des EU-Haushalts erhält, auch in Bezug auf die Annahme des mehrjährigen Finanzrahmens und das Eigenmittelsystem;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 139

Gerolf Annemans

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. betont, dass die Reform des Beschlussfassungsverfahrens der EU eine entsprechende Ermächtigung des Parlaments erfordert, indem es mit dem Rat gleichgestellt wird; bekräftigt seine Forderung, dass das Parlament ein uneingeschränktes Recht auf Gesetzgebungsinitiative – also die Befugnis, Rechtsvorschriften der Union vorzuschlagen, zu ändern oder aufzuheben – sowie uneingeschränkte Mitentscheidungsbefugnisse sowohl über die Ausgaben als auch über die Einnahmenseite des EU-Haushalts erhält, auch in Bezug auf die Annahme des mehrjährigen Finanzrahmens und das Eigenmittelsystem;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 140
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. betont, dass die Reform des Beschlussfassungsverfahrens der EU eine entsprechende Ermächtigung des Parlaments erfordert, indem es mit dem Rat gleichgestellt wird; bekräftigt seine Forderung, dass das Parlament ein uneingeschränktes Recht auf Gesetzgebungsinitiative ***– also die Befugnis, Rechtsvorschriften der Union vorzuschlagen, zu ändern oder aufzuheben – sowie uneingeschränkte Mitentscheidungsbefugnisse sowohl über***	14. betont, dass die Reform des Beschlussfassungsverfahrens der EU eine entsprechende Ermächtigung des Parlaments erfordert, indem es mit dem Rat gleichgestellt wird; bekräftigt seine Forderung, dass das Parlament ein uneingeschränktes Recht auf Gesetzgebungsinitiative;

die Ausgaben als auch über die Einnahmenseite des EU-Haushalts erhält, auch in Bezug auf die Annahme des mehrjährigen Finanzrahmens und das Eigenmittelsystem;

Or. en

Änderungsantrag 141
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. ***betont, dass die Reform des Beschlussfassungsverfahrens der EU eine entsprechende Ermächtigung*** des Parlaments ***erfordert, indem es mit dem Rat gleichgestellt wird***; ***bekräftigt seine Forderung, dass das Parlament ein uneingeschränktes Recht auf Gesetzgebungsinitiative – also die Befugnis, Rechtsvorschriften*** der Union ***vorzuschlagen, zu ändern oder aufzuheben – sowie uneingeschränkte Mitentscheidungsbefugnisse sowohl über die Ausgaben als auch über die Einnahmenseite des EU-Haushalts erhält, auch in Bezug auf die Annahme des mehrjährigen Finanzrahmens und das Eigenmittelsystem***;	14. ***lehnt jeden Vorschlag ab, mit dem die Gesetzgebungs- und Haushaltsbefugnisse*** des Parlaments ***auf Kosten der Vorrechte der Mitgliedstaaten und ihrer nationalen Parlamente ausgeweitet werden sollen***; ***ist der Ansicht, dass beim institutionellen Gleichgewicht*** der Union ***das Subsidiaritätsprinzip und die Haushaltshoheit der Staaten gewahrt bleiben müssen***;

Or. fr

Änderungsantrag 142
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. betont, dass die Reform des	14. betont, dass die Reform des

Beschlussfassungsverfahrens der EU eine entsprechende Ermächtigung des Parlaments erfordert, indem es mit dem Rat gleichgestellt wird***; bekräftigt seine Forderung, dass das Parlament ein uneingeschränktes Recht auf Gesetzgebungsinitiative – also die Befugnis, Rechtsvorschriften der Union vorzuschlagen, zu ändern oder aufzuheben – sowie uneingeschränkte Mitentscheidungsbefugnisse sowohl über die Ausgaben als auch über die Einnahmenseite des EU-Haushalts erhält, auch in Bezug auf die Annahme des mehrjährigen Finanzrahmens und das Eigenmittelsystem***;	Beschlussfassungsverfahrens der EU eine entsprechende Ermächtigung des Parlaments erfordert, indem es mit dem Rat gleichgestellt wird ***und fordert, dass der Einfluss des Parlaments auf Rechtssetzungsverfahren verstärkt wird***;

Or. en

Änderungsantrag 143
Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. betont, dass die Reform des Beschlussfassungsverfahrens der EU eine entsprechende Ermächtigung des Parlaments erfordert, indem es mit dem Rat gleichgestellt wird; bekräftigt seine Forderung, dass das Parlament ein uneingeschränktes Recht auf Gesetzgebungsinitiative – also die Befugnis, Rechtsvorschriften der Union vorzuschlagen, zu ändern oder aufzuheben – sowie uneingeschränkte Mitentscheidungsbefugnisse sowohl über die Ausgaben als auch über die Einnahmenseite des EU-Haushalts erhält, auch in Bezug auf die Annahme des mehrjährigen Finanzrahmens und das Eigenmittelsystem;	14. betont, dass die Reform des Beschlussfassungsverfahrens der EU eine entsprechende Ermächtigung des Parlaments erfordert, indem es mit dem Rat gleichgestellt wird; bekräftigt seine Forderung, dass das Parlament ein uneingeschränktes Recht auf Gesetzgebungsinitiative – also die Befugnis, Rechtsvorschriften der Union vorzuschlagen, zu ändern oder aufzuheben – sowie uneingeschränkte Mitentscheidungsbefugnisse sowohl über die Ausgaben als auch über die Einnahmenseite des EU-Haushalts erhält, auch in Bezug auf die Annahme des mehrjährigen Finanzrahmens und das Eigenmittelsystem; ***betont, dass das Untersuchungsrecht des Europäischen Parlaments modernisiert werden muss, um die demokratische Kontrolle über die***

EU-Exekutive zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 144
Daniel Freund
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. betont, dass echte neue Eigenmittel der EU von entscheidender Bedeutung dafür sind, dass das Parlament und der Rat flexible Haushaltspläne verabschieden können, mit denen in die Zukunft der EU investiert wird und die es ermöglichen, angesichts des sich wandelnden geopolitischen Umfelds rechtzeitig Prioritäten für die EU-Ausgaben festzulegen; fordert die Mitgliedstaaten daher auf, die Möglichkeit der Einrichtung echter neuer Eigenmittel zu prüfen, um Pattsituationen in den Haushaltsverhandlungen der EU in Zukunft zu überwinden;

Or. en

Änderungsantrag 145
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. ist der Ansicht, dass Artikel 122 AEUV ein rasches Handeln der EU in Krisensituationen ermöglicht, betont jedoch, dass seine Anwendung einer strengen Kontrolle nicht nur durch den	15. ist der Ansicht, dass Artikel 122 AEUV ein rasches Handeln der EU in Krisensituationen ermöglicht, betont jedoch, dass seine Anwendung einer strengen Kontrolle nicht nur durch den

EuGH, sondern auch durch das Parlament bedarf; fordert eine ***Vertragsänderung, um klare*** Verfahren und Fristen für die Aktivierung dieser Notfallklausel festzulegen;

EuGH, sondern auch durch das Parlament bedarf; ***hebt hervor, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen der Kommission, dem Parlament und anderen einschlägigen Einrichtungen der EU sichergestellt werden muss;*** fordert eine ***Klarstellung und Systematisierung der*** Verfahren und Fristen für die Aktivierung dieser Notfallklausel festzulegen;

Or. en

Änderungsantrag 146
Tobiasz Bocheński
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. ***ist der Ansicht***, dass Artikel 122 AEUV ***ein rasches*** Handeln der EU in ***Krisensituationen ermöglicht***, betont jedoch, dass seine Anwendung einer strengen Kontrolle nicht nur durch den EuGH, sondern auch durch das Parlament bedarf***; fordert eine Vertragsänderung, um klare Verfahren und Fristen für die Aktivierung dieser Notfallklausel festzulegen***;	15. ***erkennt an***, dass Artikel 122 AEUV ***eine mögliche Rechtsgrundlage für außergewöhnliches*** Handeln der EU in ***echten Krisenzeiten darstellt***, betont jedoch ***mit Nachdruck***, dass ***ein solches Handeln stark eingeschränkt, vorübergehend und klar gerechtfertigt sein muss und*** dass seine Anwendung einer strengen Kontrolle nicht nur durch den EuGH, sondern auch durch das Parlament bedarf***, um eine Überschreitung der Zuständigkeiten zu verhindern und sicherzustellen, dass es nicht von den Mitgliedstaaten dazu eingesetzt wird, um die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten oder normale Rechtssetzungsverfahren zu umgehen***;

Or. en

Änderungsantrag 147
Sandro Gozi, Gilles Boyer, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag

Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. ist der Ansicht, dass Artikel 122 AEUV ein rasches Handeln der EU in Krisensituationen ermöglicht, betont jedoch, dass seine Anwendung einer strengen Kontrolle nicht nur durch den EuGH, sondern auch durch das Parlament bedarf; fordert eine Vertragsänderung, um ***klare Verfahren*** und ***Fristen*** für die Aktivierung dieser Notfallklausel festzulegen;	15. ist der Ansicht, dass Artikel 122 AEUV ein rasches Handeln der EU in Krisensituationen ermöglicht, betont jedoch, dass seine Anwendung einer strengen Kontrolle nicht nur durch den EuGH, sondern auch durch das Parlament bedarf; fordert eine Vertragsänderung, um ***ein klares*** Verfahren und ***eine*** Frist für die Aktivierung dieser Notfallklausel festzulegen***, auch indem beide Legislativorgane dazu ermächtigt werden, über die Aktivierung zu entscheiden***;

Or. en

Änderungsantrag 148
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. ***ist der Ansicht***, dass Artikel 122 AEUV ***ein rasches Handeln der EU in Krisensituationen ermöglicht, betont jedoch, dass seine Anwendung einer strengen*** Kontrolle ***nicht nur durch den EuGH, sondern auch durch das Parlament bedarf***; ***fordert eine Vertragsänderung, um klare Verfahren und Fristen für die Aktivierung dieser Notfallklausel festzulegen;***	15. ***betont***, dass Artikel 122 AEUV ***nicht dazu herangezogen werden darf, die üblichen Beschlussfassungsverfahren zu umgehen; fordert, dass jede Inanspruchnahme dieser Bestimmung der vorherigen Zustimmung der nationalen Parlamente bedarf und sich strikt auf Fälle höherer Gewalt beschränkt, wobei eine verstärkte*** Kontrolle ***durch die Mitgliedstaaten gewährleistet sein muss***;

Or. fr

Änderungsantrag 149
Daniel Freund
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag

Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. ist der Ansicht, dass Artikel 122 AEUV ein rasches Handeln der EU in Krisensituationen ermöglicht, betont jedoch, dass seine Anwendung einer strengen Kontrolle nicht nur durch den EuGH, sondern auch durch das Parlament bedarf; fordert eine Vertragsänderung, um klare Verfahren und Fristen für die Aktivierung dieser Notfallklausel festzulegen;	15. ist der Ansicht, dass Artikel 122 AEUV ein rasches Handeln der EU in Krisensituationen ermöglicht, betont jedoch, dass seine Anwendung einer strengen Kontrolle nicht nur durch den EuGH, sondern auch durch das Parlament bedarf; fordert eine Vertragsänderung, um klare Verfahren***, an denen das Parlament beteiligt ist,*** und Fristen für die Aktivierung dieser Notfallklausel festzulegen;

Or. en

Änderungsantrag 150
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. fordert die Vollendung des europäischen Binnenmarkts und die Überwindung der verbleibenden Zugangshürden – darunter unlauterer internationaler Wettbewerb, hohe Energiepreise, Qualifikations- und Arbeitskräftemangel, Schwierigkeiten beim Zugang zu Kapital und hoher Verwaltungsaufwand für Bürger und Unternehmen – sowie die Förderung des Wirtschaftswachstums, des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts und des kulturellen Austauschs innerhalb der EU;	16. fordert die Vollendung des europäischen Binnenmarkts und die Überwindung der verbleibenden Zugangshürden – darunter unlauterer internationaler Wettbewerb, hohe Energiepreise, Qualifikations- und Arbeitskräftemangel, Schwierigkeiten beim Zugang zu Kapital, ***Regelungsaufwand, die fragmentierte Umsetzung von Rechtsvorschriften der EU, unzureichende Unterstützung für den grünen und den digitalen Wandel, begrenzte Investitionen in Innovationen*** und hoher Verwaltungsaufwand für ***Bürgerinnen und*** Bürger und Unternehmen – sowie die Förderung des Wirtschaftswachstums, des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts und des kulturellen Austauschs innerhalb der EU;

Or. en

Änderungsantrag 151
Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. fordert die Vollendung des europäischen Binnenmarkts und die Überwindung der verbleibenden Zugangshürden – darunter ***unlauterer internationaler Wettbewerb,*** hohe Energiepreise, Qualifikations- und Arbeitskräftemangel, Schwierigkeiten beim Zugang zu Kapital und hoher Verwaltungsaufwand für Bürger und Unternehmen – ***sowie*** die Förderung des Wirtschaftswachstums, des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts und des kulturellen Austauschs innerhalb der EU;	16. fordert die Vollendung des europäischen Binnenmarkts und die Überwindung der verbleibenden Zugangshürden***, damit der Binnenmarkt sein volles Potenzial entfalten kann***; ***stellt fest, dass das Funktionieren des Binnenmarkts immer noch durch eine Reihe von Problemen behindert wird*** – darunter hohe Energiepreise, Qualifikations- und Arbeitskräftemangel, Schwierigkeiten beim Zugang zu Kapital und hoher Verwaltungsaufwand für Bürger und Unternehmen – ***und fordert*** die Förderung des Wirtschaftswachstums, des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts und des kulturellen Austauschs innerhalb der EU;

Or. en

Änderungsantrag 152
Sandro Gozi, Gilles Boyer, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. fordert die Vollendung des europäischen Binnenmarkts und die Überwindung der verbleibenden Zugangshürden – darunter unlauterer internationaler Wettbewerb, hohe Energiepreise, Qualifikations- und Arbeitskräftemangel, Schwierigkeiten beim Zugang zu Kapital und ***hoher*** Verwaltungsaufwand für Bürger und	16. fordert die Vollendung des europäischen Binnenmarkts und die Überwindung der verbleibenden ***Hürden*** – darunter unlauterer internationaler Wettbewerb***, mit dem Ziel***, hohe Energiepreise, Qualifikations- und Arbeitskräftemangel, Schwierigkeiten beim Zugang zu Kapital und ***hoher*** Verwaltungsaufwand für Bürger und

Unternehmen – ***sowie die Förderung des Wirtschaftswachstums***, ***des*** sozialen, wirtschaftlichen und territorialen ***Zusammenhalts*** und ***des*** kulturellen ***Austauschs*** innerhalb der EU;	Unternehmen – ***zu bekämpfen und das*** Wirtschaftswachstum, ***den*** sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt und den kulturellen ***Austausch*** innerhalb der EU ***zu fördern***;

Or. en

Änderungsantrag 153
Sandro Gozi, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16a. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass künftige Initiativen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU und zur Vollendung des Binnenmarkts – soweit erforderlich – mit einer Bewertung ihrer sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Auswirkungen einhergehen, und zwar durch Maßnahmen zur Stärkung des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts, zur Verringerung der Ungleichheit und zur Sicherstellung einer gerechten Verteilung der Vorteile des Wirtschaftswachstums; bekräftigt seine Forderung nach einer verstärkten Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte;

Or. en

Änderungsantrag 154
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. unterstützt die Hinzufügung einer	17. unterstützt die Hinzufügung einer

„fünften Freiheit“ zu den bestehenden vier Freiheiten, wie im Letta-Bericht vorgeschlagen, um Forschung, Innovation, Wissen und Bildung für Forscher, Innovatoren und Arbeitnehmer im Binnenmarkt zu fördern, indem dynamische ***transnationale und*** branchenübergreifende öffentlich-private Partnerschaften, gemeinsame hochrangige Forschungsinfrastrukturen und die Zusammenführung von Daten im Rahmen eines offenen Wissenschaftskonzepts eingeführt werden;

„fünften Freiheit“ zu den bestehenden vier Freiheiten, wie im Letta-Bericht vorgeschlagen, um Forschung, Innovation, Wissen und Bildung für Forscher, Innovatoren und Arbeitnehmer im Binnenmarkt zu fördern, indem dynamische branchenübergreifende öffentlich-private Partnerschaften ***der EU***, gemeinsame hochrangige Forschungsinfrastrukturen und die Zusammenführung von Daten im Rahmen eines offenen Wissenschaftskonzepts eingeführt werden;

Or. en

Änderungsantrag 155
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. ***fordert die Entwicklung eines integrierten europäischen Kapitalmarkts mithilfe einer neu geschaffenen Spar- und Investitionsunion, die auf der unvollendeten Kapitalmarktunion aufbaut, um Sparvermögen und Investitionsbedarf in einem Rahmen mit starkem Verbraucherschutz wirksam miteinander verknüpfen, den Zugang der EU-Bürger zu den Kapitalmärkten zu erweitern und europäischen Unternehmen bessere Finanzierungsmöglichkeiten zu bieten und gleichzeitig das Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu fördern, insbesondere im Hinblick auf einen gerechten, ökologischen und digitalen Wandel; fordert eine Stärkung der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA), um im Rahmen der Spar- und Investitionsunion zu einer einzigen gemeinsamen Regulierungsbehörde für alle EU-***	18. ***lehnt jeden Versuch ab, die Finanzmarktregulierung auf EU-Ebene zu harmonisieren oder zu zentralisieren, da dadurch die Haushalts- und Steuerhoheit sowie die Regulierungshoheit der Mitgliedstaaten beeinträchtigt würden***; ***legt den Schwerpunkt auf nationale Initiativen, um Spareinlagen in produktive Investitionen zu lenken, insbesondere zugunsten von KMU; lehnt die Schaffung einer einzigen europäischen Aufsichtsbehörde für die Kapitalmärkte ab;***

Wertpapiermärkte überzugehen;

Or. fr

Änderungsantrag 156
Gerolf Annemans

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. fordert die Entwicklung eines integrierten europäischen Kapitalmarkts mithilfe einer ***neu geschaffenen Spar- und Investitionsunion, die auf der unvollendeten*** Kapitalmarktunion ***aufbaut***, um Sparvermögen und Investitionsbedarf in einem Rahmen mit starkem Verbraucherschutz wirksam miteinander verknüpfen, den Zugang der EU-Bürger zu den Kapitalmärkten zu erweitern und europäischen Unternehmen bessere Finanzierungsmöglichkeiten zu bieten und gleichzeitig das Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu fördern, insbesondere im Hinblick auf einen gerechten, ökologischen und digitalen Wandel; ***fordert eine Stärkung der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA), um im Rahmen der Spar- und Investitionsunion zu einer einzigen gemeinsamen Regulierungsbehörde für alle EU-Wertpapiermärkte überzugehen;***	18. fordert die Entwicklung eines integrierten europäischen Kapitalmarkts mithilfe einer ***vertieften*** Kapitalmarktunion, um Sparvermögen und Investitionsbedarf in einem Rahmen mit starkem Verbraucherschutz wirksam miteinander verknüpfen, den Zugang der EU-Bürger zu den Kapitalmärkten zu erweitern und europäischen Unternehmen bessere Finanzierungsmöglichkeiten zu bieten und gleichzeitig das Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu fördern, insbesondere im Hinblick auf einen gerechten, ökologischen und digitalen Wandel;

Or. en

Änderungsantrag 157
Daniel Freund
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. fordert die Entwicklung eines integrierten europäischen Kapitalmarkts mithilfe einer neu geschaffenen Spar- und Investitionsunion, die auf der unvollendeten Kapitalmarktunion aufbaut, um Sparvermögen und Investitionsbedarf in einem Rahmen mit starkem Verbraucherschutz wirksam miteinander verknüpfen, den Zugang der EU-Bürger zu den Kapitalmärkten zu erweitern und europäischen Unternehmen bessere Finanzierungsmöglichkeiten zu bieten und gleichzeitig das Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu fördern, insbesondere im Hinblick auf einen gerechten, ökologischen und digitalen Wandel; fordert eine Stärkung der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA), um im Rahmen der Spar- und Investitionsunion zu einer einzigen gemeinsamen Regulierungsbehörde für alle EU-Wertpapiermärkte überzugehen;	18. fordert die Entwicklung eines integrierten europäischen Kapitalmarkts mithilfe einer neu geschaffenen Spar- und Investitionsunion, die auf der unvollendeten Kapitalmarktunion aufbaut, um Sparvermögen und Investitionsbedarf in einem Rahmen mit starkem Verbraucherschutz wirksam miteinander verknüpfen, den Zugang der EU-Bürger zu den Kapitalmärkten zu erweitern und europäischen Unternehmen bessere Finanzierungsmöglichkeiten zu bieten und gleichzeitig das Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu fördern, insbesondere im Hinblick auf einen gerechten, ökologischen und digitalen Wandel; fordert eine Stärkung der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA), um im Rahmen der Spar- und Investitionsunion zu einer einzigen gemeinsamen Regulierungsbehörde für alle EU-Wertpapiermärkte überzugehen***, indem die ESMA mit direkten Befugnissen zur Überwachung systemischer Finanzinstitutionen ausgestattet wird***;

Or. en

Änderungsantrag 158
François-Xavier Bellamy

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. fordert die Entwicklung eines integrierten europäischen Kapitalmarkts mithilfe einer neu geschaffenen Spar- und Investitionsunion, die auf der unvollendeten Kapitalmarktunion aufbaut, um Sparvermögen und Investitionsbedarf in einem Rahmen mit starkem Verbraucherschutz wirksam miteinander	18. fordert die Entwicklung eines integrierten europäischen Kapitalmarkts mithilfe einer neu geschaffenen Spar- und Investitionsunion, die auf der unvollendeten Kapitalmarktunion aufbaut, um Sparvermögen und Investitionsbedarf in einem Rahmen mit starkem Verbraucherschutz wirksam miteinander

verknüpfen, den Zugang der EU-Bürger zu den Kapitalmärkten zu erweitern und europäischen Unternehmen bessere Finanzierungsmöglichkeiten zu bieten und gleichzeitig das Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu fördern, insbesondere im Hinblick auf einen gerechten, ökologischen und digitalen Wandel; fordert eine ***Stärkung der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA)***, ***um im Rahmen der Spar- und Investitionsunion zu einer einzigen gemeinsamen Regulierungsbehörde für alle EU-Wertpapiermärkte überzugehen***;

verknüpfen, den Zugang der EU-Bürger zu den Kapitalmärkten zu erweitern und europäischen Unternehmen bessere Finanzierungsmöglichkeiten zu bieten und gleichzeitig das Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu fördern, insbesondere im Hinblick auf einen gerechten, ökologischen und digitalen Wandel; fordert eine ***Vereinfachung der Banken- und Finanzregulierung***, ***bevor irgendein anderer Schritt in Richtung einer Zentralisierung der Finanzaufsicht unternommen wird***;

Or. en

Änderungsantrag 159
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. fordert die Entwicklung eines integrierten europäischen Kapitalmarkts mithilfe einer neu geschaffenen Spar- und Investitionsunion, die auf der unvollendeten Kapitalmarktunion aufbaut, um Sparvermögen und Investitionsbedarf in einem Rahmen mit starkem Verbraucherschutz wirksam miteinander verknüpfen, den Zugang der EU-Bürger zu den Kapitalmärkten zu erweitern und europäischen Unternehmen bessere Finanzierungsmöglichkeiten zu bieten und gleichzeitig das Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu fördern, insbesondere im Hinblick auf einen gerechten, ökologischen und digitalen Wandel; fordert eine Stärkung der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA), um im Rahmen der Spar- und Investitionsunion zu ***einer einzigen gemeinsamen***	18. fordert die Entwicklung eines integrierten europäischen Kapitalmarkts mithilfe einer neu geschaffenen Spar- und Investitionsunion, die auf der unvollendeten Kapitalmarktunion aufbaut, um Sparvermögen und Investitionsbedarf in einem Rahmen mit starkem Verbraucherschutz wirksam miteinander verknüpfen, den Zugang der EU-Bürger zu den Kapitalmärkten zu erweitern und europäischen Unternehmen bessere Finanzierungsmöglichkeiten zu bieten und gleichzeitig das Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu fördern, insbesondere im Hinblick auf einen gerechten, ökologischen und digitalen Wandel; fordert eine Stärkung der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA), um ***die Aufsichtskonvergenz und grenzüberschreitende Zusammenarbeit*** im

Regulierungsbehörde für alle EU-Wertpapiermärkte überzugehen;	Rahmen der Spar- und Investitionsunion zu ***erweitern***;

Or. en

Änderungsantrag 160
Brando Benifei

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. in der Erwägung, dass eine vollständig entwickelte Bankenunion eine positive Entwicklung für Bürgerinnen und Bürger und die EU-Wirtschaft darstellen und die Grundlage für ein stabileres Bankensystem, die Reduzierung von Systemrisiken, verbesserten Wettbewerb, bessere Wahlmöglichkeiten für Verbraucher, erweiterte Möglichkeiten für grenzüberschreitende Bankgeschäfte und den Zugang zu Finanzdienstleistungen, höhere Wirtschaftsinvestitionen, besseren Zugang zu Finanzmitteln für Haushalte und Unternehmen und niedrigeren Kosten für Bankkunden bieten würde; erkennt die Fortschritte an, die in den letzten zehn Jahren beim Aufbau der Bankenunion durch die Einrichtung des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) und des einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM) erzielt wurden; fordert die Vollendung der Bankenunion, insbesondere durch die Einrichtung eines umfassenden Europäischen Einlagensicherungssystems (EDIS);

Or. en

Änderungsantrag 161
Sandro Gozi, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, den digitalen Binnenmarkt zu vollenden, indem sie bestehende Hindernisse für grenzüberschreitende digitale Dienste beseitigen, die rechtlichen Rahmenbedingungen harmonisieren und in gemeinsame europäische digitale Infrastrukturen investieren; begrüßt den Aktionsplan „KI-Kontinent“, der die Entwicklung eines KI-Modells der EU auf der Grundlage der Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Akteuren vorsieht; betont, dass die Stärkung der KI-Governance im Einklang mit dem regelbasierten Ansatz der EU auf Transparenz, dem Schutz der Grundrechte und der Wahrung des öffentlichen Interesses beruhen muss;

Or. en

Änderungsantrag 162
Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. stellt fest, dass in dem von Enrico Letta verfassten und vom Europäischen Rat in Auftrag gegebenen Bericht „Much more than a Market“ (Weit mehr als ein Markt) die Wirtschaftskraft des Binnenmarkts als wichtiger Bestandteil der globalen und handelspolitischen Ambitionen der EU anerkannt wird, auch in den Wirtschaftsbeziehungen zu strategischen Partnern;

Or. en

Änderungsantrag 163
Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 18 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18b. erkennt an, dass die EU-Erweiterung und ein erfolgreicher EU-Beitrittsprozess wichtige Schritte auf dem Weg zur Integration in den EU-Binnenmarkt sind, was wiederum zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU beiträgt; begrüßt die verschiedenen Programme, die für Kandidatenländer und potenzielle Kandidatenländer entworfen wurden, um künftige Mitglieder auf den Beitritt vorzubereiten und EU-bezogene Reformen zu vertiefen; begrüßt in diesem Zusammenhang den neuen Wachstumsplan für den westlichen Balkan, der darauf abzielt, die Region in den EU-Binnenmarkt zu integrieren, die regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit zu fördern und die wirtschaftspolitische Steuerung zu verstärken;

Or. en

Änderungsantrag 164
Sandro Gozi, Gilles Boyer, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Stärkung des sozialen Europas	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 165
Sandro Gozi, Gilles Boyer, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass alle künftigen Initiativen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU und zur Vollendung des Binnenmarkts mit einer Bewertung ihrer sozialen Auswirkungen einhergehen, und zwar durch Maßnahmen zur Stärkung des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts, zur Verringerung der Ungleichheit und zur Sicherstellung einer gerechten Verteilung der Vorteile des Wirtschaftswachstums;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 166
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass alle künftigen Initiativen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU und zur Vollendung des Binnenmarkts ***mit einer Bewertung ihrer*** sozialen Auswirkungen ***einhergehen***, und zwar durch Maßnahmen zur Stärkung des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts, zur Verringerung der Ungleichheit und zur Sicherstellung einer gerechten Verteilung der Vorteile des Wirtschaftswachstums;	19. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass alle künftigen Initiativen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU und zur Vollendung des Binnenmarkts ***so gestaltet und in Übereinstimmung mit den Grundlagen und Zielen der Kohäsionspolitik umgesetzt werden, dass ihre*** sozialen Auswirkungen ***berücksichtigt werden***, und zwar durch Maßnahmen zur Stärkung des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts***, zur Unterstützung der Chancengleichheit und Entwicklung weniger entwickelter Gebiete,*** zur

Verringerung der Ungleichheit***, zur Schaffung von Arbeitsplätzen*** und zur Sicherstellung einer gerechten Verteilung der Vorteile des Wirtschaftswachstums;

Or. en

Änderungsantrag 167
Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass alle künftigen Initiativen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU und zur Vollendung des Binnenmarkts mit einer Bewertung ihrer sozialen Auswirkungen einhergehen, und zwar durch Maßnahmen zur Stärkung des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts***, zur Verringerung der Ungleichheit und zur Sicherstellung einer gerechten Verteilung der Vorteile des Wirtschaftswachstums***;	19. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass ***– soweit erforderlich –*** alle künftigen Initiativen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU und zur Vollendung des Binnenmarkts mit einer Bewertung ihrer sozialen Auswirkungen einhergehen, und zwar durch Maßnahmen zur Stärkung des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts;

Or. en

Änderungsantrag 168
Gerolf Annemans

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. bekräftigt, wie wichtig die im Letta-Bericht dargelegte „Freiheit zu bleiben“ ist und dass die Ziele des Binnenmarkts mit dem Recht der EU-Bürger auf freien Personenverkehr und ihrer Niederlassungsfreiheit in Einklang stehen sollten; fordert die Kommission	***entfällt***

auf, einen für die „Freiheit zu bleiben“ zuständigen Vizepräsidenten zu ernennen, dessen Zuständigkeitsbereich die Kohäsionspolitik, Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und die Unterstützung von KMU abdeckt;

Or. en

Änderungsantrag 169
Sandro Gozi, Gilles Boyer, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. bekräftigt, wie wichtig die im Letta-Bericht dargelegte „Freiheit zu bleiben“ ist und dass die Ziele des Binnenmarkts mit dem Recht der EU-Bürger auf freien Personenverkehr und ihrer Niederlassungsfreiheit in Einklang stehen sollten; fordert die Kommission auf, einen für die „Freiheit zu bleiben“ zuständigen Vizepräsidenten zu ernennen, dessen Zuständigkeitsbereich die Kohäsionspolitik, Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und die Unterstützung von KMU abdeckt;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 170
Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. bekräftigt, wie wichtig die im Letta-Bericht dargelegte „Freiheit zu bleiben“ ist und dass die Ziele des Binnenmarkts mit dem Recht der EU-	20. bekräftigt, wie wichtig die im Letta-Bericht dargelegte „Freiheit zu bleiben“ ist und dass die Ziele des Binnenmarkts mit dem Recht der EU-

Bürger auf freien Personenverkehr und ihrer Niederlassungsfreiheit in Einklang stehen sollten; ***fordert die Kommission auf, einen*** für die „Freiheit zu bleiben“ ***zuständigen Vizepräsidenten zu ernennen, dessen Zuständigkeitsbereich*** die Kohäsionspolitik, ***Dienstleistungen von allgemeinem Interesse*** und ***die*** Unterstützung ***von KMU*** abdeckt;	Bürger auf freien Personenverkehr und ihrer Niederlassungsfreiheit in Einklang stehen sollten, ***und erkennt an, dass die Freiheit, es Menschen zu ermöglichen, weiterhin in ihren Regionen zu leben, indem die Infrastrukturentwicklung, die Bildung von Gemeinschaften, und ein für Industrien und Investitionen geeignetes Umfeld zu schaffen, ein wesentlicher Bestandteil dafür ist, dieses Recht aufrechtzuerhalten und zur wirtschaftlichen Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der EU beizutragen***; ***stellt fest, dass der für die Kohäsionspolitik verantwortliche Vizepräsident der Kommission*** für die „Freiheit zu bleiben“ ***zuständig sein sollte***; ***hebt hervor, dass es wichtig ist, dass*** die Kohäsionspolitik ***einen erheblichen Teil des EU-Haushalts einnimmt, indem sichergestellt wird, dass die sie wirksamer auf die Bedürfnisse der Regionen und Städte reagieren kann, auch durch einen direkteren Zugang zu EU-Mitteln***; ***betont, dass die Projekte im Rahmen der Kohäsionspolitik wirksamer und vor Ort sichtbarer durchgeführt werden müssen, damit sie zu greifbaren Ergebnissen führen, durch die das Zugehörigkeitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger*** und ***ihre*** Unterstützung ***für die EU-Integration gestärkt wird***;
	Or. en

Änderungsantrag 171
Salvatore De Meo

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. bekräftigt, wie wichtig die im Letta-Bericht dargelegte „Freiheit zu bleiben“ ist und dass die Ziele des Binnenmarkts mit dem Recht der EU-	20. bekräftigt, wie wichtig die im Letta-Bericht dargelegte „Freiheit zu bleiben“ ist und dass die Ziele des Binnenmarkts mit dem Recht der EU-

Bürger auf freien Personenverkehr und ihrer Niederlassungsfreiheit in Einklang stehen sollten; fordert die Kommission auf, einen für die „Freiheit zu bleiben“ zuständigen Vizepräsidenten zu ernennen, dessen Zuständigkeitsbereich die Kohäsionspolitik, Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und die Unterstützung von KMU abdeckt;	Bürger auf freien Personenverkehr und ihrer Niederlassungsfreiheit in Einklang stehen sollten; fordert ***daher*** die Kommission auf, einen für die „Freiheit zu bleiben“ zuständigen Vizepräsidenten zu ernennen, dessen Zuständigkeitsbereich die Kohäsionspolitik, Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und die Unterstützung von KMU abdeckt***, und einen strukturierten Dialog zwischen dem Vizepräsidenten und den regionalen Behörden der Mitgliedstaaten einzurichten, um sicherzustellen, dass die Politik in Bezug auf die „Freiheit zu bleiben“ an die spezifischen Bedingungen der Territorien angemessen angepasst werden, und um die sozioökonomische und kulturelle Diversität der Regionen der EU zu respektieren***;
	Or. it

Änderungsantrag 172
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. bekräftigt, wie wichtig die im Letta-Bericht dargelegte „Freiheit zu bleiben“ ist und dass die Ziele des Binnenmarkts mit dem Recht der EU-Bürger auf freien Personenverkehr und ihrer Niederlassungsfreiheit in Einklang stehen sollten; fordert die Kommission auf, ***einen*** für die „Freiheit zu bleiben“ ***zuständigen Vizepräsidenten zu ernennen***, dessen Zuständigkeitsbereich die Kohäsionspolitik, Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und die Unterstützung von KMU abdeckt;	20. bekräftigt, wie wichtig die im Letta-Bericht dargelegte „Freiheit zu bleiben“ ist und dass die Ziele des Binnenmarkts mit dem Recht der EU-Bürger auf freien Personenverkehr und ihrer Niederlassungsfreiheit in Einklang stehen sollten; fordert die Kommission auf, ***zu prüfen, ob einem Mitglied der Kommission die Zuständigkeit*** für die „Freiheit zu bleiben“ ***übertragen werden sollte***, dessen Zuständigkeitsbereich die Kohäsionspolitik, Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und die Unterstützung von KMU abdeckt;
	Or. en

Änderungsantrag 173
Sandro Gozi, Gilles Boyer, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. bekräftigt seine Forderung, den Verträgen ein Protokoll über den sozialen Fortschritt hinzuzufügen, um die Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte zu stärken und zur Verwirklichung ihrer Ziele für 2030 beizutragen, indem der soziale Fortschritt als Kernelement der EU-Governance verankert wird;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 174
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. bekräftigt seine Forderung, den Verträgen ein Protokoll über den sozialen Fortschritt hinzuzufügen, um die Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte zu stärken und zur Verwirklichung ihrer Ziele für 2030 beizutragen, indem der soziale Fortschritt als Kernelement der EU-Governance verankert wird;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 175
Gerolf Annemans

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. bekräftigt seine Forderung, den Verträgen ein Protokoll über den sozialen Fortschritt hinzuzufügen, um die Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte zu stärken und zur Verwirklichung ihrer Ziele für 2030 beizutragen, indem der soziale Fortschritt als Kernelement der EU-Governance verankert wird;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 176
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. bekräftigt seine Forderung, den Verträgen ein Protokoll über den sozialen Fortschritt hinzuzufügen, um die Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte zu stärken und zur Verwirklichung ihrer Ziele für 2030 beizutragen, indem der soziale Fortschritt als ***Kernelement***e der EU-Governance verankert wird;	21. bekräftigt seine Forderung, den Verträgen ein Protokoll über den sozialen Fortschritt hinzuzufügen, um die Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte zu stärken und zur Verwirklichung ihrer Ziele für 2030 beizutragen, indem der soziale Fortschritt als ***eins der Kernelemente*** der EU-Governance verankert wird;

Or. en

Änderungsantrag 177
Brando Benifei

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

21a. betont, wie wichtig eine Vereinfachung der Verwaltungsverfahren beim Zugang zu EU-Mitteln ist, um das Ziel der Stärkung des sozialen und territorialen Zusammenhalts zu unterstützen, indem sichergestellt wird, dass die Mittel diejenigen erreichen, die sie am dringendsten benötigen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, lokale Gemeinschaften und Akteure der Sozialwirtschaft, auch in ländlichen Gebieten, Randgebieten oder wirtschaftlich benachteiligten Gebieten; fordert die Entwicklung einer einheitlichen und nutzerorientierten digitalen Anlaufstelle für alle EU-Finanzierungsinstrumente, die auf bestehenden Plattformen wie dem Funding & Tenders Portal und dem einheitlichen digitalen Zugangstor aufbaut, durch die jedoch die anhaltende Fragmentierung in zentral und lokal verwaltete Fonds angegangen wird und eine vollständige Integration, Zugänglichkeit und mehrsprachige Unterstützung sichergestellt wird; fordert ferner die breitere Nutzung vorausgefüllter Vorlagen, harmonisierter Antrags- und Berichterstattungsverfahren sowie die Bereitstellung maßgeschneiderter technischer Unterstützung auf nationaler und lokaler Ebene; betont, dass diese Vereinfachung von starken Garantien für gleichberechtigten Zugang, Nichtdiskriminierung und wirksame Rechenschaftspflicht flankiert werden muss, wobei das Parlament während des gesamten Finanzierungszyklus die demokratische Kontrolle sicherstellt;

Or. en

Änderungsantrag 178
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag

Zwischenüberschrift 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Aufbau einer dauerhaften europäischen ***Fiskalkapazität***	***Stärkung der*** europäischen ***Integration durch gemeinsame Finanzinstrumente***

Or. en

Änderungsantrag 179
Brando Benifei

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Aufbau einer dauerhaften europäischen Fiskalkapazität	***Aufstockung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) und*** Aufbau einer dauerhaften europäischen Fiskalkapazität

Or. en

Änderungsantrag 180
Gerolf Annemans

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. betont, dass ***dringend*** eine umfassende und dauerhafte Fiskalkapazität für die EU ***geschaffen werden muss, die auf den Merkmalen von*** NextGenerationEU ***aufbaut***; ***betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, gemeinsame europäische Instrumente wie „Eurobonds“ zu schaffen, um gemeinsame strategische Investitionen in europäische öffentliche Güter und Dienstleistungen zu finanzieren***; ***betont, dass eine solche Fiskalkapazität die Union in die Lage versetzen sollte, autonomer und unabhängig von***	22. betont, dass ***es durch*** eine umfassende und dauerhafte Fiskalkapazität für die EU ***möglich würde, den Status der Union als „Transferunion“ zu konsolidieren, und weist erneut darauf hin, dass*** NextGenerationEU ***eine einmalige Maßnahme war***;

nationalen Haushaltsbeiträgen zu agieren, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit, die Innovation, der soziale und territoriale Zusammenhalt, die ökologische und energetische Nachhaltigkeit sowie die kollektive Sicherheit Europas gestärkt würden; besteht darauf, dass bei der Institutionalisierung und Steuerung dieser Fiskalkapazität die zentrale Rolle des Parlaments sichergestellt werden muss, indem umfassende Mitspracherechte, demokratische Rechenschaftspflicht und Kontrolle sowie die Budgethoheit gewährleistet werden;

Or. en

Änderungsantrag 181
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. betont, dass dringend eine umfassende und dauerhafte Fiskalkapazität für die EU geschaffen werden muss***, die auf den Merkmalen von NextGenerationEU aufbaut***; ***betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, gemeinsame europäische Instrumente wie „Eurobonds“ zu schaffen, um gemeinsame strategische Investitionen in europäische öffentliche Güter und Dienstleistungen zu finanzieren; betont, dass eine solche Fiskalkapazität die Union in die Lage versetzen sollte, autonomer und unabhängig von nationalen Haushaltsbeiträgen zu agieren, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit, die Innovation, der soziale und territoriale Zusammenhalt, die ökologische und energetische Nachhaltigkeit sowie die kollektive Sicherheit Europas gestärkt würden***;	22. betont, dass dringend eine umfassende und dauerhafte Fiskalkapazität für die EU geschaffen werden muss; besteht darauf, dass bei der Institutionalisierung und Steuerung dieser Fiskalkapazität ***eine*** zentrale Rolle des Parlaments sichergestellt werden muss;

besteht darauf, dass bei der Institutionalisierung und Steuerung dieser Fiskalkapazität ***die*** zentrale Rolle des Parlaments sichergestellt werden muss***, indem umfassende Mitspracherechte, demokratische Rechenschaftspflicht und Kontrolle sowie die Budgethoheit gewährleistet werden***;

Or. en

Änderungsantrag 182
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. ***betont, dass dringend eine umfassende und dauerhafte Fiskalkapazität für die EU geschaffen werden muss, die auf den Merkmalen von NextGenerationEU aufbaut; betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, gemeinsame europäische Instrumente wie „Eurobonds“ zu schaffen, um gemeinsame strategische Investitionen in europäische öffentliche Güter und Dienstleistungen zu finanzieren; betont, dass eine solche Fiskalkapazität die Union in die Lage versetzen sollte, autonomer und unabhängig von nationalen Haushaltsbeiträgen zu agieren, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit, die Innovation, der soziale und territoriale Zusammenhalt, die ökologische und energetische Nachhaltigkeit sowie die kollektive Sicherheit Europas gestärkt würden***; ***besteht darauf, dass bei der Institutionalisierung und Steuerung dieser Fiskalkapazität die zentrale Rolle des Parlaments sichergestellt werden muss, indem umfassende Mitspracherechte, demokratische Rechenschaftspflicht und Kontrolle sowie***	22. ***lehnt jede Initiative ab, mit der eine eigenständige Steuerhoheit der Europäischen Union unabhängig von nationalen Beitragszahlungen geschaffen werden soll, insbesondere durch die Ausgabe von Eurobonds oder die Schaffung europäischer Eigenmittel***; ***ist der Ansicht, dass solche Maßnahmen einen schwerwiegenden Eingriff in die Haushaltshoheit der Mitgliedstaaten darstellen und einer inakzeptablen Transferunion den Weg ebnen würden; bekräftigt, dass die Haushaltskontrolle bei den nationalen Parlamenten belassen werden muss***;

die Budgethoheit gewährleistet werden;

Or. fr

Änderungsantrag 183
Brando Benifei

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. ***betont, dass dringend eine umfassende und dauerhafte Fiskalkapazität für die EU geschaffen werden muss, die auf den Merkmalen von NextGenerationEU aufbaut; betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, gemeinsame europäische Instrumente wie „Eurobonds“ zu schaffen, um gemeinsame strategische Investitionen in europäische öffentliche Güter und Dienstleistungen zu finanzieren; betont, dass eine solche Fiskalkapazität die Union in die Lage versetzen sollte, autonomer und unabhängig von nationalen Haushaltsbeiträgen zu agieren, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit, die Innovation, der soziale und territoriale Zusammenhalt, die ökologische und energetische Nachhaltigkeit sowie die kollektive Sicherheit Europas gestärkt würden;*** besteht darauf, dass ***bei der Institutionalisierung und Steuerung dieser Fiskalkapazität die zentrale Rolle des Parlaments sichergestellt werden muss, indem umfassende Mitspracherechte, demokratische Rechenschaftspflicht und Kontrolle sowie die Budgethoheit gewährleistet werden***;	22. besteht darauf, dass ***in einer sich rasch wandelnden Welt, in der die Menschen zu Recht mehr von der Union und ihrem Haushalt erwarten und in der die Union mit immer mehr Krisen konfrontiert ist, der nächste MFR im Vergleich zum Zeitraum 2021-2027 mit mehr Mitteln ausgestattet werden muss und dabei eine Abkehr von dem historisch restriktiven und selbst auferlegten Wert von 1 % des BNE vollzogen werden muss***;

Or. en

Änderungsantrag 184

Sandro Gozi, Gilles Boyer, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. betont, dass dringend eine umfassende und dauerhafte Fiskalkapazität für die EU geschaffen werden muss, die auf den Merkmalen von NextGenerationEU aufbaut; ***betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, gemeinsame europäische Instrumente wie „Eurobonds“ zu schaffen, um gemeinsame strategische Investitionen in europäische öffentliche Güter und Dienstleistungen zu finanzieren; betont, dass eine solche Fiskalkapazität die Union in die Lage versetzen sollte, autonomer und unabhängig von nationalen Haushaltsbeiträgen zu agieren, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit, die Innovation, der soziale und territoriale Zusammenhalt, die ökologische und energetische Nachhaltigkeit sowie die kollektive Sicherheit Europas gestärkt würden;*** besteht darauf, dass bei der Institutionalisierung und Steuerung ***dieser Fiskalkapazität*** die zentrale Rolle des Parlaments sichergestellt werden muss, indem umfassende Mitspracherechte, demokratische Rechenschaftspflicht und Kontrolle sowie die Budgethoheit gewährleistet werden;	22. betont, dass dringend eine umfassende und dauerhafte Fiskalkapazität für die EU geschaffen werden muss, die auf den Merkmalen von NextGenerationEU aufbaut; besteht darauf, dass bei der Institutionalisierung und Steuerung ***einer Fiskalpolitik der Union*** die zentrale Rolle des Parlaments sichergestellt werden muss, indem umfassende Mitspracherechte, demokratische Rechenschaftspflicht und Kontrolle sowie die Budgethoheit gewährleistet werden;

Or. en

Änderungsantrag 185
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

22. ***betont, dass dringend eine umfassende und dauerhafte Fiskalkapazität für die EU geschaffen werden muss, die auf den Merkmalen von NextGenerationEU aufbaut;*** betont ***in diesem Zusammenhang***, wie wichtig es ist, gemeinsame europäische Instrumente wie „Eurobonds“ zu schaffen, um gemeinsame strategische Investitionen in europäische öffentliche Güter und Dienstleistungen zu finanzieren; betont, dass ***eine solche Fiskalkapazität*** die Union ***in die Lage versetzen sollte, autonomer und unabhängig von nationalen Haushaltsbeiträgen zu*** agieren***,*** wodurch die Wettbewerbsfähigkeit, die Innovation, der soziale und territoriale Zusammenhalt, die ökologische und energetische Nachhaltigkeit sowie die kollektive Sicherheit Europas gestärkt würden; ***besteht darauf, dass bei der Institutionalisierung und Steuerung dieser Fiskalkapazität die zentrale Rolle des Parlaments sichergestellt werden muss, indem umfassende Mitspracherechte, demokratische Rechenschaftspflicht und Kontrolle sowie die Budgethoheit gewährleistet werden;***	22. betont, wie wichtig es ist, gemeinsame europäische Instrumente wie „Eurobonds“ zu schaffen, um gemeinsame strategische Investitionen in europäische öffentliche Güter und Dienstleistungen zu finanzieren ***und die Finanzierungsprogramme so anzupassen, dass die sich verändernde Dynamik des Handels und von Innovationen berücksichtigt wird***; betont, dass die Union ***in strategischen Bereichen wirksamer*** agieren ***und die nationalen Anstrengungen durch eine Mischung aus EU-Mitteln und koordinierten Beiträgen ergänzen sollte, während gleichzeitig die finanzpolitische Verantwortung und Subsidiarität gewahrt werden sollten***, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit, die Innovation***, die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit***, der soziale und territoriale Zusammenhalt, die ökologische und energetische Nachhaltigkeit sowie die kollektive Sicherheit Europas gestärkt würden;
	Or. en

Änderungsantrag 186
Tobiasz Bocheński
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. betont, dass ***dringend eine umfassende und dauerhafte Fiskalkapazität für die EU geschaffen werden muss, die auf den Merkmalen von NextGenerationEU aufbaut***; ***betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, gemeinsame europäische Instrumente wie***	22. ***betont, dass jegliche Diskussion über künftige finanzpolitische Instrumente auf einem klaren Mehrwert, der uneingeschränkten Achtung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten und einer soliden Finanzverwaltung beruhen sollte; warnt vor der Schaffung von***

„Eurobonds“ ***zu schaffen, um gemeinsame strategische Investitionen in europäische öffentliche Güter und Dienstleistungen zu finanzieren***; betont, ***dass eine solche Fiskalkapazität die Union in die Lage versetzen sollte, autonomer und unabhängig von nationalen Haushaltsbeiträgen zu agieren, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit, die Innovation, der soziale und territoriale Zusammenhalt, die ökologische und energetische Nachhaltigkeit sowie die kollektive Sicherheit Europas gestärkt würden***; ***besteht darauf***, dass bei ***der Institutionalisierung und Steuerung dieser Fiskalkapazität die zentrale Rolle des Parlaments*** sichergestellt werden ***muss***, ***indem umfassende Mitspracherechte, demokratische Rechenschaftspflicht und Kontrolle sowie die Budgethoheit gewährleistet werden***;

dauerhaften Fiskalkapazitätsmechanismen, die zu gemeinsamen Verbindlichkeiten wie „Eurobonds“ ***führen könnte, und unterstützt stattdessen freiwillige und flexible Instrumente für strategische Investitionen in Bereiche, die für Europa relevant sind;*** betont, ***wie wichtig es ist, die Fähigkeit der EU zu stärken, durch gezielte und verantwortliche Investitionen auf gemeinsame Herausforderungen zu reagieren***; ***hebt hervor***, dass bei ***all diesen Initiativen eine umfassende demokratische Rechenschaftspflicht, Transparenz, eine angemessene parlamentarische Kontrolle*** sichergestellt werden ***müssen, wobei gleichzeitig eine Abkehr von der nationalen Haushaltsverantwortung vermieden wird***;

Or. en

Änderungsantrag 187
François-Xavier Bellamy

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. betont, dass ***dringend*** eine umfassende und dauerhafte Fiskalkapazität ***für die EU geschaffen werden muss, die auf den Merkmalen von*** NextGenerationEU ***aufbaut***; betont in diesem Zusammenhang, ***wie wichtig es ist,*** gemeinsame europäische Instrumente wie „Eurobonds“ ***zu schaffen***, um gemeinsame strategische Investitionen in europäische öffentliche Güter und Dienstleistungen zu finanzieren; betont, dass ***eine solche Fiskalkapazität*** die Union in ***die*** Lage ***versetzen*** sollte, autonomer und ***unabhängig*** von nationalen Haushaltsbeiträgen zu agieren, wodurch	22. betont, dass ***die EU nicht über*** eine umfassende und dauerhafte Fiskalkapazität ***verfügt und dass sie Lehren aus den Erfahrungen mit*** NextGenerationEU ***ziehen sollte***; betont in diesem Zusammenhang ***die Risiken, die*** gemeinsame europäische Instrumente wie „Eurobonds“ ***beinhalten***, ***die geschaffen werden,*** um gemeinsame strategische Investitionen in europäische öffentliche Güter und Dienstleistungen zu finanzieren; betont, dass die Union ***durch die Einnahmen aus dem CBAM – sofern es wirksam umgesetzt wird –*** in ***der*** Lage ***sein*** sollte, autonomer und ***weniger abhängig***

die Wettbewerbsfähigkeit, die Innovation, der soziale und territoriale Zusammenhalt, die ökologische und energetische Nachhaltigkeit sowie die kollektive Sicherheit Europas gestärkt würden; besteht darauf, dass bei der Institutionalisierung und Steuerung ***dieser Fiskalkapazität*** die zentrale Rolle des Parlaments sichergestellt werden muss, indem umfassende Mitspracherechte, demokratische Rechenschaftspflicht und Kontrolle sowie die Budgethoheit gewährleistet werden;	von nationalen Haushaltsbeiträgen zu agieren, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit, die Innovation, der soziale und territoriale Zusammenhalt, die ökologische und energetische Nachhaltigkeit sowie die kollektive Sicherheit Europas gestärkt würden; besteht darauf, dass bei der Institutionalisierung und Steuerung ***des neuen EU-Haushalts*** die zentrale Rolle des Parlaments sichergestellt werden muss, indem umfassende Mitspracherechte, demokratische Rechenschaftspflicht und Kontrolle sowie die Budgethoheit gewährleistet werden;

Or. en

Änderungsantrag 188
Brando Benifei

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. betont, dass dringend eine umfassende und dauerhafte Fiskalkapazität für die EU geschaffen werden muss, die auf den Merkmalen von NextGenerationEU aufbaut; betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, gemeinsame europäische Instrumente wie „Eurobonds“ zu schaffen, um gemeinsame strategische Investitionen in europäische öffentliche Güter und Dienstleistungen zu finanzieren; betont, dass eine solche Fiskalkapazität die Union in die Lage versetzen sollte, autonomer und unabhängig von nationalen Haushaltsbeiträgen zu agieren, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit, die Innovation, der soziale und territoriale Zusammenhalt, die ökologische und energetische Nachhaltigkeit sowie die kollektive Sicherheit Europas gestärkt würden;

besteht darauf, dass bei der Institutionalisierung und Steuerung dieser Fiskalkapazität die zentrale Rolle des Parlaments sichergestellt werden muss, indem umfassende Mitspracherechte, demokratische Rechenschaftspflicht und Kontrolle sowie die Budgethoheit gewährleistet werden;

Or. en

Änderungsantrag 189
Sandro Gozi, Gilles Boyer

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, gemeinsame europäische Instrumente wie „Eurobonds“ zu schaffen, um gemeinsame strategische Investitionen in europäische öffentliche Güter und Dienstleistungen zu finanzieren; betont, dass eine solche Fiskalkapazität die Union in die Lage versetzen sollte, autonomer und unabhängig von nationalen Haushaltsbeiträgen zu agieren, indem echte Eigenmittel eingeführt werden, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit, die Innovation, der soziale und territoriale Zusammenhalt, die ökologische und energetische Nachhaltigkeit sowie die kollektive Sicherheit Europas gestärkt würden; fordert die Kommission auf, über die selbst auferlegte Regel hinauszugehen, wonach der Umfang des langfristigen EU-Haushalts in ihrem Vorschlag für den MFR 2028-2034 1 % des aggregierten nationalen Bruttosozialprodukts nicht überschreiten darf;

Or. en

Änderungsantrag 190
Sandro Gozi, Gilles Boyer, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 22 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22b. betont, dass der EU-Haushalt vereinfacht werden muss, um unnötigen Verwaltungsaufwand zu verringern und den Endbegünstigten den Zugang zu Finanzmitteln zu erleichtern; weist jedoch darauf hin, dass durch die Anstrengungen zur Vereinfachung des EU-Haushalts weder die Grundprinzipien des mehrjährigen Finanzrahmens der Union und seiner Programme beeinträchtigt noch die demokratische Kontrolle über ihre Umsetzung verringert werden dürfen;

Or. en

Änderungsantrag 191
Brando Benifei

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Schaffung einer europäischen Energieunion	Schaffung einer europäischen ***Klima- und*** Energieunion

Or. en

Änderungsantrag 192
François-Xavier Bellamy

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. betont, dass die EU die Dekarbonisierung in den Mittelpunkt ***ihres institutionellen und wirtschaftlichen Rahmens*** stellen muss, um eine integrierte europäische Energieunion zu erreichen; ***fordert daher einen ständigen grünen Staatsfonds der EU, der unmittelbar aus EU-Eigenmitteln finanziert wird, eine reformierte Europäische Investitionsbank (EIB), die zu einer europäischen Klimainvestitionsagentur ausgebaut wird, eine eigene klimapolitische Säule im mehrjährigen Finanzrahmen und eine für den grünen Wandel zuständige Behörde innerhalb der Kommission, deren Aufgabe es wäre, in enger Abstimmung mit der reformierten EIB europaweite Umweltprojekte zu ermitteln und zu steuern***; ***betont, dass die demokratische Legitimität dieser Reformen durch die Beteiligung des Parlaments an der Ausgestaltung, Finanzierung und Beaufsichtigung sichergestellt werden muss;***	23. betont, dass die EU ***– neben der Technologieneutralität –*** die Dekarbonisierung in den Mittelpunkt stellen muss, um eine integrierte europäische Energieunion zu erreichen;

Or. en

Änderungsantrag 193
Gerolf Annemans

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. betont, dass die EU die ***Dekarbonisierung*** in den Mittelpunkt ihres institutionellen und wirtschaftlichen Rahmens stellen muss***, um eine integrierte europäische Energieunion zu erreichen***; ***fordert daher*** einen ständigen grünen Staatsfonds der EU, der unmittelbar aus EU-Eigenmitteln finanziert wird, ***eine reformierte Europäische Investitionsbank (EIB), die zu einer europäischen***	23. betont, dass die EU die ***Energiesicherheit und kostengünstige, verlässliche Energie*** in den Mittelpunkt ihres institutionellen und wirtschaftlichen Rahmens stellen muss; ***lehnt die Einrichtung eines*** ständigen grünen Staatsfonds der EU, der unmittelbar aus EU-Eigenmitteln finanziert wird, ***ab***;

Klimainvestitionsagentur ausgebaut wird, eine eigene klimapolitische Säule im mehrjährigen Finanzrahmen und eine für den grünen Wandel zuständige Behörde innerhalb der Kommission, deren Aufgabe es wäre, in enger Abstimmung mit der reformierten EIB europaweite Umweltprojekte zu ermitteln und zu steuern*; *betont, dass die demokratische Legitimität dieser Reformen durch die Beteiligung des Parlaments an der Ausgestaltung, Finanzierung und Beaufsichtigung sichergestellt werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 194
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. betont, dass die EU die Dekarbonisierung in den Mittelpunkt ihres institutionellen und wirtschaftlichen Rahmens stellen muss, um eine integrierte europäische Energieunion zu erreichen; ***fordert daher einen ständigen grünen Staatsfonds der EU, der unmittelbar aus EU-Eigenmitteln finanziert wird, eine reformierte Europäische Investitionsbank (EIB), die zu einer europäischen Klimainvestitionsagentur ausgebaut wird, eine eigene klimapolitische Säule im mehrjährigen Finanzrahmen und eine für den grünen Wandel zuständige Behörde innerhalb der Kommission, deren Aufgabe es wäre, in enger Abstimmung mit der reformierten EIB europaweite Umweltprojekte zu ermitteln und zu steuern;*** betont, dass die demokratische Legitimität dieser Reformen durch die Beteiligung des Parlaments an der Ausgestaltung, Finanzierung und	23. betont, dass die EU die Dekarbonisierung in den Mittelpunkt ihres institutionellen und wirtschaftlichen Rahmens stellen muss, um eine integrierte europäische Energieunion zu erreichen; betont, dass die demokratische Legitimität dieser Reformen durch die Beteiligung des Parlaments an der Ausgestaltung, Finanzierung und Beaufsichtigung sichergestellt werden muss;

Beaufsichtigung sichergestellt werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 195
Brando Benifei

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. betont, dass die EU die Dekarbonisierung in den Mittelpunkt ihres institutionellen und wirtschaftlichen Rahmens stellen muss, um eine integrierte europäische Energieunion zu erreichen; fordert daher einen ständigen grünen Staatsfonds der EU, der unmittelbar aus EU-Eigenmitteln finanziert wird, eine reformierte Europäische Investitionsbank (EIB), die zu einer europäischen Klimainvestitionsagentur ausgebaut wird, eine eigene klimapolitische Säule im mehrjährigen Finanzrahmen und eine für den grünen Wandel zuständige Behörde innerhalb der Kommission, deren Aufgabe es wäre, in enger Abstimmung mit der reformierten EIB europaweite Umweltprojekte zu ermitteln und zu steuern; betont, dass die demokratische Legitimität dieser Reformen durch die Beteiligung des Parlaments an der Ausgestaltung, Finanzierung und Beaufsichtigung sichergestellt werden muss;	23. betont, dass die EU die Dekarbonisierung in den Mittelpunkt ihres institutionellen und wirtschaftlichen Rahmens stellen muss, um eine integrierte europäische ***Klima- und*** Energieunion ***gemäß Artikel 194 AEUV*** zu erreichen; fordert daher einen ständigen grünen Staatsfonds der EU, der unmittelbar aus EU-Eigenmitteln finanziert wird, eine reformierte Europäische Investitionsbank (EIB), die zu einer europäischen Klimainvestitionsagentur ausgebaut wird, eine eigene klimapolitische Säule im mehrjährigen Finanzrahmen und eine für den grünen Wandel zuständige Behörde innerhalb der Kommission, deren Aufgabe es wäre, in enger Abstimmung mit der reformierten EIB europaweite Umweltprojekte zu ermitteln und zu steuern; ***fordert, dass die internationalen Verpflichtungen der EU in die Verträge aufgenommen werden, insbesondere diejenigen im Zusammenhang mit der Verpflichtung der Union, den globalen Temperaturanstieg zu begrenzen, um ihre Klimaambitionen zu stärken und eine stärkere Grundlage für die globale Zusammenarbeit zu schaffen;*** betont, dass die demokratische Legitimität dieser Reformen durch die Beteiligung des Parlaments an der Ausgestaltung, Finanzierung und Beaufsichtigung sichergestellt werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 196
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. betont, dass die EU die ***Dekarbonisierung*** in den Mittelpunkt ihres institutionellen und wirtschaftlichen Rahmens stellen muss, um eine integrierte europäische Energieunion zu erreichen; ***fordert daher einen ständigen grünen Staatsfonds der EU, der unmittelbar aus EU-Eigenmitteln finanziert wird, eine reformierte Europäische Investitionsbank (EIB), die zu einer europäischen Klimainvestitionsagentur ausgebaut wird, eine eigene klimapolitische Säule im mehrjährigen Finanzrahmen und eine für den grünen Wandel zuständige Behörde innerhalb der Kommission, deren Aufgabe es wäre, in enger Abstimmung mit der reformierten EIB europaweite Umweltprojekte zu ermitteln und zu steuern;*** betont, dass ***die demokratische Legitimität dieser Reformen durch die Beteiligung des Parlaments an der Ausgestaltung, Finanzierung und Beaufsichtigung sichergestellt werden muss***;	23. betont, dass die EU die ***Klimaneutralität*** in den Mittelpunkt ihres institutionellen und wirtschaftlichen Rahmens stellen muss, um eine integrierte europäische Energieunion zu erreichen; betont, dass ***koordinierte Investitionen in Infrastrukturen für saubere Energie, eine erweitere Regulierungsaufsicht und eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit erforderlich sind, um den Zugang zu sicherer, erschwinglicher und nachhaltiger Energie für alle Mitgliedstaaten sicherzustellen; hebt daher die Bedeutung hervor, die einer EU-Finanzierung, insbesondere durch den Fonds für Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen des nächsten MFR zukommt***;

Or. en

Änderungsantrag 197
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

23. betont, dass die ***EU die Dekarbonisierung in den Mittelpunkt ihres institutionellen und wirtschaftlichen Rahmens stellen muss, um eine integrierte europäische Energieunion zu erreichen; fordert daher einen*** ständigen grünen Staatsfonds der EU, der unmittelbar aus EU-Eigenmitteln finanziert wird, ***eine reformierte Europäische*** Investitionsbank (EIB)***, die zu einer europäischen Klimainvestitionsagentur ausgebaut wird, eine eigene klimapolitische Säule im mehrjährigen Finanzrahmen und eine für den*** grünen Wandel ***zuständige Behörde*** innerhalb der Kommission***, deren Aufgabe es wäre, in enger Abstimmung mit der reformierten EIB europaweite Umweltprojekte zu ermitteln und zu steuern***; ***betont, dass die demokratische Legitimität dieser Reformen durch die Beteiligung des Parlaments an der Ausgestaltung, Finanzierung und Beaufsichtigung sichergestellt werden muss;***	23. betont, dass die ***Einrichtung eines*** ständigen grünen Staatsfonds der EU, der aus EU-Eigenmitteln finanziert wird, ***keine gute Idee ist, da dadurch der EU ein eigenständiges Haushaltsinstrument geschaffen würde, das dem Grundsatz der Steuerhoheit der Mitgliedstaaten zuwiderläuft; lehnt auch die Reform der Europäischen*** Investitionsbank (EIB) ***zur Umwandlung in eine Klimabehörde sowie die Schaffung einer supranationalen Behörde für den*** grünen Wandel innerhalb der Kommission ***ab***; ***bekräftigt, dass Beschlüsse zur Energie- und Industriepolitik sowie zum Haushalt unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips und der Vielfalt der nationalen Energieträgermixe in der alleinigen Zuständigkeit der Mitgliedstaaten verbleiben müssen;***
	Or. fr

Änderungsantrag 198
Tobiasz Bocheński
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. ***betont***, ***dass die EU die Dekarbonisierung in den Mittelpunkt ihres institutionellen und wirtschaftlichen Rahmens stellen muss, um eine integrierte europäische*** Energieunion ***zu erreichen***; ***fordert daher einen ständigen grünen Staatsfonds der EU, der unmittelbar aus EU-Eigenmitteln finanziert wird, eine reformierte*** Europäische Investitionsbank (EIB), ***die zu einer europäischen***	23. ***nimmt den Stellenwert zur Kenntnis***, ***der einem organischer Wandel hin zu einer stärker integrierten und sicheren europäischen*** Energieunion ***zukommt***; ***betont, dass die diesbezüglichen Anstrengungen auf realistischen, kosteneffizienten Lösungen beruhen sollten, bei denen die nationalen Energieentscheidungen und -prioritäten berücksichtigt werden; ist zurückhaltend in Bezug auf die Schaffung von***

Klimainvestitionsagentur ausgebaut wird, eine eigene klimapolitische Säule im mehrjährigen Finanzrahmen und eine für den grünen Wandel zuständige Behörde innerhalb der Kommission, deren Aufgabe es wäre, in enger Abstimmung mit der reformierten EIB europaweite Umweltprojekte zu ermitteln und zu steuern; betont, dass ***die*** demokratische ***Legitimität dieser*** Reformen ***durch die Beteiligung des Parlaments an der Ausgestaltung, Finanzierung und Beaufsichtigung*** sichergestellt werden ***muss***;

dauerhaften Finanzstrukturen auf EU-Ebene, und unterstützt stattdessen eine bessere Nutzung bereits bestehender Instrumente wie die Europäische Investitionsbank (EIB) ***zur Förderung strategischer Energieprojekte***; betont, dass ***eine*** demokratische ***Rechenschaftspflicht und starke parlamentarische Überwachung bei allen künftigen*** Reformen ***oder Investitionen*** sichergestellt werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 199
Sandro Gozi, Gilles Boyer

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. betont, dass die EU die Dekarbonisierung in den Mittelpunkt ihres institutionellen und wirtschaftlichen Rahmens stellen muss, um eine integrierte europäische Energieunion zu erreichen; fordert daher einen ständigen grünen Staatsfonds der EU, der unmittelbar aus EU-Eigenmitteln finanziert wird, eine reformierte Europäische Investitionsbank (EIB), die zu einer europäischen Klimainvestitionsagentur ausgebaut wird, eine eigene klimapolitische Säule im mehrjährigen Finanzrahmen und eine für den grünen Wandel zuständige Behörde innerhalb der Kommission, deren Aufgabe es wäre, in enger Abstimmung mit der reformierten EIB europaweite Umweltprojekte zu ermitteln und zu steuern; betont, dass die demokratische Legitimität dieser Reformen durch die Beteiligung des Parlaments an der Ausgestaltung, Finanzierung und	23. betont, dass die EU die Dekarbonisierung in den Mittelpunkt ihres institutionellen und wirtschaftlichen Rahmens stellen muss, um eine integrierte europäische Energieunion zu erreichen; fordert daher einen ständigen grünen Staatsfonds der EU, der unmittelbar aus EU-Eigenmitteln finanziert wird***, echte EU-Zuständigkeiten in diesem Bereich, zusammen mit einer Abschaffung des Einstimmigkeitsverfahrens***, eine reformierte Europäische Investitionsbank (EIB), die zu einer europäischen Klimainvestitionsagentur ausgebaut wird, eine eigene klimapolitische Säule im mehrjährigen Finanzrahmen und eine für den grünen Wandel zuständige Behörde innerhalb der Kommission, deren Aufgabe es wäre, in enger Abstimmung mit der reformierten EIB europaweite Umweltprojekte zu ermitteln und zu steuern; betont, dass die demokratische

Beaufsichtigung sichergestellt werden muss;	Legitimität dieser Reformen durch die Beteiligung des Parlaments an der Ausgestaltung, Finanzierung und Beaufsichtigung sichergestellt werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 200
Gerolf Annemans

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, ***zur Verwirklichung des Ziels einer europäischen Verteidigungsunion die Fragmentierung der europäischen*** Verteidigungsindustrie zu ***überwinden*** und die ***Kohärenz zwischen bestehenden und künftigen Instrumenten, auch auf Governance-Ebene, zu verbessern, um eine effektive demokratische Kontrolle der neuen Verteidigungsunion, eine verbesserte*** Standardisierung und Interoperabilität der Ausrüstung sowie den Austausch von nachrichtendienstlichen Informationen sicherzustellen, wie im Draghi-Bericht und im Niinistö-Bericht hervorgehoben wird; betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, die ***Fähigkeiten und Ressourcen zu stärken, die Marktfragmentierung zu überwinden und*** Verteidigungsinvestitionen in ein umfassenderes Sicherheitskonzept einzubetten, das auch die Stärkung kritischer Infrastrukturen, die Schaffung und Erhaltung hochwertiger Arbeitsplätze und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Sozialsysteme umfasst;	24. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, ***die europäische*** Verteidigungsindustrie zu ***fördern*** und die Standardisierung und Interoperabilität der Ausrüstung sowie den Austausch von nachrichtendienstlichen Informationen ***zu verstärken***, wie im Draghi-Bericht und im Niinistö-Bericht hervorgehoben wird; betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, die Verteidigungsinvestitionen in ein umfassenderes Sicherheitskonzept einzubetten, das auch die Stärkung kritischer Infrastrukturen, die Schaffung und Erhaltung hochwertiger Arbeitsplätze und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Sozialsysteme umfasst;

Or. en

Änderungsantrag 201
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, zur Verwirklichung des Ziels einer europäischen Verteidigungsunion die Fragmentierung der europäischen Verteidigungsindustrie ***zu überwinden*** und die Kohärenz zwischen bestehenden und künftigen Instrumenten, auch auf Governance-Ebene, zu verbessern, um eine effektive demokratische Kontrolle der neuen Verteidigungsunion, eine verbesserte Standardisierung und Interoperabilität der Ausrüstung sowie den Austausch von nachrichtendienstlichen Informationen sicherzustellen, wie im Draghi-Bericht und im Niinistö-Bericht hervorgehoben wird; betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, die Fähigkeiten und Ressourcen zu stärken, die Marktfragmentierung zu überwinden und Verteidigungsinvestitionen in ein umfassenderes Sicherheitskonzept einzubetten, das auch die Stärkung kritischer Infrastrukturen, die Schaffung und Erhaltung hochwertiger Arbeitsplätze ***und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Sozialsysteme*** umfasst;	24. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, zur Verwirklichung des Ziels einer europäischen Verteidigungsunion ***einen echten Binnenmarkt für Verteidigungsindustrie zu errichten***; ***hebt hervor, dass*** die Fragmentierung der europäischen Verteidigungsindustrie ***überwunden werden muss, um Investitionen in die europäische Verteidigungsindustrie zu fördern*** und die Kohärenz zwischen bestehenden und künftigen Instrumenten, auch auf Governance-Ebene, zu verbessern, um eine effektive demokratische Kontrolle der neuen Verteidigungsunion, eine verbesserte Standardisierung und Interoperabilität der Ausrüstung sowie den Austausch von nachrichtendienstlichen Informationen sicherzustellen, wie im Draghi-Bericht und im Niinistö-Bericht hervorgehoben wird; betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, die Fähigkeiten und Ressourcen zu stärken, die Marktfragmentierung zu überwinden und Verteidigungsinvestitionen in ein umfassenderes Sicherheitskonzept einzubetten, das auch ***gemeinsame europäische Initiativen, insbesondere europäische Verteidigungsvorhaben von gemeinsamem Interesse,*** die Stärkung kritischer Infrastrukturen, die Entwicklung und die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten ***sowie*** die Schaffung und Erhaltung hochwertiger Arbeitsplätze umfasst;

Or. en

Änderungsantrag 202
Salvatore De Meo

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, ***zur Verwirklichung des Ziels einer europäischen Verteidigungsunion*** die Fragmentierung der europäischen Verteidigungsindustrie zu überwinden und die Kohärenz zwischen bestehenden und künftigen Instrumenten, auch auf Governance-Ebene, zu verbessern, um eine effektive demokratische Kontrolle der neuen Verteidigungsunion***, eine verbesserte Standardisierung und Interoperabilität der Ausrüstung sowie den Austausch von nachrichtendienstlichen Informationen*** sicherzustellen, wie im Draghi-Bericht und im Niinistö-Bericht hervorgehoben wird; betont ***in diesem Zusammenhang***, wie wichtig es ist, ***die Fähigkeiten und Ressourcen zu stärken, die Marktfragmentierung zu überwinden und*** Verteidigungsinvestitionen in ein umfassenderes Sicherheitskonzept einzubetten, das auch die Stärkung kritischer Infrastrukturen, die Schaffung und Erhaltung hochwertiger Arbeitsplätze und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Sozialsysteme umfasst;	24. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Fragmentierung der europäischen Verteidigungsindustrie zu überwinden und die Kohärenz zwischen bestehenden und künftigen Instrumenten, auch auf Governance-Ebene, zu verbessern, um eine effektive demokratische Kontrolle der neuen Verteidigungsunion sicherzustellen, wie im Draghi-Bericht und im Niinistö-Bericht hervorgehoben wird; ***schlägt eine Stärkung der strategischen Autonomie der EU im Verteidigungssektor vor, durch die die Abhängigkeit von externen Akteuren verringert und ein gesicherter Zugang zu für die Verteidigung notwendigen Materialien, einschließlich technologischen und innovativen, sichergestellt wird, um die Fähigkeit der EU, auf Bedrohungen und globale Herausforderungen unabhängig und rasch zu reagieren, sicherzustellen;*** betont, wie wichtig es ist, Verteidigungsinvestitionen in ein umfassenderes Sicherheitskonzept einzubetten, das auch die Stärkung kritischer Infrastrukturen, die Schaffung und Erhaltung hochwertiger Arbeitsplätze und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Sozialsysteme umfasst;

Or. it

Änderungsantrag 203
François-Xavier Bellamy

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, zur Verwirklichung des Ziels ***einer europäischen Verteidigungsunion die Fragmentierung*** der europäischen Verteidigungsindustrie zu überwinden und die Kohärenz zwischen bestehenden und künftigen Instrumenten, auch auf Governance-Ebene, zu verbessern, um eine effektive demokratische Kontrolle der neuen Verteidigungsunion, eine verbesserte Standardisierung und Interoperabilität der Ausrüstung sowie den Austausch von nachrichtendienstlichen Informationen sicherzustellen, wie im Draghi-Bericht und im Niinistö-Bericht hervorgehoben wird; betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, die Fähigkeiten und Ressourcen zu stärken, die Marktfragmentierung zu überwinden und Verteidigungsinvestitionen in ein umfassenderes Sicherheitskonzept einzubetten, das auch die Stärkung kritischer Infrastrukturen, die Schaffung und Erhaltung hochwertiger Arbeitsplätze und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Sozialsysteme umfasst;	24. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, zur Verwirklichung des Ziels der ***Stärkung*** der europäischen Verteidigungsindustrie zu überwinden und die Kohärenz zwischen bestehenden und künftigen Instrumenten, auch auf Governance-Ebene, zu verbessern, um eine effektive demokratische Kontrolle der neuen Verteidigungsunion, eine verbesserte Standardisierung und Interoperabilität der Ausrüstung sowie den Austausch von nachrichtendienstlichen Informationen sicherzustellen, wie im Draghi-Bericht und im Niinistö-Bericht hervorgehoben wird; betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, die Fähigkeiten und Ressourcen zu stärken, die Marktfragmentierung zu überwinden und Verteidigungsinvestitionen in ein umfassenderes Sicherheitskonzept einzubetten, das auch die Stärkung kritischer Infrastrukturen, die Schaffung und Erhaltung hochwertiger Arbeitsplätze und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Sozialsysteme umfasst;

Or. en

Änderungsantrag 204
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, zur Verwirklichung des Ziels einer europäischen Verteidigungsunion die Fragmentierung der europäischen Verteidigungsindustrie zu überwinden und die Kohärenz zwischen bestehenden und künftigen Instrumenten,	24. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, zur Verwirklichung des Ziels einer europäischen Verteidigungsunion die Fragmentierung der europäischen Verteidigungsindustrie zu überwinden und die Kohärenz zwischen bestehenden und künftigen Instrumenten,

auch auf Governance-Ebene, zu verbessern, um eine effektive demokratische Kontrolle der neuen Verteidigungsunion, eine verbesserte Standardisierung und Interoperabilität der Ausrüstung sowie den Austausch von nachrichtendienstlichen Informationen sicherzustellen, wie im Draghi-Bericht und im Niinistö-Bericht hervorgehoben wird; betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, die Fähigkeiten und Ressourcen zu stärken, die Marktfragmentierung zu überwinden und Verteidigungsinvestitionen in ein umfassenderes Sicherheitskonzept einzubetten, das auch die Stärkung kritischer Infrastrukturen, die Schaffung und Erhaltung hochwertiger Arbeitsplätze ***und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Sozialsysteme*** umfasst;	auch auf Governance-Ebene, zu verbessern, um eine effektive demokratische Kontrolle der neuen Verteidigungsunion, eine verbesserte Standardisierung und Interoperabilität der Ausrüstung sowie den Austausch von nachrichtendienstlichen Informationen sicherzustellen, wie im Draghi-Bericht und im Niinistö-Bericht hervorgehoben wird; betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, die Fähigkeiten und Ressourcen zu stärken, die Marktfragmentierung zu überwinden und Verteidigungsinvestitionen in ein umfassenderes Sicherheitskonzept einzubetten, das auch die Stärkung kritischer Infrastrukturen ***sowie*** die Schaffung und Erhaltung hochwertiger Arbeitsplätze umfasst;
	Or. en

Änderungsantrag 205
Jean-Paul Garraud, Alexandre Varaut

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. ***fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, zur Verwirklichung des Ziels einer*** europäischen Verteidigungsunion ***die Fragmentierung der europäischen Verteidigungsindustrie zu überwinden und die Kohärenz zwischen bestehenden und künftigen Instrumenten, auch auf Governance-Ebene, zu verbessern, um eine effektive demokratische Kontrolle der neuen Verteidigungsunion, eine verbesserte Standardisierung und Interoperabilität der Ausrüstung sowie den Austausch von nachrichtendienstlichen Informationen sicherzustellen, wie im Draghi-Bericht***	24. ***betont, dass die Schaffung einer sogenannten „***europäischen Verteidigungsunion***“ nicht auf Kosten der nationalen Souveränität in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen gehen darf, die in die ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen***; betont***, dass jede Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung auf freiwilliger, zwischenstaatlicher Basis und unter Achtung der strategischen, industriellen und operativen Besonderheiten jedes Landes erfolgen muss; lehnt jede Initiative ab, mit der die Nachrichtendienste zentralisiert, die***

und im Niinistö-Bericht hervorgehoben wird; betont ***in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, die Fähigkeiten und Ressourcen zu stärken, die Marktfragmentierung zu überwinden und Verteidigungsinvestitionen in ein umfassenderes Sicherheitskonzept einzubetten, das auch*** die Stärkung kritischer Infrastrukturen***, die Schaffung und Erhaltung hochwertiger Arbeitsplätze und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Sozialsysteme umfasst***;

Ausrüstung einheitlich standardisiert oder eine gemeinsame Führung geschaffen werden soll, wodurch die demokratische Kontrolle auf nationaler Ebene und die Hoheitsgewalt der Streitkräfte geschwächt würden; unterstreicht hingegen, dass die Entwicklung der nationalen industriellen Kapazitäten im Verteidigungsbereich gefördert werden muss, vor allem durch staatliche Anschaffungen, die Vorrangstellung europäischer Produkte und die Stärkung kritischer Infrastrukturen ***in jedem Mitgliedstaat***;

Or. fr

Änderungsantrag 206
Daniel Freund
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 24 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24a. teilt die in Mario Draghis Bericht über die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit zum Ausdruck gebrachte Auffassung, dass die EU dringend die Wettbewerbsfähigkeit in diesem Bereich auf verschiedene Weise stärken muss, z. B. durch Verschmelzungen (nach dem Vorbild bewährter Verfahren wie bei Airbus) und durch mehr Wettbewerb zwischen traditionell national ausgerichteten Verteidigungsunternehmen, und dass sie Anreize für die EU-Verteidigungsindustrie beschließen muss, damit ausreichend öffentliche und private Investitionen in Sicherheit und Verteidigung getätigt werden; betont, dass Fähigkeiten und Ressourcen ausgebaut werden müssen und der Fragmentierung des Verteidigungsmarkts entgegengewirkt werden muss, indem ein Verteidigungsbinnenmarkt mit

verbindlichen gemeinsamen Regeln geschaffen wird, mit denen ein lauterer Wettbewerb und die vollständige Interoperabilität von Verteidigungsgütern sichergestellt werden;

Or. en

Änderungsantrag 207
Sandro Gozi

Entschließungsantrag
Ziffer 24 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24a. betont, dass die aktuellen geopolitischen Herausforderungen rasche politische Reaktionen und die dringende Schaffung einer Verteidigungsunion erfordern; fordert den Europäischen Rat auf, sich auf die Aktivierung von Artikel 42 Absatz 2 EUV für die Festlegung einer Gemeinsamen Verteidigungspolitik der Union zu einigen; betont, dass die neue Verteidigungsunion die NATO ergänzen, jedoch nicht ersetzen soll; fordert die Mitgliedstaaten, die dazu bereit sind, auf, ein institutionelles Europäisches Verteidigungssystem im Rahmen einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit gemäß Art. 46 EUV einzurichten, sollte der Mangel an Einstimmigkeit die vollständige Anwendung von Art. 42 Abs. 2 EUV verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 208
Sandro Gozi, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Vertiefung eines europäischen KI-Modells und Vollendung des digitalen Binnenmarkts	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 209
Tobiasz Bocheński
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Vertiefung eines europäischen ***KI-Modells*** und Vollendung des digitalen Binnenmarkts	***Beschleunigte Entwicklung einer*** europäischen ***KI-Industrie*** und Vollendung des digitalen Binnenmarkts

Or. en

Änderungsantrag 210
Sandro Gozi, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. begrüßt den Aktionsplan „KI-Kontinent“, der die Entwicklung eines KI-Modells der EU auf der Grundlage der Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Akteuren vorsieht; fordert eine erhebliche Steigerung der Investitionen in das Trainieren und die algorithmische Entwicklung von KI-Modellen in Hochleistungsrechenzentren, insbesondere durch die Finanzierung des Ausbaus des Gemeinsamen Unternehmen für europäisches Hochleistungsrechnen (EuroHPC) und die Schaffung	***entfällt***

zusätzlicher Kapazitäten zur Unterstützung des KI-Trainings in der gesamten EU; betont, dass diese Ausweitung von entscheidender Bedeutung ist, um das Trainieren von KI-Modellen in ganz Europa zu unterstützen, eine breitere KI-Infrastruktur zu ermöglichen und Innovation und technologische Souveränität zu fördern; fordert die Kommission auf, die Rolle des bestehenden Europäischen Amts für künstliche Intelligenz zu stärken, indem es in eine zentrale Behörde mit einem supranationalen Mandat für die Koordinierung, Überwachung und Umsetzung der KI-Politik der EU umgewandelt wird, die mit angemessenen Ressourcen und autonomen und verbindlichen Befugnissen in strategischen Bereichen ausgestattet ist und der Aufsicht des Parlaments untersteht; betont, dass die Stärkung der KI-Governance im Einklang mit dem regelbasierten Ansatz der EU auf Transparenz, dem Schutz der Grundrechte und der Wahrung des öffentlichen Interesses beruhen muss;

Or. en

Änderungsantrag 211
Tobiasz Bocheński
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. ***begrüßt den Aktionsplan „KI-Kontinent“, der die Entwicklung eines KI-Modells der EU auf der Grundlage der Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Akteuren vorsieht***; fordert eine ***erhebliche Steigerung der Investitionen in das Trainieren und die algorithmische Entwicklung von KI-Modellen in***	25. ***hebt hervor, dass die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und die Verordnung über künstliche Intelligenz zwar lobenswert sind, die Entwicklungen in den Bereichen der KI durch Akteure der EU jedoch durch ihre Komplexität und das Risiko von Überschneidungen und Inkonsistenzen untergraben werden***

Hochleistungsrechenzentren**, **insbesondere durch die Finanzierung des Ausbaus des Gemeinsamen Unternehmen für europäisches Hochleistungsrechnen (EuroHPC) und die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten zur Unterstützung des KI-Trainings in der gesamten EU*; ***betont, dass diese Ausweitung von entscheidender Bedeutung ist, um das Trainieren von KI-Modellen in ganz Europa zu unterstützen, eine breitere KI-Infrastruktur zu ermöglichen und Innovation und technologische Souveränität zu fördern; fordert die Kommission auf**, **die Rolle des bestehenden Europäischen Amts für künstliche Intelligenz zu stärken, indem es in eine zentrale Behörde mit einem supranationalen Mandat für die Koordinierung, Überwachung und Umsetzung der KI-Politik der EU umgewandelt wird, die mit angemessenen Ressourcen und autonomen und verbindlichen Befugnissen in strategischen Bereichen ausgestattet ist und der Aufsicht des Parlaments untersteht*; ***betont, dass die Stärkung der KI-Governance im Einklang mit dem regelbasierten Ansatz der EU auf Transparenz, dem Schutz der Grundrechte und der Wahrung des öffentlichen Interesses beruhen muss;

können**; **betont, dass durch diese Verordnungen das Risiko besteht, dass europäische Unternehmen aufgrund des unsicheren Regelungsrahmens sowie der höheren Hürden von Forschern und Innovateuren der EU, eigene KI zu entwickeln, zu einem frühen Zeitpunkt von KI-Innovationen ausgeschlossen werden*; fordert ***die Deregulierung und Vereinfachung des geltenden Regelungsrahmens sowie die Durchsetzung einer harmonisierten Umsetzung der DSGVO in den Mitgliedstaaten**, **wobei Überschneidungen mit der Verordnung über künstliche Intelligenz gleichzeitig beseitigt werden;

Or. en

Änderungsantrag 212
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. begrüßt den Aktionsplan „KI-Kontinent“, der die Entwicklung eines KI-Modells der EU auf der Grundlage der Zusammenarbeit von öffentlichen und	25. begrüßt den Aktionsplan „KI-Kontinent“, der die Entwicklung eines KI-Modells der EU auf der Grundlage der Zusammenarbeit von öffentlichen und

privaten Akteuren vorsieht; fordert eine erhebliche Steigerung der Investitionen in das Trainieren und die algorithmische Entwicklung von KI-Modellen in Hochleistungsrechenzentren, insbesondere durch die Finanzierung des Ausbaus des Gemeinsamen Unternehmen für europäisches Hochleistungsrechnen (EuroHPC) und die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten zur Unterstützung des KI-Trainings in der gesamten EU; betont, dass diese Ausweitung von entscheidender Bedeutung ist, um das Trainieren von KI-Modellen in ganz Europa zu unterstützen, eine breitere KI-Infrastruktur zu ermöglichen und Innovation und technologische Souveränität zu fördern; fordert die Kommission auf, die Rolle des bestehenden Europäischen Amts für künstliche Intelligenz zu stärken***, indem es in eine zentrale Behörde mit einem supranationalen Mandat für die Koordinierung, Überwachung und Umsetzung der KI-Politik der EU umgewandelt wird, die mit angemessenen Ressourcen und autonomen und verbindlichen Befugnissen in strategischen Bereichen ausgestattet ist und der Aufsicht des Parlaments untersteht***; ***betont, dass die Stärkung der KI-Governance im Einklang mit dem regelbasierten Ansatz der EU auf Transparenz, dem Schutz der Grundrechte und der Wahrung des öffentlichen Interesses beruhen muss;***

privaten Akteuren vorsieht; fordert eine erhebliche Steigerung der Investitionen in das Trainieren und die algorithmische Entwicklung von KI-Modellen in Hochleistungsrechenzentren, insbesondere durch die Finanzierung des Ausbaus des Gemeinsamen Unternehmen für europäisches Hochleistungsrechnen (EuroHPC) und die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten zur Unterstützung des KI-Trainings in der gesamten EU; betont, dass diese Ausweitung von entscheidender Bedeutung ist, um das Trainieren von KI-Modellen in ganz Europa zu unterstützen, eine breitere KI-Infrastruktur zu ermöglichen und Innovation und technologische Souveränität zu fördern; fordert die Kommission auf, die Rolle des bestehenden Europäischen Amts für künstliche Intelligenz zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 213
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. begrüßt den Aktionsplan „KI-	25. begrüßt den Aktionsplan „KI-

Kontinent“, der die Entwicklung eines KI-Modells der EU auf der Grundlage der Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Akteuren vorsieht; fordert eine erhebliche Steigerung der Investitionen in das Trainieren und die algorithmische Entwicklung von KI-Modellen in Hochleistungsrechenzentren, insbesondere durch die Finanzierung des Ausbaus des Gemeinsamen Unternehmen für europäisches Hochleistungsrechnen (EuroHPC) und die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten zur Unterstützung des KI-Trainings in der gesamten EU; betont, dass diese Ausweitung von entscheidender Bedeutung ist, um das Trainieren von KI-Modellen in ganz Europa zu unterstützen, eine breitere KI-Infrastruktur zu ermöglichen und Innovation und technologische Souveränität zu fördern; ***fordert die Kommission auf, die Rolle des bestehenden Europäischen Amts für künstliche Intelligenz zu stärken, indem es in eine zentrale Behörde mit einem supranationalen Mandat für die Koordinierung, Überwachung und Umsetzung der KI-Politik der EU umgewandelt wird, die mit angemessenen Ressourcen und autonomen und verbindlichen Befugnissen in strategischen Bereichen ausgestattet ist und der Aufsicht des Parlaments untersteht;*** betont, dass die Stärkung der KI-Governance im Einklang mit dem regelbasierten Ansatz der EU auf Transparenz, dem Schutz der Grundrechte und der Wahrung des öffentlichen Interesses beruhen muss;

Kontinent“, der die Entwicklung eines KI-Modells der EU auf der Grundlage der Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Akteuren vorsieht; fordert eine erhebliche Steigerung der Investitionen in das Trainieren und die algorithmische Entwicklung von KI-Modellen in Hochleistungsrechenzentren, insbesondere durch die Finanzierung des Ausbaus des Gemeinsamen Unternehmen für europäisches Hochleistungsrechnen (EuroHPC) und die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten zur Unterstützung des KI-Trainings in der gesamten EU; betont, dass diese Ausweitung von entscheidender Bedeutung ist, um das Trainieren von KI-Modellen in ganz Europa zu unterstützen, eine breitere KI-Infrastruktur zu ermöglichen und Innovation und technologische Souveränität zu fördern; betont, dass die Stärkung der KI-Governance im Einklang mit dem regelbasierten Ansatz der EU auf Transparenz, dem Schutz der Grundrechte und der Wahrung des öffentlichen Interesses beruhen muss;

Or. en

Änderungsantrag 214
Gerolf Annemans

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. begrüßt den Aktionsplan „KI-Kontinent“, der die Entwicklung eines KI-Modells der EU auf der Grundlage der Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Akteuren vorsieht; fordert eine erhebliche Steigerung der Investitionen in das Trainieren und die algorithmische Entwicklung von KI-Modellen in Hochleistungsrechenzentren, insbesondere durch die Finanzierung des Ausbaus des Gemeinsamen Unternehmen für europäisches Hochleistungsrechnen (EuroHPC) und die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten zur Unterstützung des KI-Trainings in der gesamten EU; betont, dass diese Ausweitung von entscheidender Bedeutung ist, um das Trainieren von KI-Modellen in ganz Europa zu unterstützen, eine breitere KI-Infrastruktur zu ermöglichen und Innovation und technologische Souveränität zu fördern; ***fordert die Kommission auf, die Rolle des bestehenden Europäischen Amts für künstliche Intelligenz zu stärken, indem es in eine zentrale Behörde mit einem supranationalen Mandat für die Koordinierung, Überwachung und Umsetzung der KI-Politik der EU umgewandelt wird, die mit angemessenen Ressourcen und autonomen und verbindlichen Befugnissen in strategischen Bereichen ausgestattet ist und der Aufsicht des Parlaments untersteht;*** betont, dass die Stärkung der KI-Governance im Einklang mit dem regelbasierten Ansatz der EU auf Transparenz, dem Schutz der Grundrechte und der Wahrung des öffentlichen Interesses beruhen muss;	25. begrüßt den Aktionsplan „KI-Kontinent“, der die Entwicklung eines KI-Modells der EU auf der Grundlage der Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Akteuren vorsieht; fordert eine erhebliche Steigerung der Investitionen in das Trainieren und die algorithmische Entwicklung von KI-Modellen in Hochleistungsrechenzentren, insbesondere durch die Finanzierung des Ausbaus des Gemeinsamen Unternehmen für europäisches Hochleistungsrechnen (EuroHPC) und die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten zur Unterstützung des KI-Trainings in der gesamten EU; betont, dass diese Ausweitung von entscheidender Bedeutung ist, um das Trainieren von KI-Modellen in ganz Europa zu unterstützen, eine breitere KI-Infrastruktur zu ermöglichen und Innovation und technologische Souveränität zu fördern; betont, dass die Stärkung der KI-Governance im Einklang mit dem regelbasierten Ansatz der EU auf Transparenz, dem Schutz der Grundrechte und der Wahrung des öffentlichen Interesses beruhen muss;
	Or. en

Änderungsantrag 215
François-Xavier Bellamy

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. begrüßt den Aktionsplan „KI-Kontinent“, der die Entwicklung eines KI-Modells der EU auf der Grundlage der Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Akteuren vorsieht; fordert eine erhebliche Steigerung der Investitionen in das Trainieren und die algorithmische Entwicklung von KI-Modellen in Hochleistungsrechenzentren, insbesondere durch die Finanzierung des Ausbaus des Gemeinsamen Unternehmen für europäisches Hochleistungsrechnen (EuroHPC) und die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten zur Unterstützung des KI-Trainings in der gesamten EU; betont, dass diese Ausweitung von entscheidender Bedeutung ist, um das Trainieren von KI-Modellen in ganz Europa zu unterstützen, eine breitere KI-Infrastruktur zu ermöglichen und Innovation und technologische Souveränität zu fördern; fordert die Kommission auf, die Rolle des bestehenden Europäischen Amts für künstliche Intelligenz zu ***stärken***, indem es in eine zentrale Behörde mit einem supranationalen ***Mandat für die Koordinierung, Überwachung und Umsetzung der KI-Politik der EU*** umgewandelt wird***, die mit angemessenen Ressourcen und autonomen und verbindlichen Befugnissen in strategischen Bereichen ausgestattet ist und der Aufsicht des Parlaments untersteht***; betont, dass die Stärkung der KI-Governance im Einklang mit dem regelbasierten Ansatz der EU auf Transparenz, dem Schutz der Grundrechte und der Wahrung des öffentlichen Interesses beruhen muss;	25. begrüßt den Aktionsplan „KI-Kontinent“, der die Entwicklung eines KI-Modells der EU auf der Grundlage der Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Akteuren vorsieht; fordert eine erhebliche Steigerung der Investitionen in das Trainieren und die algorithmische Entwicklung von KI-Modellen in Hochleistungsrechenzentren, insbesondere durch die Finanzierung des Ausbaus des Gemeinsamen Unternehmen für europäisches Hochleistungsrechnen (EuroHPC) und die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten zur Unterstützung des KI-Trainings in der gesamten EU; betont, dass diese Ausweitung von entscheidender Bedeutung ist, um das Trainieren von KI-Modellen in ganz Europa zu unterstützen, eine breitere KI-Infrastruktur zu ermöglichen und Innovation und technologische Souveränität zu fördern; fordert die Kommission auf, die Rolle des bestehenden Europäischen Amts für künstliche Intelligenz zu ***rationalisieren***, indem ***ihm Unterstützungs- und Koordinierungsbefugnisse übertragen werden und es der Aufsicht des Parlaments unterstellt wird, ohne dass es dabei*** in eine zentrale Behörde mit einem supranationalen ***Überwachungsmandat*** umgewandelt wird; betont, dass die Stärkung der KI-Governance im Einklang mit dem regelbasierten Ansatz der EU auf Transparenz, dem Schutz der Grundrechte und der Wahrung des öffentlichen Interesses beruhen muss;

Or. en

Änderungsantrag 216
Sandro Gozi, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, den digitalen Binnenmarkt zu vollenden, indem sie bestehende Hindernisse für grenzüberschreitende digitale Dienste beseitigen, die rechtlichen Rahmenbedingungen harmonisieren und in gemeinsame europäische digitale Infrastrukturen investieren, wie im EuroStack-Projekt dargelegt, und die digitale Souveränität dadurch stärken, dass sie die Abhängigkeit von Anbietern außerhalb der EU verringern, sichere und interoperable Daten- und Cloud-Systeme entwickeln und strategische digitale Wertschöpfungsketten unterstützen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 217
Kamila Gasiuk-Pihowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, den digitalen Binnenmarkt zu vollenden, indem sie bestehende Hindernisse für grenzüberschreitende digitale Dienste beseitigen, die rechtlichen Rahmenbedingungen harmonisieren und in gemeinsame europäische digitale Infrastrukturen investieren, wie im EuroStack-Projekt dargelegt, und die digitale Souveränität dadurch stärken, dass sie die Abhängigkeit von Anbietern	26. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, den digitalen Binnenmarkt zu vollenden, indem sie bestehende Hindernisse für grenzüberschreitende digitale Dienste beseitigen, die rechtlichen Rahmenbedingungen harmonisieren und in gemeinsame europäische digitale Infrastrukturen investieren, wie im EuroStack-Projekt dargelegt, und die digitale Souveränität dadurch stärken, dass sie die Abhängigkeit von Anbietern

außerhalb der EU verringern, sichere und interoperable Daten- und Cloud-Systeme entwickeln und strategische digitale Wertschöpfungsketten unterstützen;	außerhalb der EU verringern, sichere und interoperable Daten- und Cloud-Systeme entwickeln und strategische digitale Wertschöpfungsketten ***durch öffentlich-private Partnerschaften und gezielte Maßnahmen*** zu unterstützen;

Or. en